

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement Preis pro Nummer...
Wochenpreis 28 Pf. frei ins Haus...
Einzeln Nummer 6 Pf. Sonntag...
Abonnement 1.10 Mark pro Monat...
Eingetragen in die Verzeichnungs...
Verzeichnis. Unter Bezugnahme...
250 Mark für das 4. Quartal...
4 Mark pro Monat. Abonnement...
nehmen an: Belgien, Dänemark...
Holland, Italien, Jugoslawien, Portugal...
Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Vormärz

Die Insertions-Gebühr
Erhöht für die hochpreisige Annoncen...
alle oder deren Raum 50 Pf. für...
vollständige und genaue Angabe...
und Veranschaulichungen 30 Pf.
„Kleine Anzeigen“, das heißt...
Wort 20 Pf. (unabhängig 2 getragene...
Worte), jedes weitere Wort 10 Pf.
Einselne Zeile und Schlafstellen...
zeigen das erste Wort 10 Pf., jedes...
weiteres Wort 5 Pf. Worte über 15 Buch...
staben zählen für zwei Worte. Zusatz...
für die nächste Nummer müssen bis...
5 Uhr nachmittags in der Expedition...
abgegeben werden. Die Expedition ist...
bis 7 Uhr abends geöffnet.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Donnerstag, den 22. Januar 1914.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Militarismus gegen Parlamentarismus.

Wer für das Verhältnis zwischen Armee und Parlament in einem wirklich parlamentarischen Lande ein paar hübsche Bilder finden will, braucht nur nach Frankreich zu gehen. Vor der Eröffnung jeder Kammer Sitzung marschieren dort, dem Präsidentenstuhl gegenüber, eine Infanterieabteilung auf und wenn der Präsident erscheint, ertönt Kommandowort, die Trommel wirbelt, der Offizier senkt den Degen und die Gewehre werden präsentiert. Erschien im Berliner Parlament einmal Infanterie, so geschah es, wie im November 1848, nicht, um der Volksvertretung eine Ehrenbezeugung zu erweisen, sondern um die Volksvertreter mit Kolbenstößen und unter altpreussischen Blicken zum Teufel zu jagen und heute fällt es der simpelsten Ordnung, die Aktienmappen für das Kriegsministerium durch die Wandelgänge des Reichstags schleppt, nicht ein, vor dem Patriarchenhaupt des Herrn Dr. Kaempf Reverenz zu machen. Und als im vorigen Jahre zur Truppenchau des 14. Juli Frankreich seine afrikanischen Truppen nach Paris schickte und ein Zug schwarzer Senegalesen am Palais Bourbon vorbeimarschierte, fuhr, da der führende Unteroffizier den Leuten die Bedeutung des Gebäudes erklärte, die Hände von selbst salutierend an die Kopfbedeckung — so tief sah selbst dieser Negeroldat die Ehrfurcht vor der Volksvertretung im Leibe. Bei uns aber schlendert der laubbüchste Nichtskote nur mit einem verächtlichen Grinsen an dem stolzen Hause mit der schönen goldenen Kuppel vorüber, denn bei uns ist der Militarismus alles und der Parlamentarismus nichts.

Bei uns behandelte der Militarismus den Parlamentarismus nicht nur en canaille, sondern er verlangt wie von einem Untergebenen stramme Achtungsbezeugung von ihm. Jetzt haben wir, als hätten es die kurzschichtigsten aller Nachhaber darauf abgesehen, Del um Del ins Feuer zu schütten, in Straßburg den Fall Burger. Der Rechtsanwalt Burger, Mitglied der Zweiten elsass-lothringischen Kammer, hatte sich in seiner Eigenschaft als Volksvertreter im Parlament gegen die Zäbener Militärausübungen gewandt, aber der Herr Abgeordnete war zugleich Oberleutnant der Reserve in einem Feldartillerieregiment. Flugs erhielt er darum ein Dienstschreiben des zuständigen Bezirkskommandos, er möge in einem eingehenden Bericht sein Auftreten in der Kammer rechtfertigen. Burger antwortete, indem er sein Abschiedsgesuch einreichte. So der mehr als skandalöse Tatbestand, der in diesen Tagen, da die Soldateska über Recht, Gesetz und Verfassung hinweg wie eine Späreskadron über einen Töpfermarkt, in der Reihe nur eine Verfassungsverletzung mehr darstellt, denn Klipp und klar sagt der Paragraph 20 der elsass-lothringischen Verfassung:

Kein Mitglied des Landtags darf zu irgendeiner Zeit wegen seiner Abstammung oder wegen der in Ausübung seines Berufs getanen Neuerungen gerichtlich oder disziplinarisch verfolgt oder sonst außerhalb der Versammlung zur Verantwortung gezogen werden.

Aber was Verfassung, die elsass-lothringische zumal! Ein Dajonett her und ihn munter aufgespießt, den Wischl! Was dem Reuter recht ist, ist jedem anderen Stabsoffizier billig, und wo jener wegen seines Rechtsbruchs und seiner Verfassungsverletzung einen triumphalen Freispruch erntet, kann auch der die Verfassung antastende Bezirkskommandeur seines verdienten Lohnes sicher sein.

Es ist ja zudem nicht das erstemal, daß es der Militarismus wagt, derart in die verbreiteten und versiegelten Rechte des Parlaments einzugreifen. Wir haben das beschämende Schauspiel erlebt, daß einer der Präsidenten des deutschen Reichstages, Herr Baasche, wegen einer Äußerung im Parlament von den Militärbehörden zur Rede gestellt wurde und mit vorchristlichmässig zusammengeklappten Händen seinen Rückfuf entgegennahm. Es sind aber diese unverschämten Eingriffe nur die letzten Folgerungen jenes unverschämten Systems, das den Offizier des Berufsstandes auch auf seinen politischen Wegen auf Schritt und Tritt gänzelt und ihn über die Klinge springen läßt, sobald er wider den Stachel zu läden wagt — der Fall des Ambrichters Mittel, der nicht „vorchristlichmässig“ gewählt hatte, war das bedeutendste Beispiel der letzten Jahre.

Wie sollte der Militarismus auch an den Grenzen des Parlamentarismus Halt machen, da ihm gegenüber Parlament und Bürgertum noch immer im entscheidenden Augenblick höchst glorreich zusammengekniert sind. Politische Optimisten fallen immer wieder auf die Hoffnung herein, daß doch in dieser Krise das Bürgertum sich aufrufen und den Mitteln des Mittelalters die Zähne zeigen werde, und jede neue Krise erweist aufs neue das jammervolle Versagen einer Klasse, die den Begriff der bürgerlichen Freiheit nicht einmal vom Hörenjagen kennt. In dem, was sich in den letzten Wochen an Unerhörlichkeiten aneinandergereiht hat, übergriffte der Militarismus sich selbst. Aber das Bürgertum? Der Herr Burger hat nicht einmal soviel Entschlossenheit aufgebracht, den Konflikt durchzusehen, das Bezirkskommando mit Verachtung auf die Verfassung in seine Schranken zu verweisen und abzuwarten, sondern freiwillig hat er den bunten

Kock ausgezogen. Und dazu wiederum bringen seine Klassen-genossen nicht die Entschlossenheit auf. Jetzt, da es Tatsache ist, daß die Verfassung unter den Konmihistiefeln des Militarismus zermalmt wird, wo bleiben da die „aufrechten Männer“ des „entschiedenen Fortschritts“, die da erklären: Wir halten es nicht mit unjener politischen Ehre für vereinbar, das Vorleepe eines Offizierskorps zu tragen, dessen berufene Vertreter so mit dem verfassungsmäßigen Recht und mit der bürgerlichen Freiheit umspringen. Wir verzichten auf das Leutnant d. R. auf der Visitenkarte. Wir wollen nichts sein als freie Bürger. Wo sind in Nord und Süd und Ost und West des lieben deutschen Vaterlandes die Mannen hochgemut, die derart dem Kriegsminister ihren Degen zur Verfügung stellen? Wo sind sie? Ein Narr wartet auf Antwort!

Die Ehrenrettung der „feilen Schreiberseelen“.

Das am Mittwochabend verkündete Urteil des Oberkriegsgerichts bringt dem Fälscher der Feuerwerkzeugentwurf und Feuerwerkzeugentwurf eine völlige Rehabilitierung. Sie, die in erster Instanz zu mehreren Monaten Gefängnis verurteilt worden waren, sind diesmal entweder mit etlichen Wochen schweren oder auch gelinden Stubenarrests oder aber gar mit völliger Freisprechung davongelommen. Das Urteil vom 5. August lautete gegen Titian wegen Verletzung und erschwerter Ungehorsams auf zwei Monate Gefängnis und Dienstentlassung. Diesmal wurde er wegen Verjährung freigesprochen. Gleichfalls freigesprochen wurde der am schwersten, nämlich zu sechs Monaten Gefängnis verurteilte Oberintendantursekretär Pfeiffer, da ihm die Schuld nicht mit Sicherheit nachzuweisen sei. Die Zeugentantant Hinz und Schreiber, denen je vier Monate Gefängnis und Dienstentlassung zuerkannt worden waren, kamen diesmal mit je sechs Wochen schweren Stubenarrests davon. Feuerwerker Schmidt erhielt statt der 2 1/2 Monate Gefängnis und Degradation nur vier Wochen gelinden Arrest und endlich Zeugentantant Hoge wurde eine Strafe von 48 Tagen Gefängnis auf drei Wochen schweren Stubenarrest herabgesetzt.

Sein Recht wird den Zeugentantant ihre gelinde Strafe mihgönnen. Wenn der Anstifter all des Unheils, Herr Maximilian Brandt, mit drei Monaten Gefängnis davon gekommen war, sein Auftraggeber Eccius gar nur eine Geldstrafe erhalten hatte, und andere Mitschuldige, wie Direktor Dreger, vollends nicht einmal in Anklagezustand verkehrt wurden, so kann man es auch den Opfern der Verletzung, den Zeugentantant und Feuerwerkern nur gönnen, daß sie der ehrenrührigen Gefängnisstrafe entgangen sind.

Uebersaus erstänlich bleibt darum aber doch das Urteil. Denn daß selbst nach der diesmaligen Urteilsbegründung die Angeklagten dienstliche Geheimnisse einem Unberufenen verraten und zum Teil sogar gegen Zuwendung von Vorteilen (freie Zechen, aber auch bare Geschenke von 20-Markstücken und Hundertmarktscheinen!) verraten haben, sieht nun einmal unerschütterlich fest. Die Verletzung liegt also vor. Wenn aber das Oberkriegsgericht derartige Verletzungen, begangen an Offizieren, so überaus milde einschätzt, daß sie nur mit Stubenarrest zu bestrafen sind und die Verurteilten in der Armee ruhig weiter dienen können, so wird das in weitesten Kreisen des In- und Auslandes geradezu Sensation hervorrufen! Mit der scharfen Sprache des Kriegsgerichtsrats Dr. Well über das „schmarotzerhafte Gebeten“ und den „entsetzlichen Treubruch“ der Zeugoffiziere vergleiche man einfach dies Urteil! Wie sagte doch Herr Dr. Well so schön:

„Wir müssen hier scharf aufpassen, denn hier handelt es sich um die preussische Beamtenehre. . . . Wir müssen der Öffentlichkeit zeigen, daß wir Gerichte, die wir berufen sind, am Staatsleben mitzuwirken, die Macht, das Recht und den Willen haben, durch Strafen dahin zu wirken, daß der Schid des preussischen Beamtenums und des preussischen Heeres rein bleibt.“

Zazu poht nun freilich das Urteil wie die Faust aufs Auge. Die Öffentlichkeit wird sich denn auch sicherlich allerlei Gedanken über die ungemaine Toleranz machen, die hier ein Oberkriegsgericht preussischen Offizieren entgegenbringt, die nach der Uebergangung des Herrn Dr. Well und auch des Gerichtshofes erster Instanz „nicht nur traktiert, sondern auch geschmiert“ worden waren! Wenn derartige keine menschliche Schwächen fähig mit der preussischen Offizierssehre vereinbar sein sollen — um so schlimmer für diejenigen, die sich durch all die Monate mit der Verkündung heißer schrien, daß so etwas wie ein Panama bei uns nie und nirgends möglich sei.

Seltenerweise hat das Oberkriegsgericht auch die Anklage wegen Verrats militärischer Geheimnisse bei allen Angeklagten fallen lassen. Auch die geheimsten dienstlichen Mitteilungen, von denen das Urteil der ersten Instanz sprach, sollen für Krupp kein Geheimnis gewesen sein! Ueber diesen Punkt, wie über das Urteil selbst, wird noch mancherlei zu sagen sein!

Auch über die Freisprechung des am schwersten belasteten Oberintendantursekretärs Pfeiffer. Er war derjenige, den Brandt ursprünglich am schwersten bezichtigt hatte, der als Quelle aus dem Kriegsministerium zweifellos in Frage kam und der von Brandt die größten Zuwendungen erhalten hatte. Aber er war auch freilich derjenige der Angeklagten, der sich am wenigsten einschüchtern ließ, sich am leidenschaftlichsten wehrte und, wie man munkelt, noch mehr

wußte, als er bis dahin auszusagen für nötig gehalten hatte! Der Freispruch des Pfeiffer, der aus angeblichem Mangel an Beweisen erfolgte, beweist sicherlich das eine, daß auch das Oberkriegsgericht mit der Möglichkeit rechnet, daß im Kriegsministerium auch noch ganz andere Personen als Schuldige in Frage kommen könnten!

Daß die Angeklagten diesmal mit belanglosen Arreststrafen davonkamen, sei ihnen aus Menschlichkeit gegönnt — aber die ganze Art, wie diese verblüffende Korrektur des Urteils erster Instanz zustande kommen konnte, fordert nichts destoweniger die schärfste Nachprüfung heraus. Auch wir werden es an dieser Kritik nicht fehlen lassen!

Wer terrorisiert?

In den Materialien, die die Herren der Schächauwerft dem Herrn Professor Bernhard überhandt haben, damit sie ihm zum Besten und er ihnen dann am besten diene, befindet sich das recht interessante „Protokoll der ordentlichen Hauptversammlung des Verbandes der Metallindustriellen Ost- und Westpreußen“, die am 7. Februar 1912 im Bureaugebäude der Firma F. Schichau, Elbing, stattfand. Den ersten Punkt der Tagesordnung bildete der Bericht des Vorstandes über das Geschäftsjahr 1911. Darüber sagt das Protokoll:

An Streikangelegenheiten sind von seiten der Verbandmitglieder im Laufe des verflossenen Jahres folgende zur Anzeige gelangt, die nach Prüfung der näheren Umstände mit Hilfe unserer schwarzen Liste erledigt wurden:

1. Am 1. April 1911 wurden auf Antrag der Firma F. Schichau, Schiffswerft zu Danzig, 700 bei ihr beschäftigte Schmiede, Schiffbauer, Rieker, Stemmer und Zimmerleute und am 24. April 1911 sämtliche Leute der genannten Firma wegen unberechtigter Arbeitsniederlegung für den Bereich des Gesamtverbandes ausgesperrt und diese Sperre bis auf 300 Mann am 8. September 1911 aufgehoben. Am 26. September wurde die Sperre über weitere 32 Mann und am 23. Oktober 1911 über den Rest aufgehoben.

2. Am 12. April 1911 wurde auf Antrag der Firma Robert Tiff, Thorn, ein Schlosser wegen unberechtigter Arbeitsniederlegung für den Bereich unseres Bezirksverbandes gesperrt.

3. Am 19. April 1911 wurden auf Antrag der Kombinierten Schlosserinnung zu Königsberg i. Pr. 51 Schlosser- und Schmiedegesellen wegen unberechtigter Arbeitsniederlegung für den Bereich des Gesamtverbandes ausgesperrt und diese Sperre am 5. Juli 1911 aufgehoben.

4. Am 26. April 1911 wurden auf Antrag der Firma Georg Lucas, Königsberg i. Pr., 11 Former wegen unberechtigter Arbeitsniederlegung für den Bereich unseres Bezirksverbandes gesperrt. Diese Sperre wurde am 15. Mai 1911 aufgehoben.

5. Am 3. April 1911 wurde auf Antrag der Firma J. Zimmermann, Danzig, ein Dreher, welcher am 1. Mai nicht gearbeitet hatte, für den Bereich unseres Bezirksverbandes auf 14 Tage gesperrt.

6. Am 9. Mai 1911 wurden auf Antrag der Kombinierten Schlosserinnung zu Königsberg i. Pr. weitere 2 Arbeiter, welche sich den bei der genannten Innung bereits freilassen Leuten angeschlossen hatten, ebenfalls für den Bereich des Gesamtverbandes gesperrt. Diese Sperre wurde ebenfalls am 5. Juli 1911 aufgehoben.

7. Am 16. September 1911 wurden auf Antrag der Firma Waggonfabrik L. Steinfurt G. m. b. H., Königsberg i. Pr., 37 Stellmacher wegen unberechtigter Arbeitsniederlegung für den Bereich des Gesamtverbandes gesperrt und diese Sperre am 10. Oktober 1911 aufgehoben.

8. Am 25. September 1911 wurden auf Antrag der Firma F. Schichau, Schiffswerft zu Danzig, Danzig, 5 Kupfer-schmiede, welche die Arbeit wegen Nichtbewilligung unberechtigter Lohnforderungen niedergelegt hatten, für den Bereich des Gesamtverbandes gesperrt. Diese Sperre wurde am 23. Oktober 1911 aufgehoben.

9. Am 25. September 1911 wurden auf Antrag der Firma Eisengießerei für Danzelsartitel Eduard Tiefen, Elbing, 1 Former und 1 Arbeiter wegen unberechtigter Arbeitsniederlegung für den Bereich unseres Bezirksverbandes gesperrt.

10. Am 20. September 1911 wurden weitere 2 Stellmacher der Firma Waggonfabrik L. Steinfurt, Königsberg i. Pr., welche sich den bei der genannten Firma bereits freilassen Leuten angeschlossen hatten, für den Bereich unseres Bezirksverbandes gesperrt und diese Sperre am 10. Oktober 1911 aufgehoben.

11. Am 8. Oktober 1911 wurde auf Antrag der Firma Em-ländische Maschinenfabrik Marienhütte G. m. b. H., Gutzlaff, 1 Schlosser wegen versuchter Erzwingung unberechtigter Forderungen unter Bedrohung der Geschäftsinhaber und Zerstückung von Fenstern und Kontorgegenständen durch Steinwürfe für den Bereich unseres Bezirksverbandes gesperrt.

12. Am 27. November 1911 wurden auf Antrag der Firma Union-Gießerei, Königsberg i. Pr., 8 Former wegen unberechtigter Arbeitsniederlegung für den Bereich unseres Bezirksverbandes gesperrt. Diese Sperre wurde am 13. Dezember 1911 aufgehoben.

13. Am 20. November 1911 wurden auf Antrag der Firma Union-Gießerei, Königsberg i. Pr., 50 Arbeiter ihrer Eisengießerei wegen unberechtigter Arbeitsniederlegung für den Bereich des Gesamtverbandes gesperrt und diese Sperre am 13. Dezember 1911 aufgehoben.

14. Am 4. Dezember 1911 wurden auf Antrag der Firma Union-Gießerei, Königsberg i. Pr., sämtliche bei ihr beschäftigten

Leute für den Bereich des Gesamtverbandes gesperrt, da die freifreie Leute ihrer Eigenschaft die Arbeit nicht aufgenommen hatten und sich die Firma hierdurch veranlaßt sah, ihren Betrieb zu schließen. Diese Sperre wurde ebenfalls am 13. Dezember aufgehoben.

15. Die Rundschreiben des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustrieller betreffend verhängte Sperren, Streikangelegenheiten und industrielle Verhältnisse von allgemeinem Interesse sind den Verbandmitgliedern regelmäßig zugegangen, ebenso die Rundschreiben der Hauptstelle Oesterreichischer Arbeiterorganisationen in Wien.

Nach im Jahre 1911 hat sich der Verband als ein fegendreiches Institut und eine wirkungsvolle Maßnahme gegen vom Jaun gebrochene Arbeiterkreise erwiesen.

Erinnert wird noch an das Rundschreiben des Gesamtverbandes vom 1. August 1907, laut dessen einzelne kontraktbrüchige, agitatorisch tätige, auffässige Arbeiter nur in den Bezirksverbänden, jedoch nicht für den Gesamtverband gesperrt werden sollen.

Diese trodene Aufzählung spricht eindringlicher, als es lange Abhandlungen vermöchten, von der furchtbaren Abhängigkeit der Arbeit vom Kapital. Sie zeigt die fürchterliche Waffe, die die Kapitalisten in den schwarzen Listen besitzen und den umfangreichen und rücksichtslosen Gebrauch, den die Herren von diesem Mittel machen. Hunderte von „Arbeitswilligen“ werden zur Strafe dafür, daß sie von ihrem gesetzlichen Koalitionsrecht Gebrauch gemacht haben, monatelang ausgesperrt, das heißt, sie werden, wenn es nach der Ansicht der 45 Mitglieder, die der Verband damals zählte, ginge, erwerbs- und subsistenzlos gemacht. Und diese Herren wagen es, über den Terrorismus der Arbeiter zu zetern, und sie, die unausgesehten Arbeitswilligen an der Arbeit zu verhindern, sie daran zu hindern, sich ausbeuten zu lassen, um leben zu können, die stehen an der Spitze der Koalitionsrechtsfeinde, die ein Arbeitswilligenklubgeleit verlangen. Und welche großes Vertrauen zu dem Professor **Verhard** müssen die Herren der Schichtarbeit besitzen, wie sicher müssen sie auf ihn als einen der ihrigen zählen können, um ihm ein Material zur Verfügung zu stellen, das jeden anderen als einen kapitalistischen Klopffechter von der unbedingten Notwendigkeit, das Koalitionsrecht der Arbeiter zu sichern, überzeugen muß.

Wie sehr die Herren aber auf die strengste Einhaltung der Verschönerung streikender Arbeiter halten, das zeigen ihre Verhandlungen über die Angelegenheit **Seebed**. Darüber referierte der Vorsitzende **Geheimrat Biese** von der Schichtarbeit folgenden:

Der Vorsitzende des Gesamtverbandes hatte in seinen Sitzungen vom 17. und 27. September 1911 beschlossen, den Arbeitgeberverband Unterweser zu veranlassen, die Firma **G. Seebed**, Aktiengesellschaft, Westemünde, wegen ihrer unentschuldigbaren, den Zwecken des ganzen Gesamtverbandes hohnsprechenden Verfehlungen aus ihrem Verbandsauszuschließen, wodurch diese Firma dann gleichzeitig aus dem Gesamtverbande ausgeschlossen würde.

Hiergegen erhob der Arbeitgeberverband Unterweser bei dem Gesamtverbande Vorstellungen, indem er ausführte, daß er nach Ausschließung der Firma **Seebed** aus dem Verbands nicht herauskommen würde, da die begründete Befürchtung vorliege, daß die Firma **Seebed** sofort einen eigenen Arbeitsnachweis und zwar einen paritätischen einrichten würde.

Hiergegen erhob der Arbeitgeberverband Unterweser bei dem Gesamtverbande Vorstellungen, indem er ausführte, daß er nach Ausschließung der Firma **Seebed** aus dem Verbands nicht herauskommen würde, da die begründete Befürchtung vorliege, daß die Firma **Seebed** sofort einen eigenen Arbeitsnachweis und zwar einen paritätischen einrichten würde.

Der gegenwärtig etwa 2000 Arbeiter beschäftigende Norddeutsche Lloyd und die übrigen im Unterwesergebiet liegenden Firmen würden Gefahr laufen, in diese Bewegung hineingerissen zu werden. Die Satzungen des Verbandes geben im weiteren keine Handhabe, gegen **Seebed** mit Ausschluß vorzugehen. Außerdem habe der Aufsichtsrat der Firma **G. Seebed**, Aktiengesellschaft, die bestimmte Zusicherung gegeben, daß sich ähnliche Fälle in Zukunft nicht wiederholen werden. Durch Aufnahme entsprechender Satzungsbestimmungen soll der Wiederholung derartiger Fälle vorgebeugt werden. Die Firma **Seebed** selbst wurde zur Zahlung einer Strafe von 5000 M. verurteilt.

Auf Grund dieser ganz im Gegensatz zu den Beschlüssen der diesbezüglichen Vorstandssitzung vom 7. September 1911 stehenden Entscheidung des Falles **Seebed** durch den Gesamtverband in Berlin, schrieb der Vorsitzende unseres Bezirksverbandes an den Vorsitzenden des Gesamtverbandes, Herrn **Geheimrat von Kieppel**, daß die geringe Bestrafung der Firma **Seebed** mit nur 5000 M. ganz außerordentliches Erstaunen und Enttäuschung hervorgerufen habe.

Eine solche geringe Strafe kann bei dem mangelnden Verständnis, welches die Firma hinsichtlich des Zweckes unserer Koalition entwickelt hat, nur dazu Veranlassung sein, daß dieselbe bei einer neuen Gelegenheit in noch ganz anderer Weise, ohne Gefahr zu laufen, hierdurch der Mitgliedschaft verlustig zu gehen, den Gesamtverband hintergehen und sich überhaupt nicht mehr daran machen wird, gegebenen Falles bestreikten Mitgliedsfirmen Arbeiter wegzunehmen.

Bei der augenscheinlichen Solidarität der Mitglieder des Arbeitgeberverbandes Unterweser in solchen Fällen wird diese billige Strafe vielleicht auch das eine oder das andere Mitglied dieses Verbandes veranlassen, der Firma **Seebed** nachzusehen.

Die in dem uns vom Gesamtverband übersandten Protokollauszüge enthaltenen Ausführungen sind um so weniger zu billigen, als es nicht darauf ankommt, nach Gründen zu suchen, die das beispiellose Verhalten **Seebeds** entschuldigen könnten, vielmehr verlangt es, wie der Verband der Metallindustriellen Ost- und Westpreußens in seinen diesbezüglichen Zuschriften an den Gesamtverband wiederholt ausgeführt hat, die Ehre des letzteren, daß seine Satzungen und der Zweck des ganzen Zusammenstufes der Metallindustriellen von allen Mitgliedern ohne Ausnahme unter allen Umständen ernst genommen werden.

Es sei vollkommen gleichgültig, ob die Firma **Seebed** eine gestellte Frist um zwei Tage überschritten hat oder nicht, Hauptsache bleibt immer, daß diese Firma über fünf Monate lang streikenden und gesperrten Arbeitern Unterkünften gewährt und damit den ganzen Gesamtverband hinter das Licht geführt hat.

Bei dieser Sachlage kann man sich unmöglich mit einer solchen geringen Strafe zufriedengeben, vielmehr muß man glauben, daß durch dieselbe gerade das Gegenteil erreicht wird, was man von einer Bestrafung überhaupt erwartet.

Hierin, die ein so weites Gewissen haben, wie es sich in dem in Rede stehenden Falle gezeigt hat, werden sich auf Grund der milden Beurteilung der geschehenen Verfehlung sagen: „Jetzt können wir tun und lassen, was wir wollen, denn es kostet ja nicht viel“, und deshalb ist nach unserem Dafürhalten eine Geldstrafe ganz wertlos. Wir halten nach wie vor eine moralische Strafe, wie Ausschluß aus dem Verbands, als das einzig Richtige und ausschließliche Werkzeuge.

Der Bezirksverband hatte aber kein Glück. Es blieb bei der Strafe von 5000 M. und der Bezirksverband konnte nur noch die Forderung erheben, daß die 5000 M. seiner Kasse überwiesen werden sollen, da seine Mitgliedsfirma **Schickau**

und sein Arbeitsnachweis in Langzig durch das Verhalten von **Seebed** in erster Linie geschädigt sind.

Man sieht, die Terroristen halten auf Disziplin.

Die feste Hand in Nordschleswig.

Aus Nordschleswig wird uns geschrieben:

Die Bevölkerung Nordschleswigs ist aus den Zeiten **Nathias v. Adlers** an eine harte Hand gewöhnt. Die Regierung schien aber mit der Zeit doch eingesehen zu haben, daß ein allzu scharfes Dreinschlagen dem Schläger mehr Schaden zufügt, als dem Geschlagenen. Die Regierung machte die Erfahrung, daß trotz des harten Regiments die dänischen und sozialdemokratischen Stimmen bei öffentlichen Wahlen zunehmen und die Dänen, nachdem ihnen die Versammlungslöcher fast überall entzogen wurden, selbst Versammlungshäuser bauten. Jetzt sind rund 50 solcher Häuser im Gebrauch. Die Regierung schien aus allen diesen Erfahrungen doch etwas gelernt zu haben; die Behandlung der Opposition wurde scheinbar eine mildere. Aber auch dieser „gelindere“ Druck hatte natürlich nicht die Wirkung, die man davon erwartete. Eine Bevölkerung, die für ihre eigene Sprache, ihre eigene Kultur und für politische Freiheiten kämpft, kann durch keine Regierungsmahregeln, wie sie von der preussischen Verwaltungsbehörde praktiziert werden, zum Schweigen gebracht werden.

In neuerer Zeit ist die Regierung denn auch wieder zu einer scharferen Praxis übergegangen. Vielleicht geleitet von der traditionell-preussischen Verwaltungsmaxime, daß fremde opponierende Bevölkerungselemente nur mit Gewalt niedergehalten werden können; das meiste aber dürfte zu diesem Wechsel der Praxis beigetragen haben, daß eine kleine Gruppe Ueberdeutsche immer wieder nach Maßnahmen gegen die Agitation der Dänen ruft. Wo gehobelt wird, fallen Späne. Es soll gar nicht bestritten werden, daß auch von dänischer Seite oft Mittel angewandt werden, die ihren Nachbarn nicht nützlich sind; es besteht hier aber ein förmlicher Kriegszustand, unaufföhrlich geschürt von deutschen Vereinen, deren Mitglieder von den Verhältnissen hier oben nur aus Reden und Schriften der Ueberdeutschen Kenntnis erlangt haben.

Wer hier Jahrzehnte an der Grenze gelebt hat, weiß jedoch, daß die größte Schuld an der Verschärfung der nationalen Gegensätze die Deutschen und im besonderen die deutsche Verwaltung in der sogenannten Nordmark trifft. Wir erinnern nur an das sinnlose Verbot des Gebrauchs der norwegischen Sprache im Fall **Amundsen**.

Jedoch die Regierung scheint aus dem allgemeinen Unwillen, der über dies Verbot laut wurde, nichts gelernt zu haben. Die nationalen Leidenschaften wurden bis zur Siebehöhe angefaßt durch die am 14. Dezember v. J. in Flensburg stattgefundene Nordmarken-Versammlung, in der sich die preussische Hofjournalkultur in Worten, wie „Schust“ und „Lump“ gegen dänische Versammlungsbefürworter Luft machte. Dann folgte ein neues Verbot des Gebrauchs der dänischen Sprache. Diesmal wurde aber davon kein norwegischer Forscher, sondern der dänische Lands- und Volksbildungsabgeordnete **Th. Stauning** aus Kopenhagen getroffen. Die Flensburger Parteileitung hatte dem Genossen **Stauning** eingeladen, über die in Dänemark in Vorbereitung befindliche Verfassungsreform, die selbstverständlich für die Bewohner des Grenzlandes besonderes Interesse hat, in seiner Muttersprache zu referieren, erst wenn der Gebrauch der dänischen Sprache nicht gehindert würde, in deutscher Sprache zu reden. Die Regierung genehmigte den Gebrauch der dänischen Sprache nicht und drohte in ihrer Verfügung zugleich, daß der dänische Referent, wenn er doch in der Versammlung erscheinen sollte, sofort ausgewiesen würde.

Die gegen das Verbot bei dem Oberpräsidenten eingelegte Beschwerde blieb ohne Erfolg. Eine weitere Beschwerde an den Minister des Innern ist bis heute, trotzdem das Telegramm als dringend aufgegeben wurde, ohne Antwort geblieben.

Die Rede, die **Stauning** zu halten gedachte, wurde, da sie in deutscher Uebersetzung vorlag, von einem deutschen Staatsbürger verlesen. Die Wirkung dürfte die gleiche gewesen sein. Nachdem sie jetzt durch den Abdruck in der Presse aller Welt bekannt geworden ist, ergibt sich, daß auch selbst dann, wenn **Stauning** sie selber vorgetragen hätte, kein Grund gegeben war, ihn deshalb auszuweisen. Die Rede enthält auch nicht ein kritisches Wort über Zustände in Preußen bzw. Deutschland, sondern referiert rein objektiv über die historische Entwicklung der Verfassungs- und Wahlrechtskämpfe in Dänemark.

Es „war der feierlichste Augenblick in meinem Leben“, erzählt **Stauning** im Kopenhagener „Sozialdemokraten“, als er, untröstlich von jubelnder Begeisterung seiner Gefinnungsgenossen, durch einen Polizeibeamten aus dem Saale geführt wurde. Der Mann, der in seinem Heimlande aufgeföhrt wurde, das Kabinett zu bilden, wurde kurzerhand von einem preussischen Regierungspräsidenten ausgewiesen, von einem untergeordneten Polizeibeamten aus dem Lokal geführt, eine Stunde bewacht und dann zur Bahn geleitet.

Durch die im letzten Jahre stattgefundenen und für uns im Norden Schleswigs erneut in Aussicht stehenden Jubelfestein scheint überhaupt die politische Ueberlegung in den leitenden Kreisen arg in Gebränge geraten zu sein. Als unsere Genossen in der letzten Stadiberordnetenversammlung in Flensburg die Forderung des Magistrats auf Bewilligung von Mitteln für die in Aussicht genommene Oedersee- und Düppelfeier ablehnten mit der Begründung, Handel und Verkehr der Stadt könnten durch die Entföndung neuer Nationalitätenkämpfe Schaden leiden, wurde von dem Stadtverordneten-Vorsteher erklärt, wenn diese Befürchtungen zuträfen, dann lebten wir offenbar in Zuständen, gegen die mit aller Schärfe protestiert werden müsse. Das ist der Standpunkt der übermäßig gewordenen nationalliberalen Deutschhümler, wie wir ihn dieser Tage auch im preussischen Landtage kennen gelernt haben.

Es muß demgegenüber mit allem Nachdruck erklärt werden, daß in der heutigen Zeit des hochentwickeltesten internationalen Handels und Verkehrs kein Platz mehr ist für ein solches Herrentum, das sich einbildet, abgeschlossen von allen anderen Völkern leben zu können. Auch ein großes Reich wie das Deutsche ist darauf angewiesen, mit anderen Völkern Verkehr zu treiben.

Politische Uebersicht.

Im reaktionären Fahrwasser.

Aus dem Reichstag, 21. Januar. Am Mittwoch sprachen nur bürgerliche Abgeordnete. Daher bekam Staatssekretär **Dr. Delbrück** noch nicht die Antwort, die ihm auf seine sozialpolitischen Ausführungen gebührt. Trotzdem ist es dem Staatssekretär auch schon gestern recht schlecht gegangen. Der Redner der Fortschrittlichen Volkspartei, **Abg. Gotthein**, behandelte sehr eingehend den volkswirtschaftlichen Teil der **Delbrückschen** Rede und wies nach, daß diese Ausführungen des Ministers im wesentlichen unzutreffend sind. Das zwang den Herrn, der dem

Staatssekretär die Zahlen für seine volkswirtschaftlichen Ausführungen hat liefern müssen, den neuen Leiter der volkswirtschaftlichen Abteilung im Reichsamt des Innern, Ministerialdirektor **Müller**, zu dem Versuch, durch neue Zahlen seine alten Zahlen zu rechtfertigen. Ihm folgte als Redner der freikonservative Abgeordnete **Dr. Krendt**. Er leistete sich den billigen Gohn, Herrn **Gotthein** daran zu erinnern, daß im liberalen Bürgertum sich so mancher auch mit dem Zollwucher abgefunden hat. Dann lobte er den Staatssekretär, der ganz nach den Wünschen der Zollwucherer Wirtschaftspolitik betriebe und ganz nach dem Wunsch der rücksichtslosen Ausbeuter den Ausbau der Arbeiterchutzgesetzgebung zu verhindern sucht. Dieses Lob hat Herr **Dr. Delbrück** in der Tat verdient. — Vorher hatte sich ein konservativer Heberagrarier für die weitere Verschärfung des Zollwuchers ins Zeug gelegt.

Morgen geht die Verhandlung weiter. Am Freitag wird die **Zabern-Interpellation** endlich zur Verhandlung kommen.

Ländliche Fortbildungsschulen und Religionsunterricht.

Bei der am Mittwoch im Abgeordnetenhaus fortgesetzten Beratung des Etats der landwirtschaftlichen Verwaltung kam es wider Erwarten zu einer ausgedehnten religionspolitischen Debatte. Wesentlich ist vor zwei Jahren der Entwurf eines Fortbildungsschulengesetzes an der Meinungsverschiedenheit zwischen Regierung und konservativ-liberaler Mehrheit über den Religionsunterricht gescheitert. Die Regierung wollte von der obligatorischen Einführung des Religionsunterrichts in den Lehrplan der Fortbildungsschulen nichts wissen. Was den Dunkelmännern damals nicht gelungen ist, suchen sie nun von hinten herum zu erreichen. Zum Landwirtschaftsstat stellte **Abg. v. Pappenheim** (L.) einen erst in letzter Stunde zur Kenntnis des Hauses gebrachten Antrag, der die Regierung erlucht, dort, wo auf Antrag der Gemeinden religiöse Unterrichtsleistung in den Lehrplan der Fortbildungsschulen aufgenommen wird, die Genehmigung des Lehrplans lediglich aus diesem Grunde nicht zu verweigern. Auf den ersten Blick sieht der Antrag recht harmlos aus, ja Herr **v. Pappenheim** konnte in der Begründung sogar mit einem Schein von Recht sagen, daß es ihm darauf ankomme, die Selbstverwaltung der Gemeinden hochzuhalten. Aber der Antrag ist in seiner Tragweite äußerst gefährlich; er will nicht etwa verhindern, daß überhaupt kein Religionsunterricht in den Fortbildungsschulen erteilt werden darf, sondern er will entgegen seinem Wortlaut überall den Religionsunterricht einföhren. Darüber ließ die Debatte keinen Zweifel, und wenn das Zentrum auch tausendmal nachsicht; der Antrag bedeute nur eine minimale Abschlagszahlung, so ist es im Innersten seines Herzens doch froh über diese „Abschlagszahlung“, die die volle Befriedigung seiner Forderung bedeutet. Die Vertreter der Nationalliberalen, der Fortschrittler und der Sozialdemokraten durchgesehen das plumpe Manöver und belämpften diesen ersten Versuch auf Einschmuggelung des Religionsunterrichts aufs bestmögliche. Recht wirksam sprach der neugewählte Vertreter für Brandenburg, **Abg. Graue**, ein Geißlicher, der sich vom Standpunkt der Religion aus gegen den Antrag wandte. Ganz besonders eindrucksvoll aber waren die Ausführungen unseres Genossen **Adolf Hoffmann**, der mit begehender Ironie und vernichtendem Spott, oft von sährmischer Heiterkeit unterbrochen, die Verdummungsbestrebungen der Mehrheit kennzeichnete und dem Mißbrauch, der mit der Religion getrieben wird, scharf zu Leibe ging. **Dr. Hoffmann** mit seiner Kritik ins Schwarze getroffen hat, bewies die erregte Erwiderung des **Abg. Marx** (Z.), der sich in den allerersten Ausfällen gegen die Sozialdemokratie erging und in seiner Wut wider Willen das Jugelstündnis machte, daß die Religion in Wirklichkeit den Zweck habe, das Volk in Unkenntnis und Dummheit zu erhalten. Wenn er sich auch nicht gerade dieser Worte bediente, so war das doch der Sinn seiner Rede.

Auch die Regierung scheint auf ihrem früheren ablehnenden Standpunkt nicht mehr unbedingt zu verharren. Zwar erklärte sich der Landwirtschaftsminister gegen jeden Zwang zur Teilnahme am Religionsunterricht, aber andererseits betonte er seine jederzeitige Bereitwilligkeit, die Genehmigung zur Aufnahme des Religionsunterrichts zu erteilen, wenn ein solcher Zwang nicht ausgesprochen wird. Damit kann die bildungsfeindliche Mehrheit, deren Antrag gegen die Stimmen der Nationalliberalen, Fortschrittler und Sozialdemokraten zur Annahme gelangte, zufrieden sein.

Vorher hatte das Haus einstimmig einen Antrag angenommen, der die Regierung aufföhrt, im Bundesrat einen Gesetzentwurf auf Beilegung der Mißstände im Handel mit Futtermitteln, Düngemitteln und Sämereien einzubringen. Für den Antrag sprach auch Genosse **Hofe**, der unter Hinweis auf den Verdienst der holländischen Kalibergwerke die Notwendigkeit einer billigeren Abgabe des Kalis an die kleinen Landwirte betonte.

Ein weiterer Antrag auf Errichtung eines Instituts zur wissenschaftlichen Erforschung sämtlicher auf landwirtschaftlichem Gebiete auftretenden Fragen wurde der Agrarcommission überwiesen.

Donnerstag: Fortsetzung der Etatsberatung.

Das Ueberpreußentum.

In Bayern haben die Prahlkreise der Vertreter des reinen „Preußengeistes“ auf den am Sonntag im Abgeordnetenhaus abgehaltenen Preußentag eine derartige Verstimmung erregt, daß auch die Hertlingsche „Bayerische Staatszeitung“, das bayerische Pendant zur „Norddeutschen Allgemeine“, sich gezwungen sieht, gegen „die Auswüchse“ des Ueberpreußentums zu vermahnen. Das Hertlingsche Blatt schreibt:

Tendenzen und Anschauungen, wie sie auf der neulichen Versammlung des Preußenbundes zutage getreten sind, stehen in scharfem Gegensatz zu den Grundgedanken, auf denen das Reich aufgebaut ist, wie zu den Traditionen, die bisher in solchen Ländern als maßgebend betrachtet worden sind. Wird das Ungutreffende allzu laut verkündet, wird verurteilt, den Eindruck der eigenen Selbstschöpfung durch Heraushebung anderer zu verstärken, so muß dies verhinndend auf die übrigen Bewohner des stolzen Bundes wirken, der sich Deutsches Reich nennt. Eine Verstimmung dieser Art ist durch die jüngste Tagung des Preußenbundes in Deutschland, man möchte fast sagen, unbedauerlicherweise heraufbeschworen worden, und es ist nicht zuletzt der Säden des Reiches, der berechtigten Anlaß hat, gegen partikularistische Auswüchse solch bedenklicher Art, wie sie hier zum Vorschein gekommen sind, entschieden Einspruch einzulegen. Nirgends im deutschen Säden, nirgends in Bayern ist eine Kundgebung veranstaltet, ist ein Programm aufgestellt, ist öffentlich eine Anschauung geäußert worden, die einen auch nur irgendwie greifbaren Anlaß zu Ausfällen hätte bieten können, wie sie auf der Versammlung des Preußenbundes erfolgt sind. Was aber noch in verschiedenen Richtungen zu den Tagesfragen die die Nation betreffen, hervorgebracht wurde, mußte teilweise wie politischer Verfolgungswahn anmuten, wie ein krankhaftes Symptom, dessen kaisunige Behebung im Interesse des Reichsganges nicht dringend genug gewünscht werden kann.“

Tatsächlich soll, wie bekannt, der Reichszangler „zur Behebung“ des „krankhaften Symptoms“ an einer feierlichen Erklärung arbeiten, in der die Neugestaltung des Generalleutnants v. Krautz dementiert und die Taten der bayerischen Armee im Feldzuge von 1870/71 gefeiert werden. Der Reichszangler will diese Erklärung im Reichstage vortragen, und um ihre Wirkung zu erhöhen, soll auch der Kriegsminister v. Falkenhayn in das Lob der bayerischen Truppen einstimmen.

Sehr schön; aber besser wäre es noch, den preussischen Generalen würde überhaupt das Reden in der Öffentlichkeit verboten und auf die Offizierskasinos beschränkt. Schon das eigene Interesse sollte ein solches Verbot herbeiführen; denn die meisten der von Generalen gehaltenen Reden sind sicherlich nicht geeignet, den Respekt vor den geistigen Qualitäten des Offizierskorps zu erhöhen.

Vom neuen Rüstungsstand.

Das offiziöse Bolzische Bureau hat, wie bekannt, gemeinsam mit der offiziösen „Norddeutschen Allgemeinen“ im Krupp-Standard von vornherein allen Vertuschungsmanövern geschäftliche Helfershelferdienste geleistet. Zu dem vorgestern bekannt gewordenen Siemens-Schudert-Standard, über den wir gestern ausführlich berichteten, verbreitet es prompt folgende Meldung:

Berlin, 21. Januar. Zu dem gestrigen Prozeß gegen den Erpreßer Karl Richter, aus dem hervorgegangen ist, daß die japanische Tochtergesellschaft der Siemens-Schudert-Werke Kommissionen an japanische Staatsbeamte bezahlt hätte, wird und von den Siemens-Schudert-Werken mitgeteilt, daß sämtliche Marinegeschäfte in Japan durch einheimische Agenten, wie es in auereuropäischen Ländern üblich ist, getätigt worden sind, wofür dieselben naturgemäß Kommissionen erhalten haben. An japanische Staatsbeamte haben die Siemens-Schudert-Werke niemals Kommissionen irgendwelcher Art direkt oder indirekt gezahlt. Sobald die Erpreßung versucht wurde, haben die Siemens-Schudert-Werke der Staatsanwaltschaft Anzeige erstattet und die Behörden in Japan davon in Kenntnis gesetzt.

Das Bureau der Siemens-Schudert-Werke hat weiter der „D. Z.“ erklärt, wenn irgendwelche Bestechungen in Japan vorgekommen sein sollten, seien diese auf keinen Fall mit Wissen der deutschen Geschäftsleitung geschehen.

Gegenüber diesem plumpen Schwundel verweisen wir auf unseren gestrigen Bericht, aus dem sich ergibt, daß höchste japanische Offiziere, z. B. die Admirale Fujii und Inasaki, von Siemens-Schudert dauernd bestochen worden sind, und daß die „Freunde“ der edlen Firma im japanischen Marineamt nach einer brieflichen Aeußerung des Berliner Prokuristen der Firma, Kehler, für diese „zuverlässig arbeiten“. Die Bestechungen sind inszeniert und dirigiert von eben diesem Berliner Prokuristen Kehler und dem Leiter der japanischen Filiale, Herrmann mit Namen, also von den höchsten verantwortlichen Beamten der Firma Siemens-Schudert, die in skrupelloster Selbstverständlichkeit auf die Vereinfachung und Unschädlichmachung aller unbequemen Beamten aus dem Marineamt in Tokio und der Londoner Marinekommission hinarbeiten.

Wir wollen abwarten, ob die dreisten Ablesungs- und Verdrehungsmanöver fortgesetzt werden. Sie sollen diesen Champions der internationalen Rüstungskorruption nicht gut bekommen.

Protekt der bayerischen Abgeordneten-Kammer gegen den Preußenbund.

Am Schluffe der Mittwochs-Sitzung der bayerischen Abgeordneten-Kammer vereinigten sich vor der Abstimmung über das Militärgesetz alle Parteien zu einem scharfen Protest gegen den Preußenbund, nachdem schon am Dienstag der Kriegsminister die Aeußerungen des Herrn v. Krautz über die bayerische Armee zurückgewiesen hatte. Man gab einmütig der Anschauung Ausdruck, daß die nachträgliche Entschuldigung, die Herr v. Krautz versucht habe, nichts bedeute, da es sich nicht um Entgleisungen eines einzelnen handelte, sondern um den Geist, der auf dem Preußenbund geherrscht habe. Nur als einziges Mitglied des Hauses, das freilich zugleich Mitglied des Bundes des Landwirte ist, verteidigte Abg. Vech den Preußenbund. — Herr Vech wurde jedoch hernach von seiner eigenen Partei energisch abgelehnt. Drei alle Feldzugsteilnehmer ergriffen das Wort, die liberalen Abgeordneten Günther und Hopp sowie Genosse v. Wollmar, und kritisierten in scharfster Weise die Redomotaden des Generalleutnants v. Krautz.

Sehr bemerkenswert wurde, daß der Kriegsminister seinen Antrag fand, trotz des inzwischen erfolgten Entschuldigungsschreibens des Herrn v. Krautz, irgend etwas von seinem Protest vom Dienstag zurückzunehmen. Dieses Sagenweigen, das die Aufrechterhaltung des Protestes bedeutet, ist um so beachtenswerter, als heute bereits die „Staatszeitung“, die auch einen konfuse Brief des Herrn v. Krautz erhalten hat, alles zurücknimmt und den Autor der „immerhin mißverständlichen Worte“ als einen „alten und hochangesehenen Kriegshameraden“ feiert, ohne zu fragen, was denn eigentlich seine Rede für einen Sinn gehabt haben soll.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion

hielt am Mittwochsabend eine Fraktions-Sitzung ab. Genosse Reimling, Redakteur an der „Leipziger Volkszeitung“, wurde einstimmig zum Fraktionssekretär gewählt an Stelle des verstorbenen Genossen Jitzsch.

Als Redner in der Generaldebatte zu den einzelnen Voten wurden von der Fraktion gewählt: Reichsversicherungsamt: Bauer, Hoch und Feldmann; Gesundheitsamt: Antz; Statistisches Amt: Rühle, Göhre; Kultusgebarung: Dr. Cohn, Sachse; Olympische Spiele: Rühle, Heine; Militärstat: Städtel, Schulz, Schöpsin; Marine: Kocke, Vogtherr, Brandes; Kolonialstat: Dittmann, Henke, Kocke; Justizstat: Landsberg, Cohen, Heine; Schatzamt: Daase, Rolfsenbuhr, Stolle; Eisenbahnamt: Hofenzahl, Stolle, Fischer-Hannover; Reichseisenbahnen: Böhm, Juchs; Etat des Reichstags: Siebel, Ledebour; Poststat: Ebert, Jubeil; Etat des Reichszanglers: Scheidemann, Gradnauer; Auswärtiges Amt: Wendel, Bernstein.

Auch einer von den ostpreussischen Leuten.

Herr v. Oldenburg, Januschaun scheint auf dem Preußenbund der ostpreussischen Leute nicht anwesend gewesen zu sein oder dort keine Gelegenheit zu einer seiner lustigen Ansprachen gefunden zu haben. Er hat deshalb am Dienstag das Verfallene in einer konterbaitigen Versammlung in Thron nachgeholt. In seiner burlesken Weise kommierte er über Wahlreformen, Reichsvermögenssteuer, Wehrsteuer usw. und machte seinen Freunden den Vorwurf, daß sie im Reichstag bei den Verhandlungen über die Jaderner Vorgänge viel zu zahm aufgetreten seien. Der Standpunkt des Königs und des Militärs, meinte er, müsse viel mehr zum Ausdruck gebracht werden. Er sei neun Jahre Leutnant gewesen und habe es immer geteilt, daß das Militär vorgehen dürfe, wenn es von „Bengeln“ mit „Dred“ beworfen wird. Wenn nun die Ost-Preußen das Militär mit Dred beworfen, dann verdienen sie, daß ihnen die Hosen stramm gezogen würden. Er sei überzeugt, daß so etwas nicht passiert wäre,

wenn in Ost-Preußen preussische Landräte und ein preussischer Regierungspräsident an der Spitze der Zivilbehörden gestanden hätten. Er habe es oft im Reichstag hervorgehoben, daß Trommel und Krädstock die großen Kulturträger Preußens gewesen seien, und wir müßten heute verlangen, daß in Ost-Preußen Ordnung gehalten werde nach preussischem System und daß das Militär geschützt werde gegen jede Beleidigung. Das Reichstagsvotum halte er für einen Witz; der Reichstag sei das Parlament der Geldsäcke.

Die Landtagswahl in Schwarzburg-Rudolstadt.

Die Landtagswahl in Schwarzburg-Rudolstadt ist zuungunsten der Sozialdemokratie ausgefallen. Die sozialdemokratische Landtagsmehrheit ist dadurch beseitigt worden. Das Wahlergebnis kann aber trotzdem nicht als ein besonders hoch einschlagender Sieg der Bürgerlichen betrachtet werden. Der betreffende Bezirk ist rein ländlich. Es wurden dann auch in den dazugehörigen acht Ortshäusern bei der letzten Reichstagswahl 612 bürgerliche Stimmen gegen 579 sozialdemokratische Stimmen abgegeben. Der Kreis fiel und bei der letzten Landtagswahl lediglich infolge der Lässigkeit der Bürgerlichen zu. Der Rückgang unserer Stimmen um 70 erklärt sich aus dem Bezüge von Arbeitern, da die im Bezirke liegenden Gruben fast alle stillgelegt worden sind, so daß die noch im Bezirke wohnenden industriellen Arbeiter stundenweit laufen müssen, um Verdienst zu finden.

Es stimmt!

Als Herr v. Bethmann Hollweg im Dreiklassenparlament gar larmoyant von seinen schlaflosen Nächten sprach, schrieb mir („Vorwärts“ Nr. 15):

Aber die Junter wollen keinen Kanzler mit schlaflosen Nächten, sondern den starken Mann mit den eisernen Nerven, der sogar zwischen Blutbad und Blutbad die Nacht trefflich schläft.

Herr Diederich Hahn, der freiwillige Junter, schloß sich fugs berufen, unsere Auffassung zu bestätigen, denn in einer Versammlung zu Stade sagte er nach dem Bericht der „Deutschen Tageszeitung“:

Ich bedauere, von dem jetzigen Staatsmann hören zu müssen, daß keine verantwortungsvolle Arbeit ihm schlaflose Nächte macht, ich bedauere das für ihn und für uns; denn wir können nur Leute gebrauchen, die nichts schlafen und starke Nerven haben.

Kennen wir unsere Wappenstein?

Gegen die Säbeldiktatur.

Die ost-Preussische Reichstagsabgeordnete haben mit Unterstützung der polnischen Fraktion im Reichstag einen Antrag eingebracht, in dem sie unter Bezugnahme auf die Vorgänge in Javern den Reichszangler ersuchen, baldigst einen beschleunigten Gesetzentwurf einzubringen, welcher die Befugnis der bewaffneten Macht zur Ausübung der staatlichen Zwangsgewalt für das Reich einheitlich regelt und der Reichsauffassung Geltung verschafft, daß das Militär nur auf Requisition der Zivilbehörden zu polizeilichen Zwecken verwendet werden darf.

Vom preussischen Landratsbureaufatismus.

Der Bezirksausschuß in Düsseldorf forcierte in seiner letzten Sitzung ein Bureaukratenstückchen, das selbst im Kulturstaat Preußen nicht alle Tage vorkommen dürfte. Eine zurzeit in Holland wohnende oblige Gutbesitzerin war von der Gemeinde Weeze im Landkreis Geldern, Regierungsbezirk Düsseldorf, zu 1244 M. Einkommensteuer veranlagt worden. Ihr dagegen erhöbener Einspruch wurde von dem Gemeindevorstand abgewiesen. Die Gutbesitzerin rief die nächste Instanz an und wandte sich — irrtümlicherweise — an den Vorsitzenden der Veranlagungskommission, „Gungelomission“, hat — wie es das Gesetz bestimmt — an den Vorsitzenden des Kreis-Ausschusses. Obwohl nun beide Vorstehendenämter vom Landrat ausgeübt werden, sandte der Landrat als Vorsitzender der Veranlagungskommission das Schreiben mit dem Bemerkung zurück, es müsse an den Vorsitzenden des Kreis-Ausschusses, also ebenfalls an ihn, den Landrat, gerichtet werden. Als dieser Aufforderung von der Frau entsprochen worden war, war die — Einspruchsschrift verstrichen. Der Einspruch wurde daher als zu spät gestellt, abgewiesen. Die Gutbesitzerin wandte sich nun an den Bezirksausschuß in Düsseldorf. Dieser entsprach vernünftigenweise dem Antrage auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand. Die Sache wurde an den Kreis-Ausschuß zurückverwiesen mit der Begründung, der Landrat habe aus dem Inhalt des Schreibens ersuchen müssen, um was es sich handle. Auch bei der Regierung gingen unrichtig adressierte Eingaben ein, die aber einfach an die richtige Instanz weitergegeben wurden.

Wegen des Wortes „Wades“ verurteilt.

Wie aus Mey gemeldet wird, wurde dort vor dem Schöffengericht die Beleidigungsklage des früheren Präsidenten des „Souvenir Allacien Vorrats“, Jean, gegen die „Leipziger Neuesten Nachrichten“ verhandelt, die Jean in einem Artikel als „Wades“ tituliert hatten. Die „Leipziger Neuesten Nachrichten“ wurden zu 30 Mark Geldstrafe verurteilt.

Staatsmittel zur Bekämpfung der Landflucht.

In den letzten Tagen haben in Ostpreußen Erhebungen stattgefunden, die sich mit der Ausdehnung der Landflucht und deren Folgen befaßten. Die Erhebungen haben den Zweck gehabt, festzustellen, inwiefern der Staat eingreifen habe, um die enorme Abwanderung der arbeitenden Landbevölkerung nach den Städten zu verhindern. Die Erhebungen sollen abgeschlossen sein und das Ergebnis soll die Forderung sein, daß zur Förderung der Rückwanderung von deutschen Auswanderern erhöhte Staatsmittel zur Verfügung gestellt werden, wenigstens will dies ein ostpreussisches Blatt an zuständiger Stelle erfahren haben. In den einzelnen landwirtschaftlichen Instituten sollen geeignete Maßnahmen zu wirksamer Bekämpfung der Landflucht getroffen werden. Auch hierzu werden Staatsmittel verlangt. In den ländlichen Fortbildungsschulen wird in nächster Zeit auf die Jugend eingewirkt werden, mehr als bisher anlässlich zu bleiben. Ferner wird in den Großstädten und größeren Provinzialstädten, in denen erhebliche Arbeitslosigkeit vorhanden ist, eine geeignete Arbeitsvermittlung nach dem Lande einzusetzen. Dadurch soll zugleich die herrschende Arbeitslosigkeit in den Städten herabgemindert werden.

Es scheint also, als ob der Ruf der Arbeitslosen um Hilfe mit der Bemerkung: „Weht auf Land!“ beantwortet werden soll. Uebrigens muß der Landarbeitermangel den Agrariern schon recht sehr auf den Nägeln brennen, wenn solche Erhebungen angestellt werden. Natürlich wird man mit diesen Mitteln die Landflucht nicht beseitigen.

Bewußt rechtswidrig.

Der Antiker Eduard Maudonat hatte eines Tages auf einem Insterburger Kasernenhofe zu tun. Er rebete den Rekruten zu, nicht das zu tun, was ihnen befohlen wurde und sagte zu dem Feldwebel: Herr Feldwebel, streifen Sie die Rekruten doch nicht so, ich bin auch Soldat gewesen. Dafür wurde er von der Insterburger Strafkammer zu sechs Wochen Gefängnis verurteilt, wobei noch berücksichtigt wurde, daß er angetrunken gewesen sei. Selbstverständlich hat das Gericht an-

genommen, daß dieser Angeklagte bewußt rechtswidrig gehandelt hat, denn er ist ein Arbeiter, und Arbeitern fehlt nach der deutschen Rechtsprechung nie das Bewußtsein der Rechtswidrigkeit. Doch wenn ein Oberst die Maschinen-gewehre gegen eine wehrlose Menschenmenge auffahren läßt, wenn er wahllos Verhaftungen vornimmt, die Eskortierten eigenmächtig der Freiheit beraubt und sie in einen Keller sperrt, dann fehlt dem Herrn Oberst das Bewußtsein der Rechtswidrigkeit und er wird freigesprochen.

Stenerhinterziehungen.

Im Jahre 1913 sind in Preußen wegen Steuerhinterziehung oder falscher Steuerdeklaration 618 584 M. Strafen festgesetzt worden. Zur Unterbindung kamen 244 Fälle. Ferner wurden 172 Fälle den Gerichten übergeben, die auf 194 444 M. Geldstrafe erkannten. Im Anschluß an das Strafverfahren sind an Nachsteuer zur Einkommensteuer 529 002 M., an Einkommensteuer 5581 M. in Preußen festgesetzt worden. Strafen und Nachsteuer ergaben die Summe von 1 657 021 M. Von Erben wurden 2 077 257 M. Nachsteuern eingefordert.

Oesterreich.

Einigung in der Steuerfrage.

Wien, 21. Januar. Das Abgeordnetenhaus hat nach kurzer Debatte den Bericht der gemeinsamen Konferenz beider Kammern über die Personaleinkommensteuer zunächst ohne die Steuerflora einstimmig angenommen und sodann die Änderungsanträge abgelehnt. Weiter wurden die Beschlüsse der gemeinsamen Konferenz in dritter Lesung und damit die Personaleinkommensteuer übereinstimmend mit den Herrenhausbeschlüssen angenommen. (Lebhafte Beifall.)

Italien.

Die Mailänder Ersatzwahl.

Rom, 19. Januar. (Fig. Ver.) Im VI. Mailänder Wahlkreis findet am 25. Januar eine Ersatzwahl statt, da der zum Deputierten gewählte Gen. Treves sich für das Mandat von Bologna entschieden hat, das ihm bei den letzten Wahlen gleichfalls zugefallen war. Der Kandidat der Partei bei der Ersatzwahl ist der bekannte Revolutionär Amilcare Cipriani, der unter Garibaldi und in Griechenland gekämpft hat, an der Partier Kommune teilnahm und im Anschluß an sie deportiert wurde, nachdem ihm auch sein Vaterland mit nichts anderem als zahlreichen Gefängnisstrafen aufgemartet hatte. Auch heute werden gegen Cipriani zahlreiche politische Prozesse in Italien, weshalb er, ohne Abgeordneter zu sein, bei seiner Rückkehr sofort verhaftet werden würde. Im Anschluß an eine Verurteilung zu 20 Jahren Zuchthaus sind Cipriani sogar die bürgerlichen Ehrenrechte aberkannt, so daß seine Wählbarkeit zweifelhaft ist. Nicht zweifelhaft ist dagegen seine Wahl am nächsten Sonntag, da in dem seit langem unserer Partei gehörenden Wahlkreis große Begeisterung für den Kandidaten besteht. Die bürgerlichen Parteien sammeln ihre Stimmen von den Radikalen bis zu den Merkmalen auf den Namen eines Kandidaten Pressi.

England.

Attentat in einem indischen Regiment.

Wien, 20. Januar. Der Oberst und ein eingeborener Offizier des indischen 109. Infanterie-Regiments, das gegenwärtig hier stationiert ist, sind heute von einem eingeborenen Soldaten, der zu 14 Tagen Gefängnis verurteilt worden war, erschossen worden.

Rußland.

Die Organisation des Spionagesystems.

Die russische Geheimpolizei arbeitet in der letzten Zeit in Rußland mit besonderem Eifer. Sie ist unter der Leitung eines früheren Inspektors von Scotland Yard, also von der englischen Polizei, neu organisiert worden und steht unter der Oberleitung des Pariser Chefs der russischen Spigel. In London hat die russische Spigeli ein eigenes Bureau in einem Hause in Clapham. Neben der Ueberwachung der russischen Reisenden, Flüchtlinge, Deserteure und Auswanderer scheint sich die russische Spigeli auch mit Spionage und Bergleichen zu befassen. Unser englisches Eruberblatt „Daily Citizen“ erklärt: Es ist nicht zweifelhaft, daß die russische Polizei im Auslande das gefährlichste Spionagesystem ist, welches in der Welt besteht.

Türkei.

Die Verhältnisse der Balkanstaaten.

Wien, 21. Januar. Der Konstantinopeler Korrespondent der „Neuen Freien Presse“ hatte eine Unterredung mit Enver Pascha, welcher auf die Frage, ob er an einen Krieg zwischen der Türkei und Griechenland wegen der Agäischen Inseln glaube, die Antwort erteilte, er habe nur die Aufgabe, das türkische Heer zu reorganisieren. Bezüglich der angeblichen Aktion Jazet Paschas in Albanien erklärte Enver, Jazet Pascha sei nicht aktiver türkischer General. Wenn er wirklich noch Absichten in Albanien gedeggt hätte, hätte er da nicht schon längst in Albanien persönlich für seine Sache kämpfen müssen, anstatt in Konstantinopel zu bleiben? Die türkischen Offiziere in Albanien seien eben auch keine türkischen Offiziere mehr. Was sollte die Türkei in Albanien wollen? Es liege so weit, und wenn auch die Türkei die Absicht habe, von den verlorenen Gebieten möglichst viel wieder zurückzugewinnen, so habe dieselbe derzeit viel näher liegende Sorgen.

Wie die Zeitung „Lokris-Glossar“ erfährt, besetzen die Griechen seit einigen Tagen Tenedos mit Geschützen, legen vor der Insel Seeminen aus und häufen dort Lebensmittel an.

Letzte Nachrichten.

Sechs Kinder ertrinken.

Weipert (Böhmen), 21. Januar. In einer Felsenhöhle fand man sechs Schulkinder von 7-12 Jahren ertrunken auf. Die Kinder waren auf dem Heimwege vom Schneekura überrascht worden.

Explosionskatastrophen in Frankreich.

Paris, 21. Januar. In Ricaut bei Tours lag in der staatlichen Pulverfabrik der Todendraum in der Luft. Die Gewalt der Explosion war so groß, daß das Gebäude völlig zerstört wurde. Fünf Arbeiter, die sich zur Zeit der Explosion im Todendraum aufhielten, wurden schwer verletzt. Die Ursache der Katastrophe ist auf das Entweichen von Aetherdämpfen zurückzuführen, die in Verbindung mit der Luft ein hart explosives Gasgemisch herbeiführten. Der angerichtete Schaden ist außerordentlich groß.

In Le Sabre ereignete sich in einer Eisfabrik eine Explosion durch das Blähen einer Ammonial enthaltenden Stahlbombe. Neun Arbeiter wurden durch Eisen splitter verletzt, zwei davon sehr schwer.

Das gesunkene Unterseeboot A 7 gefunden.

Winnipeg, 21. Januar. (W. T. W.) Nach fünftägiger Suchen ist es heute nachmittag gelungen, die Liegestelle des gesunkenen Unterseebootes A 7 festzustellen.

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratischer Wahlverein
i. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreis
Stralauer Viertel, Bezirk 299.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unter Genosse, der Brauerei-
arbeiter

Hans Enskat
(Bolschtraße 10) gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Freitag, den 23. Januar, nach-
mittags 3 1/2 Uhr, von der Halle
des Friedhofes in Ahrensfelde
aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

**Verband d. Brauerei- u. Mühlen-
arbeiter u. verw. Berufsgenossen.**
Zahlreiche Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Kollege, Mitarbeiter

Johann Enskat
(Genossenschaft-Niederl. in Stralau)
am 20. Januar 1914 im Alter von
33 Jahren gestorben ist. 42/4
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Freitag, den 23. d. Mts., nach-
mittags 3 1/2 Uhr, auf dem Ost-
friedhof in Ahrensfelde statt.
Um rege Beteiligung wird ersucht.
Die Ortsverwaltung.

**Deutscher
Transportarbeiter-Verband.**
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
Nachruf.

Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Kollege, der Müll-
tischer

Karl Parrel
am 15. d. Mts. im Alter von
49 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
61/11 Die Bezirksverwaltung.

Am Freitag, den 16. Januar,
abends 10 Uhr, entschlief nach
kurzem, schweren Leiden mein
trauergeleiteter Mann, unser guter
Sohn, Bruder, Onkel und Schwager,
der Rechtsanwalt 129a

Gustav Neumann
im Alter von 47 Jahren.
Dies zeigen tiefbetruert an
Frau Emma Neumann
geb. Krieg
nebst Kindern.
Die Beerdigung findet am
Freitag, den 23. Januar, nach-
mittags 3 1/2 Uhr, von der Leichen-
halle des Bethlehems-Kirchhofes,
Nordenb., aus statt.

Hiermit zur Nachricht, daß
meine liebe Frau

Luise Bock
geb. Liehr

nach langem schweren Leiden am
Montag, den 19. Januar, ge-
storben ist.
Im Namen der Hinterbliebenen
Alfr. Bock, Gargarder Str. 81.
Beerdigung: Heute Donnerstag,
nachm. 3 1/2 Uhr, auf d. Bethlehems-
Kirchhof, Niederhähnchen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Nachruf.

Den Kollegen zur Nachricht,
daß unser Mitglied, der Einrichter

Georg Lesniewski
Rauhensteinerstr. 34, am 16. d. Mts.
an Lungenerkrankung gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
111/1 Die Ortsverwaltung.

Für die herzliche Teilnahme und
Krankenspenden bei der Beerdigung
meines lieben Mannes, des Sozialisten
Fritz Pfleger, sage ich dem
Sozialdemokratischen Wahlverein des
4. Berliner Reichstagswahlkreises,
dem Deutschen Bauarbeiterverband,
sowie allen Erschienenen meinen besten
Dank. 69/25

Witwe Marie Pfleger.

Dankfagung.
Für die liebevolle Teilnahme und
Krankenspenden bei der Beerdigung
meines unvergesslichen Mannes und
heben Vaters spreche ich hiermit
allen Verwandten und Bekannten,
insbesondere dem Herrn Chef und
dem Personal der Firma G. Hänger
meinen herzlichsten Dank aus.

Witwe Berta Bosh
und Tochter.

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlicher
Teilnahme und die reichen Krank-
enspenden bei der Beerdigung meiner
unvergesslichen Frau sage ich allen
Bekanntem sowie dem Gesangsverein
„Vorwärts“ „Südost“ meinen herz-
lichen Dank. 95/21

Am Namen
der trauernden Hinterbliebenen:
Karl Raabe,
Stralauer Allee 36.

**Verband der Maler,
Lackierer, Anstreicher usw.**

Bureau: Weiskirchstraße 28, port. Filiale Berlin. Arbeitnachweis: Müllerstraße 9.
Fernsprecher Amt Npl. Nr. 4787. Fernsprecher: Amt Norden 6708.

Hierdurch eruchen wir diejenigen Mitglieder, die vom 1. Dezember
bis jetzt ununterbrochen arbeitslos waren und verheiratet sind, sich bis
zum Sonnabend, den 24. Januar, im Verbandsbureau oder auf den
Kontrollstellen zu melden. 136/4*

Die Ortsverwaltung.

**Verband der Hausarzt-Vereine.
Bezirk Norden.**

Große öffentliche Vorträge:

Donnerstag, den 22. Januar, abends 8 1/2 Uhr. Freitag, den 23. Januar 1914, abends 8 1/2 Uhr.
„Vornis-Säle“, Adlerstr. 6-7. „Zum Kurfürsten“, Pantom, Berliner Straße 102:
„Kinderreichtum und Kindersterblichkeit.“ „Aberglaube in der Medizin.“
Referent: Dr. Moses. Referent: Dr. Sochaczewski.

Aufnahmen für den Bezirk werden in der Versammlung und in folgenden Geschäftsstellen entgegenommen:
Hermann Münchow, Lüderstr. 3, Dnereg. III; **Hermann Meyer**, Ewinemünder Str. 97, vorn II, Post 1;
Georg Kange, Malmer Str. 12, vorn IV; **Edoebor Gchner**, Pantom, Nordbahnstr. 3, Dnereg. III;
Paul Berger, Nordost und Weihensee, Raugarder Str. 44, vorn IV; **Otto Wölke**, Brunnstr. 100, vorn III.

Dankfagung.

Für die vielen Beweise der Teil-
nahme bei dem Hinscheiden meines
geliebten Satten und unseres lieben
Vaters sage ich allen hiermit
unseren aufrichtigsten Dank. 106/4
Witwe Schwinger nebst Kindern.

**Kranken- und Sterbe-
Zuschusskassen der Schneider und
verwandter Berufsgenossen
Berlins und Umgegend.**

Sonntag, den 25. Januar 1914,
abends 8 Uhr,
im Lokale Adalbertstraße 61:
General-Versammlung.
Tagesordnung:
1. Abrechnung des 3. und 4. Quar-
tals und Jahresbericht.
2. Kassensangelegenheiten.
3. Wahl des Vorstandes.
4. Verschiedenes. 281/20
Um zahlreiches Erscheinen wird ge-
beten.
Mitgliedsbuch legitimiert.
S. H.: Der Vorstand.

**Krankenunterstützungs- und
Sterbekassenverein
Berlin - Friedenau.**

Sonntag, den 1. Februar 1914,
im Restaurant Klabe,
Friedenau, Gaudernstr. 61:
General-Versammlung.
Tagesordnung:
1. Bericht des Vorstandes. 2. Kassens-
bericht. 3. Beratung der Geschäfts-
ordnung für den Vorstand. 4. Neu-
wahl des Vorstandes und der Revi-
soren. 5. Verschiedenes.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Der Vorstand.
S. Müller, G. Rache. 281/19

**Sterbekasse ehemaliger Pflugscheer
Arbeiter**
(Heuteleiche
Kasse).

Sonntag, den 25. Januar 1914,
vormittags 9 1/2 Uhr pünktlich:
Generalversammlung
im Vereinshaus Berliner Müller,
Kaiser-Wilhelm-Str. 31 (früher 18m).
Tagesordnung:
1. Kassensbericht. 487/6
2. Bericht der Revisoren.
3. Neuwahlen von Vorstandsmit-
gliedern (2. Vorsitzender und 1. Schrift-
führer).
4. Neuwahl der Revisoren.
Mitgliedsbuch legitimiert.
Zahlreichen Besuch ermartet
Der Vorstand.
S. H.: G. Wegner.

Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter

Geschäftsstelle: C. 54, Verwaltungsstelle Berlin. Fernspr.: Amt
Nordenstr. 10. 42/3

General-Versammlung

Sonntag, den 25. Januar 1914, nachmittags 2 Uhr:
im Gewerkschaftshause, Engelauer 15 (großer Saal).
Tagesordnung:
1. Geschäfts- und Kassensbericht vom IV. Quartal 1913. 2. Bericht
vom Jahre 1913. 3. Wahl der Ortsverwaltung. 4. Verbandsangelegen-
heiten.
Mitgliedsbuch oder Karte legitimiert zum Eintritt!
Ohne Mitgliedsbuch oder Karte kein Eintritt!
Kollegen! Es ist Euer dringende Pflicht, Raum für Raum in
dieser Versammlung zu erscheinen.
42/3* Die Ortsverwaltung.

**Ohne jede Anzahlung
Pianos
Flügel und Harmoniums**

erstklassiges Fabrikat
vielfach prämiert, u. a.:
Berliner Gewerbe-Ausstellung 1896
Berliner Musik-Fachausstellung 1906

sowie
gegen kleine monatl. Teilzahlung. Für jedes Instrument gewähre ich langjährige Garantie.
Lieferung nach allen Orten Deutschlands frachtfrei!

Conrad Krause Neffg., Berlin, Ansbacher Str. 1.
Ecke Kurfürstenstraße. Tel. Steinplatz 10410.
Auch Sonntags geöffnet.

Kaufmannsgerichtswähler!

Handlungsgehilfinnen! Handlungsgehilfen!
Heute, Donnerstag, den 22. Januar, abends 8 1/2 Uhr,
in Kellers Neue Philharmonie, Köpenicker Straße 96/97:
Große öffentliche Versammlung.
Thema:
Wo steht der Feind?
Referenten:
Reichstagsabgeordneter **Buck-Dresden**,
Kollege **Karl Bublitz.**
Um zahlreiche Beteiligung ersucht 77/4*

Wo steht der Feind?

Zentralverband der Handlungsgehilfen.
Bezirk Berlin. C 25, Münzstr. 20 II.

Deutscher Tabakarbeiter-Verband

Sektion der Zigarettenindustrie.
Freitag, den 23. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im Rosenthaler Hof,
Rosenthaler Str. 11/12: 187/2*

Sektions-Versammlung.

Tagesordnung:
1. Bericht der Sektionsleitung. Diskussion. 2. Wahl der Sektions-
leitung. 3. Wahl einer Agitationskommission. 4. Verschiedenes.
Die Kolleginnen und Kollegen werden ersucht, zu
dieser Versammlung vollständig zu erscheinen.
Die Sektionsleitung.

SINGER

ORIGINAL SINGER NÄHMASCHINEN

Familien-Nähmaschinen sind die vollkommensten!

Neue Spezial-Apparate für den Hausgebrauch.

SINGER CO.
Nähmaschinen Act. Ges.
Berlin, Leipziger Str. 92.
Läden in den verschiedenen Stadtteilen.

Spezialarzt
I. Haut, Horn, Frauenleiden,
nerv. Schwäche, Beinranke jeder
Art, Ehrlich-Gata-Kuren in
u. Co. fons
Laborat. j
Blut-
untersuchung, Säben t. Harnstoff.
Friedrichstr. 81, gegenüber
Ept. 10-2, 5-9, Sonnt. 11-2.
Sonntag mäßig, auch Teilzahl.
Separates Damenzimmer.

**Dr. med. Weil's
Hafermark**

macht alle Kinder stark!

Natürliches Nähr- und Kräfti-
gungsmittel für Säuglinge,
stillende Mütter, Magen-
leidende, Schwächliche, Re-
konvaleszenten und für den
täglichen Familienbrauch.
Originalpaket = 1 Pfd. 40 Pf.
General-Depot:
D. Mader, Pridzenstr. 86.
Zu haben in den Filialen der
Konsumgenossenschaft
Berlin und Umgegend.

Frostalla

Bäder gegen
Frostbeulen

Überall erhältlich
Ein Päckchen ausreicht für viele Bäder
L. Eikan Erden A.G. Berlin-Westend 101

In Freien Stunden

Die
Wochenschrift für Arbeiterfamilien
Wöchentlich 1 Heft für 10 Pf.

Wo? ist der schönste Ausflugsort?
Sommer noch **Pichelswerder**,
an der neuen
Geertrude beim Alten Freund.

**Fort mit Luftschlauch und Pumpe.
Radfahrer,
Pneumelastieum,**

welche die Kosten der Bereifung verringern,
ohne Pneumatikdefekte fahren und stets ein
fahrberoitest Rad haben wollen, fahren nur

Pneumelastieum,
elastisch wie Luft, unbegrenzt in Haltbarkeit.
Jahres-Garantie 20000 km
Verlangen Sie sofort per Karte
kostenlose Zusendung von Prospekt 12.
PNEUMELASTICUM - GESELLSCHAFT m. b. H.
BRAUNSCHWEIG. 8/10*

Bewerkschaftliches.

Wie Herr Delbrück zitiert!

In der Reichstags-Sitzung vom 20. Januar hat der Staatssekretär Delbrück als Kronzeugen für die Lebenshaltung der Arbeiter u. a. auch die „Holzarbeiter-Zeitung“ vom 2. August 1913 zitiert. Die betreffende Stelle des Berichtes lautet nach der „Post“ (das Berliner Tageblatt) und die „Kölnische Zeitung“ bringen denselben Wortlaut: „Selbst die gewerkschaftliche „Holzarbeiter-Zeitung“ schrieb am 2. August 1913: Der Fortschritt geht freilich nicht von heute auf morgen. Zeitweise tritt sogar ein Rückschlag ein, wenn infolge der verkehrten Wirtschaftspolitik (Sehr richtig! links) die Lebensmittel so empfindlicher, wie in den letzten Jahren; aber die Hebung der Lebenshaltung ist doch unverkennbar. (Hört! hört! und lebhafter Beifall rechts.) So urteilt ein gewerkschaftliches Blatt, das ja den Herren Sozialdemokraten sehr nahe steht.“

Die Tatsache, daß ein Gewerkschaftsblatt die Hebung der Lebenshaltung der Arbeiter konstatiert, scheint die Kontervaiven außerordentlich gefreut zu haben. Ob aber ihr Beifall ebenso lebhaft ausgefallen wäre, wenn der Herr Staatssekretär richtig zitiert hätte? Wir haben die betreffende Stelle in der angegebenen Nummer der „Holzarbeiter-Zeitung“ nachgesehen und gefunden, daß dieselbe folgendermaßen lautet: „Der Fortschritt ist freilich nicht von heute auf morgen zu spüren, zeitweilig treten sogar Rückschläge ein, wenn, wie in den letzten Jahren, infolge der verkehrten Zoll- und Steuerpolitik des Reiches die Preise für die notwendigen Lebensbedürfnisse so riesig empfindlicher, daß die Steigerung der Löhne mit ihnen nicht gleichen Schritt halten kann. Aber die Hebung der Lebenshaltung ist unverkennbar, wenn wir uns um wenige Jahrzehnte zurückverlegt denken und unsere Ernährung, Bekleidung, Wohnung usw. von damals mit der Zeit vergleichen, wie wir die entsprechenden Bedürfnisse heute zu befriedigen gewohnt sind.“

Die „Holzarbeiter-Zeitung“ hat also ausdrücklich gesagt, daß in den letzten Jahren die Steigerung der Löhne nicht gleichen Schritt mit der Steigerung der Preise für die notwendigen Lebensbedürfnisse gehalten hat. Herr Delbrück hat es anscheinend nicht für erforderlich gehalten, diese Worte zu zitieren, und sich so den lebhaften Beifall seiner Freunde von der rechten Seite des Hauses gesichert. Daß die Lebenshaltung der Arbeiter, wenigstens dort, wo die Gewerkschaften einen nennenswerten Einfluß ausüben, heute höher ist als vor einigen Jahrzehnten, ist eine Binsenwahrheit. Das ist eine Folge der gewerkschaftlichen Arbeit. Die Politik des Zollmachers, die eine so riesige Steigerung der Preise für die notwendigen Lebensbedürfnisse verursacht hat, bedroht aber die Erfolge, welche die Gewerkschaften in langjährigen Kämpfen errungen. Deshalb ist es selbstverständlich, daß die agrarische Politik vom Standpunkt der Gewerkschaften auf das schärfste bekämpft werden muß.

Deutsches Reich.

Erdbelebte Zunahme der Arbeitslosen im Deutschen Holzarbeiterverband.

Die Arbeitslosenzahl vom Monat Dezember 1913 im Deutschen Holzarbeiterverband zeigt, wie in geradezu beängstigender Weise die Arbeitslosigkeit in der Holzindustrie zunimmt. In 870 Zählstellen, die 188 741 Mitglieder umfassen, wurden im Laufe des Monats 18 103 Fälle von Arbeitslosigkeit gemeldet. Mit den 10 713 Arbeitslosen, die nach vom Monat November übernommen worden sind, erhöht sich die Zahl der Arbeitslosigkeitsfälle im Verlaufsmonat auf insgesamt 28 816. Gegen den Vormonat, wo 19 687 Arbeitslosigkeitsfälle ermittelt wurden, ist das eine Zunahme von 9 209 Fällen oder 47 Proz. Am Schlusse des Monats wurden noch in allen Gauen 20 778 Mitglieder, gleich 11,01 Proz. der Gesamtmitgliedschaft, als arbeitslos gezählt. Das sind absolut und prozentual die höchsten Arbeitslosenzahlen, die der Deutsche Holzarbeiterverband seit dem Jahre 1908 aufzuweisen hat. Die beiden unangünstigsten Monate in dieser Zeit waren der Dezember 1908 mit 12 661 Arbeitslosen, gleich 8,89 Proz. und der Januar 1909 mit 10 005 Arbeitslosen, gleich

0,07 Proz. der Mitgliedschaft. Im Vergleich zum Monat November 1913, in dem die entsprechenden Zahlen am Ende desselben 10 725 und 5,94 betragen, hat die Zahl der Arbeitslosen um 10 053 oder 94 Proz. zugenommen. Am trostlosesten sieht es im Gau Berlin aus. Dort wurden im Monat Dezember 10 191 Arbeitslose gemeldet, worunter sich 4524 Hebernominale vom Monat November befinden. Zu Ende des Berichtsmontats waren noch innerhalb des Gaus 7218 oder der fünfte Teil der überhaupt vorhandenen Mitglieder beschäftigungslos.

Diese ungünstigen Verhältnisse werden auch durch die Berichte der paritätischen Arbeitsnachweise im deutschen Holzgewerbe bestätigt. In diesen wurden am 9. Januar d. J. in Berlin 6197, in Hamburg 801, in Leipzig 588 und in Hannover 341 arbeitende Holzarbeiter gezählt, aber keine einzige offene Stelle war gemeldet.

Demzufolge sind auch die Ausgaben für die Arbeitslosen ganz gewaltig gestiegen. Im Monat Dezember wurden insgesamt an 10 803 Mitglieder für 131 008 Tage 230 316 M. Arbeitslosenunterstützung bezahlt. Wegen den Vormonat haben die unterstützten Arbeitslosen um rund 2000, die unterstützten Tage um 20 000 und die Unterstützungssumme um 30 000 zugenommen. Außerdem wurden noch im Monat Dezember 9090 M. für die Arbeitslosen auf der Reise verausgabt und in einer großen Anzahl zahlreicher Ertragsunterstützungen und Weihnachtsgratifikationen aus lokalen Mitteln bewilligt.

Sicher ist, daß durch diese Summen viel Not und Elend gelindert worden ist. Deshalb kann nicht oft genug und dringend die Mahnung ausgesprochen werden, der Organisation treu zu bleiben, denn diese ist auch in Krisenzeiten eine wertvolle Stütze.

Zentralverbände und gelbe Werkvereine.

Die Schachtmacherpresse und ihre Nachtreter fabulieren über den „Rückgang der freien Gewerkschaften“, über den „Abstieg der sozialdemokratischen Verbände“ und wie die sensationellen Kapitellüberschriften sonst heißen. Die Mitteilung aus unseren eigenen Reihen, daß im 3. Quartal 1913 gegenüber dem Vorjahre ein Mitgliederzuwachs von 20 000 zu verzeichnen war, der sich möglicherweise im 3. Quartal noch erhöhen kann, gibt den Anlaß für diese prophetische Kurzweil bürgerlicher Journalisten. Sie haben zum Heberfluß noch gehört, daß die Gewerkschaften „große Hoffnungen auf das Jahr 1913 gesetzt“ hätten, das den Verbänden einen größeren Mitgliederzuwachs bringen sollte. Von solchen Hoffnungen ist uns nichts bekannt. Als die Krise im vorigen Jahre so hart einsetzte, konnte wohl kein verständiger Mensch mit einer Mitgliederzunahme rechnen. Die Geschäftskonjunktur hat noch immer einen starken Einfluß auf die Mitgliederbewegung der Gewerkschaften ausgeübt. Greifen wir nur die Jahre der letzten großen wirtschaftlichen Depression heraus. Im Jahre 1907 war schon der Mitgliederzuwachs nicht so groß wie in den Vorjahren. 1908 aber sank die Mitgliederzahl rapid, um 33 775, ein Rückgang, der im Jahre 1913 wahrscheinlich nicht größer sein wird trotz der viel schlechteren Wirtschaftskonjunktur. Und auch im Jahre 1909 war die Zunahme der Mitgliederzahl keine nennenswerte, erst in den nachfolgenden drei Jahren stieg die Zahl, im Jahre 1912 allerdings schon wieder etwas mäßiger, weil hier schon der wirtschaftliche Niedergang einsetzte.

Auch damals frohlockten unsere Gegner über unseren Stillstand und Abstieg, um nachdem doch bald zu verstimmen. Das gleiche Schicksal wird ihnen auch diesmal beschieden sein.

Dem Abstieg der freien Gewerkschaften stellen die Schachtmacherblätter den „Aufstieg der gelben Werkvereine“ gegenüber, sich selbst damit beweisend, daß die Arbeiter vom sozialdemokratischen Terrorismus genug haben und sich den Wirtschaftsfriedlichen zuneigen. Welch ein Wunder, wenn es in der Tat so wäre! In der jetzigen Zeit der erschreckend großen Arbeitslosigkeit haben natürlich die Gelben gute Zeit. Wirtschaftliche Not ruft auch an der festesten Heberzeugung und Bestimmung. Wird aber auch das ganze Sammelarium der gelben Vereine, Berliner und Augsburger Richtung, zusammengerchnet, so sollen rund 160 000 Mitglieder zusammenkommen, gleich einer Zunahme von 50 000 in einem Jahre oder 45 Proz. Im Ruhrrevier und an der Wasserfront soll das gelbe Geschäft besonders blühen. Daneben ist im letzten Jahre besondere Sorgfalt auf die Gewinnung jugendlicher Arbeiter zur gelben Fahne verwendet worden, mit dem Erfolge, daß die inzwischen gegründete „Nationale Arbeiterjugend“, das Organ der Jugendabteilungen, 4000 Leser hat; insgesamt sollen die gelben Werkvereine 7000 jugendliche Arbeiter umfassen.

Die Freunde aller Schachtmacher und der ihnen verwandten Seelen ist eine große. Sie wägen sich in der Hoffnung, die freien Gewerkschaften bald verschwinden und den gelben Schönlitz aus ihrer Asche emporsteigen zu sehen. Reichen wir nicht um die verschiedenen Tausend unter den Gelben, die Papieroldalen sind, die überhaupt nicht Arbeiter sind. Noch wird es gute Weile haben,

bis die Wirtschaftsfriedlichen sich neben den 2 1/2 Millionen Mitgliedern der Zentralverbände werden sehen lassen können. Wie eine hohe Gännerschicht der Staatsbehörden den Gelben abhold und würden sie nicht durch „sanften Druck“ der Unternehmer gefördert, dann wollten wir einmal sehen, wie es mit ihrem vielgepriesenen „Aufstieg“ bestellt wäre. Eine freie Entwicklung und ein freies Koalitionsrecht würden ein wesentlich anderes Bild der gewerkschaftlichen Organisationen in Deutschland zeigen.

Streik in den Linke-Hoffmann-Werken.

Die Schachtmacher der Linke-Hoffmann-Werke in Breslau sind in den Streik getreten, weil sie bei den neuen Akkordsätzen den festgelegten Stundenlohn nicht erreichen können.

Krieg dem Landarbeiterverbände!

Diesen Schlagtruf gab die Agrarier in der am Dienstag abgehaltenen Sitzung der Kesseler Landwirtschaftskammer aus. Rittergutsbesitzer Kägel, ein kurheffischer Führer des Bundes der Landwirte, bemerkte, daß sich in Kurheffen bereits „Agitationsherde für den Landarbeiterverband“ gebildet hätten. Er (Kägel) habe seine sämtlichen Arbeiter nicht im unklaren gelassen, daß jeder entlassen werde, der sich dem Landarbeiterverband anschließe. Dieser Alarmruf führte den Landrat und Kammerherren v. Disfurth (Bruder des fassam Bekannten Abgeordneten General v. Disfurth) auf den Plan. Er redete von einer „großen Gefahr für die Landwirtschaft“, die in der Landarbeiterbewegung stecke. Dann sagte er, jedes Mitglied habe die Verpflichtung, seine den Landarbeiterverband betreffenden Wahrnehmungen bei der Landwirtschaftskammer einzureichen! Die Kammer werde dann eventuell vorhelfen bei der Regierung werden, damit diese Maßnahmen treffen könne zur Unterdrückung der Bewegung! Gleichzeitig könne die Regierung an der Hand des ihr übermittelten Materials prüfen, ob nicht auf Seiten der Landwirtschaftlichen Arbeiter eine geschwibrigte Koalition eingeführt worden sei!

Diese Ausführungen des Mittelner Landrats zeigen, daß die junkerlichen Terroristen wohl zunächst durch eine Aktion in dem preussischen Parlamente versuchen werden, den ihnen so unbecommenen Landarbeiterverband zu unterdrücken. Es ist aber auch nicht ausgeschlossen, daß sie mit der im Reichstag geplanten Aktion gegen den „zunehmenden Mißbrauch des Koalitionsrechtes“ eine Attacke gegen den Landarbeiterverband verbinden wollen.

Das Finale des Kölner Gewerkschaftsprozesses.

Der Generalsekretär der christlichen Gewerkschaften, Stegerwald, sprach in Köln über den christlichen Gewerkschaftsprozess. Er ließ deutlich erkennen, daß der Prozeß eigentlich nicht gegen die sozialdemokratischen Zeitungen, sondern gegen die katholischen „Luerdreiber“ geführt worden ist. Schließlich zog er aus dem christlichen Gewerkschaftsrecht dieses Fazit:

„Der Kampf zeitigte eine günstige und eine ungünstige Seite. Die günstige Seite besteht in der tiefen und klaren Heranarbeitung der Grundfrage der christlichen Gewerkschaften, die für eine junge und neue Bewegung von großer Bedeutung und Wichtigkeit sind. Weiter hätten sich durch diese ewigen und nennenswerten Kämpfe im christlichen Gewerkschaftslager in vereinstimmiger kurzer Zeit Führertalente herausgearbeitet, wie sie sonstige ähnliche junge Bewegungen nicht aufweisen. Auch das sei für die Bewegung von größter Wichtigkeit. Die ungünstige Seite des Streites bestehe in der gewaltigen Hemmung der christlichen Gewerkschaften in ihrer Entwicklung. Durch diese ewigen Auseinandersetzungen sei eine große Mäßigkeit, Verdrossenheit im katholischen Lager aufgelöst worden, während im evangelischen Lager das Mißtrauen, die Unsicherheit und Vorurteile nur ganz langsam zurückgedrängt werden konnten. Ohne diesen Streit zählten heute die christlichen Gewerkschaften Deutschlands mindestens 700 000 Mitglieder.“

Zum Schluß erklärte der Redner, daß für die Folgezeit die christlichen Gewerkschaften sich auf den Streit im katholischen Lager nicht mehr einlassen würden. Vom Essener Gewerkschaftskongreß 1912 bis zum Kölner Gewerkschaftsprozess habe im Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften eine einzige Notiz gestanden, die durch den Meyer Katholikentag notwendig geworden wäre. Die christlichen Gewerkschaften blieben was sie 1899 auf dem Mainzer Kongreß beschloßen, 1912 auf dem Dresdener Kongreß erneuerten, 1912 auf dem Essener Kongreß befestigten und was durch den Kölner Gewerkschaftsprozess zugegenbildet bestätigt worden sei. An die Adresse der Luerdreiber lag

Kleines Feuilleton.

Der Götzel. Geipenstisch, wie eine große Spinn, redt der Götzel seine vier langen Arme über den Erdboden. An ihren Enden sind die Jagtiege vorn und hinten an die Stangen gefesselt, damit sie die vorgezeichneten Bahnen gehen müssen. Auf dem Kreuzungspunkte der Arme steht ein Sehel, darauf sitzt der Kreiber, der mit langer Peitsche die müden Tiere unabläßig zu harter Arbeit antreibt. Und so laufen sie im Kreise — immer im Kreise — die Augen verhängt, und leuchtend und schauernd, und wenn sie rasen wollen vom schweren Werk, treibt sie die rauhe Geißel weiter — unbarmerherzig weiter.

So ergeht es dem Volk — das arbeitende Volk. Es ist auch gefesselt mit Striden und Bänden, um ohnmächtig seine Fronarbeit zu tun im Dienste des Massenstaats. Überall Ketten und Stangen, die es hindern, seine eigenen Bahnen zu gehen. Und dabei sind ihm die Augen verhängt mit allerlei Blendwerk; es darf nicht sehen von der Herrlichkeit der Welt, damit ihm nicht die Luft erwaucht, auch seinen Anteil daran zu fordern. Und auf hohem Thron sitzt König Mamon mit der Hungerpeitsche, der treibt die menschlichen Arbeitskräfte erbarungslos. In Hunderten und Tausenden sind sie eingesperrt; schweißriesend und ächzend und stöhnend, aber rastlos müssen sie ihr schweres Werk tun, rastlos im Kreise sich drehen, sonst läuft die Geißel knirschend auf ihre nackten Leiber und schmetert darauf blutige Striemen. Ihr Wehgeschrei ist ihm Puff, ihre Verzweiflungen liefern seine Herden. Und so gehen sie in ihrem Joch, stumpf wie das Vieh, und hoffnungslos — tagaus, tagein, jahraus, jahrein, von einem Jahrhundert ins andere. Da wirft ein feiner Schlingel von ungefahr einen Stein in das lustige Rädergetriebe und — die Maschine steht still! Steht still mit jähem Aud, der die moirierten Stride und rostigen Ketten zerreißt — mit einem Aud, der den Quäler von seinem Throne stürzt und mitten hinein in die zermalmenden Räder. Und die Sklaven sehen es und reißten mit verdoppelter Kraft an den Strängen. Und die Maschine ähzt und stürzt und zermalmt in hartem Kampf den Stein — und zermalmt den Kreiber, der sie so lange beherrscht — und die Sklaven jaulen und rennen in wildem Lauf, bis in rasender Geschwindigkeit der ganze Götzel in Stücke und Trümmer geht. Ob das in diesem Jahrhundert geschehen wird? Wer weiß es!

Aber geschehen wird's!

Die Kulturanklage. Ein Prospekt von einigen 30 Seiten wird für eine große deutsche Kulturanklage. Kosten: bloß drei Millionen.

Was will da herans? — Eine Wänder-Staustausstellung für unsere verlassenen Landhäb! Ein Brocken Rubium gegen den

Arch? Ein Krankenhaus, ein Erholungsheim, etwas gegen die Arbeitslosigkeit? (Oder gar ein neues Riesendamm für Bismarck?)

Wachre; mit so wenig sensationellen Sachen gibt sich Herr Graech nicht ab.

Herr Oberleutnant Paul Graech, der „belannte Afrikaforscher“, dessen Forschungsfahrten „im Automobil quer durch Afrika“ und „im Motorboot quer durch Afrika“ vor kurzem ein Wissenschaftler (sogar im Lotalangezeit, man denke!) unter die sportlich interessanten, wissenchaftlich wertlosen Experimente gesetzt hat. Er hat Afrika nun anscheinend fast und zum Glück ein Land gefunden, in dem die Eingeborenen noch geistlich spärlicher und weniger zivilisiert sind als in Afrika; ein Land, in dem für uns Deutsche noch hundertmal weniger zu holen ist — Gründe genug, dorthin eine 3-Millionen-Expedition zu unternehmen. Und zwar im Luftschiff, in einem „Zeppelin“; mit dem schon auf Erziehungspätzen scharf zu hantieren ist und der sich darum für die böse Mischung von Urwald, Bergen und Sümpfen, die Neuguinea nun einmal ist, am besten eignet. . . . weil man da einfach drüberwegfliegt. — Kurz: für eine Luftschiffexpedition nach Neuguinea soll also das deutsche Volk beiseitern.

In der Tat; diese Expedition ist höchst notwendig, so notwendig heime, wie die herrlich dicken Strümpfe, die alte Pestschwester immer noch für die armen Seidenkinder in Afrika stricken. — In Preußen liegt die Jancanolonisation jämmerlich daneber, also ist es dringend erforderlich, daß durch einen Zeppelin festgestellt wird, daß das Innere Neuguineas in diesem Jahrhundert nicht mehr kolonisiert werden kann. — In Preußen kennen viele Leute das „Reichsland“ so wenig, daß sie es für ein halbes Feindesland halten. — Also ist es sehr wünschenswert, daß sie wenigstens Neuguinea besser kennen lernen.

In Preußen ist für wirklich notwendige Kulturanklagen kein Pfennig aufzutreiben, — also müssen unbedingt bei unseren Antipoden 3 Millionen (und etliche Menschenleben dazu) verausgabt werden.

Im Ernst — es wird unseren Pfefferkörnern und Industrie-millionären so gar fürchtbar schwer fallen, einem leidhaftigen Oberleutnant, der diverse Male in der „Woche“ abgebildet war, etwas abzugeben. Aber dazu sind sie doch zu klug und nichtern. Herrn Graechens Kulturanklage dürfte u n e z u f ü l l t bleiben.

Wer hat die Internationale komponiert? Lieber die Urheberschaft der Musik zur „Internationale“ entschied dieser Tage der Gerichtshof des Departements Seine in Paris. Pierre de Geyter behauptete, er allein sei der Komponist der „Internationale“. Sein Bruder Adolphe de Geyter nahm dagegen die Urheberschaft der Melodie für sich in Anspruch und die sozialistischen Genossen des Departements Nord stellten sich auf seine Seite. Pierre de Geyter verflochte nun seinen Bruder Adolphe. Das Gericht aber entschied

nach eingehender Untersuchung, daß Adolphe de Geyter allein der Komponist der „Internationale“ sei. Adolphe de Geyter ist ein einfacher Arbeiter in Lille.

Notizen.

Der Geologe Felix Babuschaffe, der an der Berliner Bergakademie wirkte, ist am Dienstag gestorben. Seine Hauptverdienste liegen auf dem Gebiete der geologischen Durchforschung der Marl. Mit Grybner, Dahl und Potonié zusammen gab er ein Werk über den Grunewald heraus. Er war 1851 geboren.

Vorträge. Im Sozialwissenschaftlichen Verein spricht am Freitagabend 1/2 Uhr in der Landwirtschaftlichen Hochschule, Invalidenstr. 42, H. v. Gerlach über „Geschichte und Bestrebungen der Demokratischen Vereinigung“. Zutritt unentgeltlich.

Der zweitgrößte deutsche Tunnel. Der vor fünf Jahren begonnene Durchstich der Sandsteinmasse des Distriktes zwischen den Bahnhöfen Schlachten und Frieden wird wahrscheinlich in diesem Monat zu Ende geführt werden. Der Tunnel wird 3000 Meter lang sein und die Schnellzugsverbindung zwischen Berlin und Frankfurt a. M. um fast zwei Stunden abkürzen. Der längste deutsche Tunnel (bei Rothen a. d. Mosel) ist 4250 Meter lang.

Scotts Tagebücher im Britischen Museum. Am 17. Januar, genau zwei Jahre nach dem Tage, an dem Kapitän Scott den Südpol erreicht hat, sind im Britischen Museum seine Tagebücher öffentlich ausgestellt worden. Sie liegen in einem einfachen Holzkasten unter Glas. Im ganzen sind es 9 große Bücher und 6 kleine Notizhefte. Von diesen ist das letzte auf der letzten beschriebenen Seite aufgeschlagen; die mit Bleistift gemachten Schriftzüge sind zu entziffern, aber man sieht an ihnen, wie Scott unter Kälte und Schwäche litt.

Zwei mächtige Staudämme, größer als der von Assuan, will die ägyptische Regierung am Scharon und am Weiser Nil bauen, um den dazwischen liegenden Oberrheinstrom südlich von Chartum zu bewässern und fruchtbar zu machen.

Eine Statistik der Totgeborenen. Das französische Arbeitsministerium hat die Zahl der Totgeborenen in 22 reich jährlich im Durchschnitt auf mehr als 30 000 berechnet. Auf 2 für lebend erklärte Kinder kommt also immer ein totgeborenes. Das ist ein Verhältnis von 45:1000. In Paris beläuft sich das Verhältnis auf 32:1000. Die Verteilung soll auffallend mit den Ziffern des Alkoholismus der einzelnen Gegenden übereinstimmen.

Die erste Chloroformierte Frau. Die erste Frau, an der die Wirkungen des Chloroforms erprobt wurden, Agnes Thomson, die Nichte des Chloroformentdeckers J. P. Simpson, ist 83 Jahre alt gestorben. Sie gab sich zu ihres Oheims Experimenten und Demonstrationen im Jahre der Entdeckung 1847 mit vertrauensvoller Willigkeit her.

er: Schreibt, was ihr wollt, wir bleiben was wir sind und was wir waren. Auf uns wartet so viel wertvolle Arbeit, daß wir keine Zeit mehr finden, uns auf diese Auseinandersetzung weiter einzulassen."

Solche Reden haben wir von Herrn Stegerwald öfter gehört, und doch ging der Streik weiter. Jetzt wird es auch nicht anders werden. Schon in der hier besprochenen Versammlung bezeichnete der Redakteur Joss von der "Westdeutschen Arbeiterzeitung" die Quereiterbewegung als "eine geistige Krankheit", und die Angegriffenen werden darauf sicher mit einem groben Keil antworten. Wenn die christlichen Gewerkschaften durch diesen Streit wirklich so gehindert werden, wie Herr Stegerwald meint, wird es noch lange dauern, bis sie die extrahierten 700.000 Mitglieder erreichen.

Bufo calamita.

Von Ph. Scheidemann.

So oft mir im Leben besonders Häßliches begegnet ist — wenn ich beispielsweise auf Bösen und Verleumdungen stieß —, dann überkam mich stets ein Gefühl, als ob mir eine kalte und klebrige Kröte am nackten Körper hinaufkriechen wollte. (Was Teufel!

"Bufo calamita", so spricht der Zoologe lebendmüdig und gefehrt zugleich die Kreuzkröte an, die 6 bis 7 Zentimeter lang wird und eine stinkende Flüssigkeit ausscheidet.

Die "Tägliche Rundschau" ist erheblich größer: Sie misst vom Kopf bis zum Schwanz 47 und quer über den Rumpf 64 Zentimeter. . . .

Seit nahezu zwei Monaten bin ich aus Amerika zurück. Kaum ein Tag ist vergangen, an dem nicht irgendein bestergerichtetes Blatt mir zugestellt worden wäre, das diesen oder jenen Aspekt über meine angeblichen Erfahrungen und Enttäuschungen in den Vereinigten Staaten verzapft hatte. Die Quelle war, wie ich fast ausnahmslos feststellen konnte, immer die Korrespondenz des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie. Ich habe alle Erwartungen dieser "patriotischen" Organisation enttäuscht. Trotz der vernünftigen Versuche ist es den politischen Apothekern des Organisationsbundes nicht gelungen, ein brauchbares amerikanisches Kränkchen zu brauen oder eine neue Pille zu drehen.

Ich habe bisher den von den Reichsverbandspapieren über meine Amerikafahrt gedruckten Unfug unbeachtet gelassen. An der Hand der "Täglichen Rundschau" vom 17. d. M. will ich aber doch einmal die schäbige Plache ausdecken. Da heißt es:

"Besonders lehrte der Obergenosse Scheidemann von seiner Amerikareise, die er sich in seines Herzens Tiefen jedenfalls als einen Triumphzug vorgeträumt hatte, als eine sehr verhängnisvolle Primadonna zurück."

Diesem Albernheiten gegenüber stelle ich fest:

Ich bin in hohem Grade befriedigt von meiner Tour aus den Vereinigten Staaten zurückgekehrt. Unsere amerikanischen Freunde sprechen von der Tour als "von einem beispiellosen Erfolg". Die 80 Versammlungen, in denen ich gesprochen habe, waren von wohlgezahlten 25.500 Männern und Frauen besucht. Die Besucherzahl belief sich im Durchschnitt also auf 780! Die Genossen in Amerika haben mich (sehr wider meinen Willen!) vielfach in geradezu überauswähliger Weise gefeiert. Auch die bürgerliche Presse hat sich für die Versammlungstour in hohem Maße interessiert und — von wenigen Ausnahmen abgesehen — durchaus objektiv über meine Reden berichtet. Ich bin geradezu bestürzt worden, eine weitere Tour zu übernehmen, sollte dann aber bis San Francisco gehen.

Doch sehen wir uns das nationale Papier weiter an. Da ist zu lesen: "In einem Abschiedsgruß an Amerika sagte Genosse Scheidemann u. a.:

"Von der sozialdemokratischen Arbeiterpartei und ihrer Presse wurde ich in einer Weise begeistert, wie ich sie vom Reichsverband gegen die Sozialdemokratie in Deutschland her kenne."

Hier handelt es sich um eine ungewöhnlich fettsche Fälschung. Was habe ich in Wirklichkeit in meinem Abschiedsartikel für die "New Yorker Volkszeitung" geschrieben? Ich habe zunächst meine Genugtuung ausgesprochen über die gut verlaufene Tour und habe dann noch Schilderungen von mancherlei Erfahrungen wörtlich geschrieben:

"Ich bin mir wohl bewußt, daß die Art und Weise, wie ich hier und da auf Provokationen reagiert habe, bei gewissen Leuten wenig Begeisterung geweckt hat. (Anm.: Es handelt sich um syndikalistische und anarchoillische Schwäger, die die Organisationsarbeit unserer Genossen fördern. Ph. Sch.) Aber feiner kann aus seiner Haut heraus. Und wenn, um ein Beispiel anzuführen, mir in sechs verschiedenen Versammlungen immer wieder dieselbe mehrmals Monate alte Nummer eines sogenannten Arbeiterblattes überreicht wurde, in der die Partei, für die ich tätig war, in derselben Weise begeistert wurde, wie ich sie vom Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie in Deutschland her kenne, dann kann es doch nur Heiterkeit erwecken, wenn man mir ernstlich zum Vorwurf macht, daß ich schließlich die abgelagerte Stalinalnummer abgewiesen habe mit der Bemerkung: 'was soll ich mit dem Mist!' . . . Widerspruch werde ich nicht erheben, wenn man mir plausibel machen will, daß ein Blatt den Interessen der Arbeiter dient, das nichts Besseres zu tun weiß, als die sozialistische Partei zu beschimpfen."

Ich habe also in Wahrheit ein Stalinalblatt abgewinkt; man lese aber oben nach, wie in der "Täglichen Rundschau" diese Tatsache gefälscht worden ist. Auf die von der "Täglichen Rundschau" übernommene Schimpfereien des amerikanischen Blattes gehe ich nicht ein, sie lassen mich kalt. Wenn so beläufig bemerkt wird, daß ich für jeden Vortrag mit 60 Dollar besoldet worden sei, so will ich gern zugeben, daß den Lesern der "Z. M." und vielen anderen dem Reichsverband dienenden Blättern da ein etwas weniger dick aufgetragener Schwindel vorgelesen worden ist. Immerhin: in Wirklichkeit wäre ich sehr zufrieden gewesen, wenn ich den zehnten Teil dessen an Honorar bekommen hätte, was mir da in die Taschen hineingelassen wird.

Den Reichsverbandsmännern fehlt wohl das Verständnis für die Tatsache, daß ich nicht nach Amerika gegangen bin, um dort "Geld zu machen", sondern um den Klassenkampf zu propagieren. Und weil diese meine Aufgabe von Erfolg gekrönt war, scheiden alle Kreuzkröten in erhöhtem Maße übel duftende Flüssigkeiten aus.

Soziales.

Zerstückelung.

Abemals forderten in der letzten Innungsgerichtsverhandlung zwei Malergesellen von dem Malermeister Dohschin die tarifmäßige Lohnzulage.

Die Kläger hatten in Jülicherdog gearbeitet. Weil die Geschäftslage im Malergewerbe eine ungünstige ist, glaubte der Besagte, die Kläger würden mit dem Lohn ohne Lohnzulage zufrieden sein. Vor die Alternative gestellt, willigten sie auch ein. Da aber der Tarif ausdrücklich vorschreibt, daß andere Abmachungen nichtig sind, mußte auch hier, wie in einem früheren Falle, Gerechtigkeit erfolgen.

"Hirsche" als Arbeitervertreter in der Krankenkasse.

Noch eigenartige Dinge spielen sich zurzeit im Vorstand der Allgemeinen Ortskrankenkasse zu Sassenbüttel (Meisel Halle) ab, wo durch Zufall neben den sechs von den freien Gewerkschaften gewählten Vertretern auch zwei Hirsch-Dundersche Arbeiter in den Vorstand schlüpfen und mit den vier Arbeitgebern über genau die Hälfte der Stimmen verfügen. Die erste Leistung, die von den mehrheitlichen Arbeitervertretern vollbracht wurde, war, daß sie den bisherigen Vorsitzenden, der elf Jahre zur Zufriedenheit der Kassenglieder und der Arbeitgeber in unparteilicher Weise wirkte, nicht wieder zum Vorsitzenden wählten. Da infolge der Stimmengleichheit keine gültige Wahl zustande kommen konnte, oktroyierte das Versicherungsamt durch Schuld der beiden Arbeitervertreter einen Zwangsverschieben in der Person eines Reichsanwalts. Während der bisherige Vorsitzende — ein Sozialdemokrat — eine Entschädigung von 400 M. pro Jahr bezog, müssen dem Zwangsverschieben 1000 M. gezahlt werden. Auch der Poiten des zweiten Vorsitzenden wurde den Arbeitgebern zugesprochen, während sich einer der beiden Helben zum Schriftführer wählen ließ. Das nächste Ziel der "Hirsche" war, die beiden bisherigen Beamten der Kasse, von denen der eine bereits über 15 Dienstjahre hinter sich hat, kostenlos zu machen. Vom Versicherungsamt ging den beiden Beamten am 29. Dezember 1913 die Kündigung ihrer Stellen zu. In dem Schreiben passierte der Staatssekretär ein fatales Fernum, da es hier darin, daß ihre Tätigkeit mit dem 31. März 1913 aufhöre. Am Selbstverleumdung kam man durch Verrat dahinter, daß es unmöglich sei, eine Kündigung zu einem längst verflorenen Termin auszusprechen. Abends um 1/2 8 Uhr holte man den gerade bei einer göttlichen Andacht in der Kirche sitzenden Staatssekretär, damit er schnellig ein neues Dokument "Anteilhaber Rächtenliebe" ausfertige. Und richtig: bereits um 8 Uhr brachte ein in Schwere gebadeter Beamter den Gemahrgelsten die neue Kündigung. Die beiden Beamten erhoben gegen die Kündigung Einspruch, mit dem Hinweis darauf, daß die Kündigung und Entlassung der Angestellten regelnden Bestimmungen der A.B.O. bereits am 1. August 1911 in Kraft getreten seien. Im § 354 steht ganz deutlich, daß die Kündigung vom Vorstande vorgenommen werden müsse. Das Versicherungsamt hatte sich bei seinem Vorgehen gegen die Beamten auf einen im Sommer erlassenen Ministerialerlaß (Reichsgesetzbl. Nr. 44/13 vom 11. 7. 13) gestützt, der aber nur von Anstellungen und nicht von Kündigungen spricht. Bei der Abstimmung im Vorstand über den Einspruch der Beamten gegen ihre Kündigung stimmten die beiden Hirsche wieder mit den vier Unternehmern für den Vinsandwurf der langjährig tätig gewesenen Kassenglieder. Da wieder Stimmengleichheit war, hatte der Zwangsverschiebe zu entscheiden, der die Sache von juristischer Seite betrachtete und für Anerkennung des Einspruchs stimmte. Damit ist die von den Hirsch-Dunderschen Arbeitervertretern — von denen der eine Reichsanwalt, der andere Richter ist — und den Unternehmern sehrnichtig gewünschte Maßregelung verbindlicher Beamten glücklicherweise abgeschlossen. Das Vorgehen der sondersbaren Versicherungsvertreter erwidert erst im rechten Lichte, wenn man erfährt, daß einer der Beamten sozialdemokratischer Stadtverordneter ist.

Ein lässliches Schulbild.

Unter welch unwürdigen Umständen noch manche Lehrer ihr schwieriges Werk der Volkserziehung ausüben müssen, zeigt wieder einmal deutlich eine jetzt bis zur höchsten Instanz mit Erfolg durchgeführte Klage des Lehrers B. in Löwenstein im Pyramontischen. Der Lehrer hatte von 1902 bis 1910 in dem genannten Orte gewirkt und war dann im Alter von etwa vierzig Jahren in den Ruhestand versetzt worden, weil er nach ärztlichem Gutachten wegen eines schweren chronischen Nervenleidens als dauernd dienstunfähig zum Lehreramt angestrichen war. B. behauptete nun, sein Leiden und seine vorzeitige Pensionierung sei durch die gesundheitschädlichen Zustände des Schulhauses verursacht worden; er verlangte deswegen in seiner Klage Erhaltung seiner Art- und Kurkosten, sowie für Erholungsreisen, Aufenthalt in Kurorten; ferner eine jährliche Rente für Mehraufwendungen infolge seines Leidens und endlich die Differenz zwischen dem Dienstverdienst, das er ohne seine Pensionierung bis zum 65. Lebensjahre bezogen haben würde, und dem festgesetzten Ruhegehalt. Aus der Klage ging hervor, daß die Schulstube noch nicht 100 Kubikmeter Luftraum hatte und daß in ihr regelmäßig 80 bis 90 Kinder untergebracht werden mußten. Die Luft war so schlecht, daß wiederholt Kinder in Ohnmacht fielen und der Lehrer die Klasse verlassen mußte. In welchem schauerhaften Zustand sich das Schulhaus sonst noch befand, zeigt nach dem "Hannoverschen Volkswillen" die Begründung des Urteils des Oberlandesgerichts in Celle, das eine Augenscheinseinnahme des Schulhauses und seiner Umgebung vornahm und sich darüber folgendermaßen äußert: "Unmittelbar hinter dem Schulhause befindet sich ein Schweine- und ein Riegenstall, dessen Seitenwand mit der des Schulhauses in einer Richtung verläuft. An dieser Seitenwand, also unter den Fenstern der Schulstube vorbei, führt in geringer Entfernung von den Grundmauern der beiden Gebäude eine Rinne entlang. Die schadhafte Grundmauer des Schweine- und Riegenstalls löst, wie sich nach Entfernung der einige Tage vor der Augenscheinseinnahme auf Anordnung des Bürgermeisters (!) angeschütteten Erde herausstellte, Nauche durch. Auf dem Nachbargrundstück befindet sich, nur einige Meter entfernt, ein Abort mit zum Teil offener Senkgrube, daneben ein Düngehaufen, bei dem ein Guchselimpel steht, und endlich noch ein Schweinestall, dessen Wand ebenfalls Nauche durchläßt. Diese Nauche hat zwar einen Abfluß durch eine hinter dem Stallgebäude des Schulhauses entlang und weiter über dessen Hofpflaster führende Rinne. Da aber der Garten an der Schulstimmerleite nach dem Schulhause abfällt und die Dächer der anstehenden Gebäude ohne Dachrinnen sind, so muß bei einigemmaßen heftigen Regenfällen die unter den Fenstern des Schulzimmers entlangführende Rinne beträchtliche Mengen mit Nauche aus den umliegenden Ställen und Düngehaufen vermischten Wassers aufnehmen." — Diese Darlegung, die lebhaft an das von Wilhelm Raabe in seinem "Hungerpöbel" mit Peinlichkeit gezeichnete Leben und Sterben des Arzteschullehrers Karl Silberlösel erinnert, zeigt besser als spaltenlange Artikel, wie dringend notwendig hier eine gründliche Reform ist. Aber für Kulturaufgaben fehlt es im geistigen Westfalen sowohl wie in Ostfalen an den nötigen Mitteln.

Jugendbewegung.

Die Agitation unter der proletarischen Jugend.

Ueber dieses Thema werden in der letzten Nummer der "Arbeiter-Jugend" Ausführungen gemacht, die in den weitesten Kreisen der Genossen Beachtung verdienen. Es heißt da u. a.:

"Hunderttausend jugendlicher Arbeiter und Arbeiterinnen gibt es, gering gezählt, in Deutschland! Wenn wir demgegenüber bloß hunderttausend Anhänger der freien Jugendbewegung müßten, so bedeutet das, daß das Erzeigte im Vergleich zu dem, was noch erreicht werden muß, gering ist; daß die weitaus schwerigste und umfangreichste Arbeit auf unserem Felde noch vor uns liegt. Dabei ist es wahrlich nicht der Blick auf die bürgerliche Jugendbewegung, der uns Feuer unter die Sohlen macht. Was wir, gemessen an dieser 5-Millionen-Aufgabe, noch nicht erreicht haben, können jene, mit Ausnahme vielleicht der katholischen Jugendvereine in gewissen engbegrenzten Gegenden Deutschlands, überhaupt nicht erreichen. Die Hauptaufgabe unserer Ausschüsse liegt deshalb weniger im Kampf mit den gegnerischen Jugendvereinen, als in der Gewinnung des eigentlichen großindustriellen Jugendproletariats, an das die bürgerliche Bewegung überhaupt nicht herankommt. Unsere Jugendausschüsse dürfen sich darum nicht auf den Innendienst beschränken, d. h. nur darauf behoch sein, wie sie die vorhandenen Einrichtungen unserer Bewegung möglichst vollkommen ausbauen. Nicht minder wichtig ist die Aufgabe, immer neue Anhänger heranzuziehen. Die Propaganda, die Agitation muß neben der Bildungsarbeit, von der heute nicht geredet werden soll, ein wesentliches,

mit allen verfügbaren Kräften zu förderndes Ziel der Ausschüsse sein. Wenn auch die vorhandenen Einrichtungen, wenn sie möglichst wertvoll und anziehend ausgestaltet werden — also ein Jugendheim, in dem die Jugend sich zu Hause fühlt, Wanderungen, bei denen der Profittun an der Spitze marschiert, Vorträge, die im Gegenstand und in seiner Behandlung den jugendlichen Hörer fesseln, Feste, die wirklich Freude der Jugend sind —, alle diese typischen Einrichtungen und Veranstaltungen unserer Jugendarbeit werden je vollkommener sie sind, desto wirkungsvoller zugleich als Werbemittel unserer Bewegung dienen. Aber auch die Gewerkschaften und die Parteivereine verlassen sich nicht darauf, daß die Kassenglieder, die den Weg zu ihnen gefunden haben, schon erkennen werden, welche wirtschaftlichen und kulturellen Vorteile ihnen da geloten werden, und daß sie dann bei ihnen bleiben; sondern sie alle haben umfangreiche Vorkehrungen getroffen, um den fernstehenden Genossen auch den Weg zu ihnen zu zeigen.

Die freie Jugendbewegung muß auch hierin die Lehren der allgemeinen Arbeiterbewegung sich zunutze machen. Wenn ein Ausschuss erfolgreich arbeiten soll, muß er vor allem sein Arbeitsfeld genau kennen. Sein Arbeitsfeld ist überall die Gesamtheit der jugendlichen Arbeiter am Orte. Es ist deshalb durchaus notwendig, daß jeder Jugendausschuss ein möglichst lückenloses Verzeichnis der jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen zur Hand hat. Dieses Verzeichnis zu beschaffen, ist vielleicht mandererlei eine schwere, aber es ist nirgends eine unausführbare Aufgabe, denn die Ausschussmitglieder sind doch Arbeiter, die mit ihren jugendlichen Kollegen an der Arbeitsstätte den ganzen Tag zusammen sind, und was sie selbst nicht ausrichten können, dafür haben sie in der Arbeiterschaft des Ortes genügend Bekannte und Helfer. Sind die jugendlichen Arbeiter festgesetzt, so muß an jeden einzelnen persönlich heranzutreten werden. Jeder jugendliche Arbeiter muß nicht ein mal, sondern wiederholt, wozüglich regelmäßig zu unseren Veranstaltungen eingeladen werden. Jeder jugendliche Arbeiter, der uns noch fernsteht, muß die "Arbeiter-Jugend" zugewandt erhalten, sei es wiederholt in angemessenen Abständen einzelne Nummern, sei es eine Zeitung hintereinander die erscheinenden Nummern, wie der n überhaupt für die "Arbeiter-Jugend" so methodisch agitiert werden muß, wie für die Presse der Erwachsenen.

Zu all diesen Arbeiten sind unsere jugendlichen Kameraden, die sich uns bereits angeschlossen haben, heranzuziehen. Gerade mit Rücksicht auf die Mitarbeit unserer Jugendgenossen selber werden ja diese Ausführungen hier gemacht, im Blatte der Jugend, in dem immer nur zu der Jugend, nicht über die Jugend gesprochen werden soll. Jugendkameraden, ihr müßt euch bemerkbar machen, wenn man euch nicht ruft! Jeder von euch muß das Recht beanspruchen, seine noch fernstehenden Kollegen heranzuziehen zu dürfen."

Heinliche Fragen.

Unser Bremer Parteiorgan richtet an den Jungdeutschlandbund die Frage, ob es Tatsache ist, daß der General Jung vom Jungdeutschlandbunde 20.000 M. Gehalt bezieht, dazu 35 M. täglicher Reisekosten und Vergütung für Fahrt erster Klasse, und ob ferner der Sekretär des Bundes 6000 M. Gehalt erhält bei 24 M. täglicher Reisekosten und ebenfalls Fahrtvergütung erster Klasse.

Die Leitung des Jungdeutschlandbundes wird sich hüten, über diese "internen" Angelegenheiten die Öffentlichkeit zu informieren, obwohl diese, da der Bund aus öffentlichen Mitteln unterstügt wird, ein Anrecht darauf hat. Es wäre doch gar zu heimlich, wenn die Jugend so drastisch erfähre, daß der Patriotismus und die Liebe für Deutschlands Jugend eine sehr reale Krise hat.

Aus Industrie und Handel.

Bierbrauerei und Biersteuerung.

Die Bierbrauerei war früher ein rein örtliches Gewerbe oder ein landwirtschaftlicher Nebenbetrieb, doch sind die kleinen Betriebe immer mehr vor dem Eindringen des Großbetriebes zurückgewichen. Daran hat auch die Tatsache nichts ändern können, daß man die kleineren Brauereien durch niedrigere Steuerbefreiung für kleinen Malzverbrauch hat am Leben erhalten wollen. Diese Entwidlung ist im Rechnungsjahr 1912 weiter vorgeschritten, über das in den Vierteljahrsheften zur Statistik des Deutschen Reiches soeben berichtet wird:

Die Heberlegenheit der großen Brauereien hinsichtlich der Betriebsmittel, Betriebsrichtung und Güte des Erzeugnisses kam durch weitere Verschlebung des Absatzes zuungunsten der kleineren Betriebe zum Ausdruck. Kamentlich die kleineren, abergerärgen Bier bereitenden Brauereien haben einen schweren Stand, zumal sich die Zahl der großen Betriebe, die nebenher auch die Herstellung abgerärgen Bieres aufgenommen haben, wieder vermehrt haben. Gegen 1911 waren in der Norddeutschen Brauereigenossenschaft 197 Brauereien weniger in Betrieb, in Bayern 158, in Württemberg 324, im ganzen Deutschen Reich weniger 723.

Wieder kann man aus der Statistik nur für Bayern feststellen, wie sich die versteuerete Malzmenge auf die großen und kleinen Brauereien verteilt. Es wurden hier 1912 insgesamt 3.385.750 Doppelzentner Malz verbraucht. Von dieser Menge entfiel auf die 295 größten Brauereien mit einem Verbrauch von mindestens 2000 Doppelzentnern Malz nicht weniger als 84,8 Proz. Dagegen hatten die 15.523 kleinsten Brauereien mit einem Verbrauch von höchstens 500 Doppelzentnern zusammen 37.000 Doppelzentner weniger Verbrauch als die 6 größten Brauereien für sich allein. Diese Zahlen beleuchten trotz, daß in Bayern die kleinsten und lässlichen Brauereien so gut wie gar nichts zu bedeuten haben und es allein auf die kapitalistischen Großbetriebe im Braugewerbe heute ankommt.

Der Bierverbrauch im norddeutschen Braugebiet betrug

	absolut	pro Kopf der Bevölkerung
1912	30,5 Millionen Hektoliter	78,8
1911	41,3	83,0
1910	38,1	77,6
1909	37,3	77,4
1908	40,2	84,0

Der Bierverbrauch ist also im letzten Berichtsjahre geringer gewesen, doch halten sich die Schwankungen innerhalb so enger Grenzen, daß man weder von einer Zu- noch einer Abnahme des Bierverbrauches reden kann.

Entsprechend den Schwankungen im Bierverbrauch wechselten die Einnahmen aus der Biersteuer; für das gesamte Deutsche Reich betrug die Einnahme: 1908 (letztes Jahr vor der Steuererhöhung) 114,1 Millionen Mark, 1909 154,2 Millionen Mark, 1910 210,8 Millionen Mark, 1911 236,4 Millionen Mark, 1912 227,7 Millionen Mark.

Daß diese Summe teilslos von den Konsumenten aufgebracht worden ist, beweist die Gegenüberstellung der Bierpreise des letzten Jahres vor der Steuererhöhung mit dem Jahre 1912. Es wurde bei Abgabe aus der Brauerei für 100 Liter gezahlt:

Bierorte	1912	1908
Pagerbier und so genannte Vilsener	18—25	14—22
Export-, Bod-, Märzenbier usw.	20—28	18—25
Berliner Weißbier	12—18	7—15
Malz- und Kraftbier	15—20	10—18
Säfbiere	8—10	6—8
Brauhier	6—16	7—12
Düandiere (Einfachbier)	5—8	3—7

Der deutsche Außenhandel.

Die jetzt vollständig vorliegenden Ziffern über den Außenhandel Deutschlands im Jahre 1913 ergeben folgendes Bild: Gegen das Jahr 1912 ist die Einfuhr um 110 Millionen auf 11.127

Millionen, die Ausfuhr um 1082 Millionen auf 10 182 Millionen Mark gestiegen. Die Zunahme der Ausfuhr ist also erheblich stärker als bei der Einfuhr. Deutschland hat im vergangenen Jahre seine Ausfuhr außerordentlich gesteigert, so daß sie nur noch um 945 Millionen Mark hinter der Einfuhr zurücksteht.

Gerichtszeitung.

Zum Reichsvereinsrecht.

Das Kammergericht hat am Dienstag sich gegen eine Erweiterung der Strafvorschriften des Vereinsgesetzes in bemerkenswerter Weise geäußert. Es handelt sich um die Frage, ob die gegen nicht sofortige Entfernung nach Auflösung einer Versammlung gerichtete Strafvorschrift des Reichsvereinsgesetzes auch auf den Fall Anwendung finden darf, wenn die Auflösung auf Grund einer allgemeinen polizeilichen Verfügung erfolgte. Das Kammergericht hat diese Frage verneint.

Am 28. Februar 1913 sollte im Saale der Löwenbrauerei in Berlin eine öffentliche Versammlung zur Erörterung der Frage nach den wahren und falschen Arbeiterfreunden stattfinden. Der überwachende Polizeikommissar löste die Versammlung auf, weil der Angeklagte Haberlaath als Veranstalter auf Verlangen des Beamten die jugendlichen Personen unter 18 Jahren nicht hinauswies, von denen zur Zeit der Eröffnung etwa 60 im Saale anwesend waren. Der Reutnant berief sich für die Auflösung ausdrücklich nicht auf das Vereinsrecht, sondern auf § 10, Teil 2, Titel 17, des Allgemeinen preussischen Landrechts, die sogenannte Polizeiklausel. Später erklärte der Reutnant, daß er darum aus dem angeführten Paragraphen des Landrechts aufgelöst habe, weil es eine politische Versammlung gewesen wäre und sich die Jugendlichen unter 18 Jahren strafbar gemacht haben würden, wenn sie in der Versammlung geblieben wären.

Haberlaath wurde nun, weil er sich nicht alsbald nach der Auflösung aus dem Saale entfernt habe, vom Landgericht auf Grund des § 18, Ziffer 4, des Vereinsgesetzes zu einer Geldstrafe verurteilt. Der Angeklagte legte Revision ein. Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenfeld führte aus, die Strafvorschrift finde nur Anwendung, wenn die Auflösung auf Grund des § 14 des Vereinsgesetzes erfolge. Außerdem müsse im Gegensatz zur Ansicht des Landgerichts das Gericht nachprüfen, ob die Auflösung berechtigt war. Das war sie hier nicht, die Freisprechung sei daher gerechtfertigt.

Der zweite Straffakt des Kammergerichts unter dem Vorsitz des Senatspräsidenten Dr. Roth verurteilte das Urteil dahin, daß die Vorentscheidung aufgehoben und der Angeklagte Haberlaath freisprechen sei. Zur Begründung wurde ausgeführt:

Nach den Bestimmungen des Berufungsgerichts habe der Polizeibeamte die Versammlung aufgelöst auf Grund der Vorschriften des § 10, Teil 2, Titel 17, des Allgemeinen Landrechts. Die Vorschrift des § 1, Absatz 2, des Reichsvereinsgesetzes, wonach unter gewissen Voraussetzungen die allgemeinen sicherheitspolizeilichen Bestimmungen des Landrechts Anwendung finden, habe also die Unterlage für die Auflösung gebildet. Es sei infolgedessen die Streitfrage zu entscheiden, ob eine auf Grund dieser Vorschrift erklärte Auflösung einer Versammlung dazu führen könne, daß eine Bestrafung auf Grund des § 18, Ziffer 4, des Vereinsgesetzes wegen nicht sofortiger Entfernung erfolge. Das Kammergericht verneine diese Frage. Denn es nehme an, daß dieser § 18 des Vereinsgesetzes, der ausdrücklich auf den § 16 verweise, nur dann Anwendung finden könne, wenn die Auflösung erklärt sei aus den reichsgerichtlichen Gründen, nämlich aus den Gründen, die aufgezählt seien im § 14 des Reichsvereinsgesetzes. Es könne auch nicht im Wege der Analogieauslegung die Strafvorschrift des § 18, Ziffer 4, erwidert werden auf die Fälle, wo Auflösungen aus dem § 1, Absatz 2, des Vereinsgesetzes (in Preußen in Verbindung mit dem § 10, Teil 2, Titel 17, des Allgemeinen Landrechts) erfolgten. Denn durch das Strafgesetzbuch sei eine derartige Analogie verboten. Somit gebe es für die Tat des Angeklagten, da die Auflösungsverfügung nicht aus einem Grunde des § 14 des Vereinsgesetzes erfolge, keine gesetzliche Bestimmung, wonach er wegen jener Tat bestraft werden könne. Daraus folge die Freisprechung. Auf die zweite von der Verteidigung aufgeworfene Frage ging das Gericht nicht ein.

Zwei Urteile.

Der Arbeiter Vorowski aus Sterpeken (Ostpreußen), der an den Fäden verkrüppelt und Vater von drei Kindern ist, stand bei dem Gutbesitzer Heinrich v. Tscholle in Laugzargen im Dienst. Eines Tages verlangte er seinen Lohn für das Mißfahren, und als er ihn nicht erhielt, erklärte er, daß er dann nicht mehr arbeite. Darauf schickte ihm der ablige Herr ins Gesicht, und als dieser ein böhmisches Lächeln bei dem Arbeiter zu erblicken glaubte, gab er ihm noch einige Stockstebe. Einige Tage darauf schloß der Gutbesitzer die Wohnung des Arbeiters, jagte dessen Kinder fort und am nächsten Tage verfuhr er dem verkrüppelten Arbeiter Faustschläge ins Gesicht, daß ihm das Blut aus der Nase strömte. Dann wurde er noch Lump tituliert und mit zwei Stocksteben traktiert, so daß er bei dem Wendarm Schanz suchen mußte. Das Schöffengericht in Tiffit erkannte die Mißhandlung als eine rohe an und verurteilte den Gutbesitzer zu fünfzig Mark Geldstrafe.

Nun das andere Urteil: Aus der Untersuchungshaft wurde der Kuhmelter B. vor das Justizbürger Schöffengericht geführt. Er hatte in Kraußschlehen bei einem Gutbesitzer gearbeitet, seine Stellung aufgegeben und ging zu seinem Arbeitgeber und verlangte seinen Lohn. Der Gutbesitzer war jedoch der Meinung, daß er nichts mehr zu erhalten hatte. Jetzt soll der Kuhmelter nach der Anklage den Gutbesitzer und dessen Gattin aufs grüßlichste beleidigt und bedroht und trotz mehrfacher Aufforderung die Wohnung des Gutbesitzers nicht verlassen haben. Und dafür wurde er zu drei Monaten Gefängnis verurteilt, wozu ihm ein Monat auf die Untersuchungshaft angerechnet wurde.

Kan vergleiche: Der Gutbesitzer prügelt einen verkrüppelten Arbeiter mit dem Stock und der Faust wiederholt und nennt ihn Lump — weil er seinen Verdienst verlangte. Urteil gegen den Herrn Gutbesitzer: 50 Mark! Der Arbeiter, der seinen Lohn fordert und sich dabei ungebührlich benimmt, bekommt drei Monate Gefängnis und hat noch in Untersuchungshaft sitzen müssen. Es gibt aber immer noch Leute, die da behaupten, daß es Klassenjustiz nicht gebe.

Katzenmord.

Ein schweres Strafenurteil beschästigte gestern die 4. Strafkammer des Landgerichts II. Angeklagt wegen fahrlässiger Tötung und fahrlässiger Körperverletzung war der Kraftwagenführer Friedrich Franz Reinicker.

Am Abend des 22. Oktober v. J. gegen 11 Uhr hielt an einer Haltestelle in der Hofenstraße ein Straßenbahnwagen der Linie 21. Während die Fahrgäste noch beim Ein- und Aussteigen waren, kam plötzlich von hinten ein Kraftomnibus der Linie 4 in voller Fahrt angefahren. Der Führer des Omnibuses fuhr direkt in die Menschenmenge hinein. Der Kammergerichtspräsident Wendland, der gerade den Straßenbahnwagen besteigen wollte, wurde gegen die Seitenwand der Elektrischen gequetscht und an dieser bis zu dem Bordperron entlanggerollt, wo er mit schweren inneren Verletzungen bemüht liegen blieb. Außerdem erlitt ein Kaufmann Hiedrich Verletzungen. Wendland verstarb drei Tage später an den Folgen der erlittenen Verletzungen.

Der Staatsanwalt beantragte, daß es sich hier um eine schon fast nicht mehr zahlungsfähige zu nehmende Handlungswaise handele, gegen den Angeklagten ein Jahr Gefängnis und sofortige Verbannung. Von Rechtsanwalt Robert Heine wurde als Strafmildernd darauf hingewiesen, daß der Angeklagte, der den ganzen Tag über schweren und anstrengenden Dienst getan habe, offenbar in dem kritischen Moment die Herrschaft über den Wagen verloren habe. Das Gericht erkannte auf 6 Monate Gefängnis.

Auch in Halle a. S. wird — geschmiert.

Vor der hiesigen Strafkammer standen der Polizeifergeant Wilhelm Augustin wegen Forderung und Annahme von Bestechungsgeldern seitens Verhafteter, um sie der Verhaftung zu entziehen, und die Studenten der Medizin Schwarz, Koppe und Kemmerl wegen Bestechung eines Beamten unter Anklage. Die bis in die Abendstunden hinein dauernde Verhandlung ergab, daß der Polizist die drei Studenten in einer Nacht auf der Straße wegen angeblicher Verübung ruhestörender Lärmes festgenommen und bis nach der Polizeiwache geführt hatte. Vor der Wache ließ er sich jedoch von den Studenten, die gern freigelassen sein wollten, „erweichen“ und sagte schließlich: „Na, ich will Euch was sagen, gebt jeder einen Fünfziger, dann soll die Sache erledigt sein!“ Die Studenten wollen sofort bereitwillig die „Geldstrafen“ gezahlt haben und dann wieder freigegeben worden sein. Sie wollen geglaubt haben — während ihrer Studienstelle in Leipzig sei das zulässig gewesen —, keine Polizeistrafen könnten auf der Stelle erledigt werden. Der Polizist bestritt, der Täter gewesen zu sein. Die Beweisaufnahme ergab aber das Gegenteil. Der Staatsanwalt beantragte gegen den Polizeibeamten sieben Monate Gefängnis (wieweil Strafen mühten da wohl in Köln verhängt werden?) und gegen die Studenten je 50 M. Geldstrafe. Das Gericht kam zur Freisprechung der Studenten und ließ den Polizeibeamten mit einer Geldstrafe von 75 M. davonkommen.

Versammlungen.

Partei und Gewerkschaft.

In der Generalversammlung des ersten Wahlkreises am 18. November wurde in der Diskussion die Frage nach den Ursachen des gegenwärtigen Stillstandes der Parteiorganisation behandelt. Bei dieser Gelegenheit machte ein Redner Ausführungen über die Gewerkschaftsbewegung, die von gewerkschaftlich tätigen Genossen als unzureichende Beurteilung der Gewerkschaftsbewegung aufgefaßt wurden. Infolgedessen fand ein von Hegewald gestellter Antrag Annahme: Der Wahlverein solle eine Versammlung mit dem Thema: „Die Bedeutung der Gewerkschaftsbewegung“ einberufen und das Referat einem Politiker übertragen.

Dieser Antrag wurde ausgeführt in einer am Dienstag abgehaltenen Generalversammlung des ersten Wahlkreises. Ueber das angegebene Thema referierte Genosse Eichhorn. Eingehend schilderte der Redner die historische Entwicklung der Partei- und Gewerkschaftsbewegung in Deutschland und das Verhältnis, welches sich zwischen diesen beiden Zweigen der Arbeiterbewegung herausgebildet. In grundsätzlicher Beziehung vertrat er im wesentlichen den Standpunkt: Es ist die selbstverständliche, unbedingte Pflicht jedes Parteigenossen, der Gewerkschaft seines Berufes anzugehören. Die Gewerkschaften haben auf ihrem Tätigkeitsgebiet außerordentliches geleistet. Wenn wir das rückwärts anerkennen, so dürfen wir aber nicht vergessen, daß der gewerkschaftlichen Tätigkeit gewisse Grenzen gezogen sind und daß sie die politische Betätigung der Arbeiterklasse nicht überflüssig machen kann. Das Ziel der sozialistischen Arbeiterbewegung ist die Beseitigung der kapitalistischen und die Errichtung der sozialistischen Gesellschaftsordnung. Zur Erreichung dieses Zieles bedarf es der politischen Parteiorganisation, die sich in der Sozialdemokratie verkörpert. Die Gewerkschaften können ihrer Natur nach dies Ziel nicht erreichen. Ihre Aufgabe ist es, die wirtschaftlichen Verhältnisse der Arbeiter innerhalb der gegenwärtigen Gesellschaft zu verbessern. In dieser Hinsicht haben sie bedeutende Erfolge gehabt. Selbst wenn man als richtig annehmen würde, daß die Erhöhung der Löhne durch die Steigerung der Lebensmittelpreise ausgeglichen und die Vorteile der verkürzten Arbeitszeit durch weitgehende Ausnützung der Arbeitskraft aufgehoben werden, so bleibt doch immer noch der große Erfolg der Gewerkschaft bestehen, daß sie die Arbeiter in ihren Organisationen zu solidarischem Handeln zusammengeführt und dadurch eine wesentliche Vorbedingung des Sozialismus erfüllt haben.

Nach dem mit allgemeinem Beifall aufgenommenen Referat erklärte Hegewald: Die Ausführungen des Referenten können jeder Gewerkschafter unterschreiben. In der vorigen Generalversammlung seien leider andere Ansichten vertreten worden. Die Gewerkschaften seien verammortlich gemacht worden für den Rückgang der Partei. Wäre die Pflicht jedes Sozialdemokraten, der Gewerkschaft anzugehören, nicht in der vorigen Versammlung in Zweifel gestellt worden, dann hätte das jegliche Referat nicht gehalten werden brauchen.

In weiteren Verlauf der Diskussion bemerkte Düwelle: In der vorigen Versammlung seien es lediglich einige unglückliche, mißverständliche Äußerungen gewesen, welche als Herabsetzung der Gewerkschaften gedeutet wurden. Diese Äußerungen hätten sofort eine so scharfe Zurückweisung gefunden, daß weitere Auseinandersetzungen über diese Frage nicht nötig gewesen wären. Der erste Wahlkreis habe noch nie etwas unternommen, was als Herabsetzung der gewerkschaftlichen Tätigkeit oder als Stellungnahme gegen die Gewerkschaften aufgefaßt werden könne.

Darauf entgegnete ein gewerkschaftlich tätiger Genosse: Es sei richtig, daß der erste Wahlkreis offiziell noch in Stellung gegen die Gewerkschaften genommen hat. Aber von einzelnen Genossen habe man beratliche Ausführungen an den Zahlhabenden gehört. Es sei gesagt worden, die hohen Beiträge der Gewerkschaften verstoßen den Rückgang der Partei, die Gewerkschaften seien überflüssig und dergleichen. Derartige Äußerungen müßten auf junge Parteimitglieder verwirrend wirken. Deshalb sei eine Aussprache notwendig gewesen. Mit den von Eichhorn vertretenen Grundansätzen sei jeder Gewerkschafter einverstanden.

Auch im übrigen zeigte die Debatte volles Einverständnis in dem Gedanken, den der Referent im Schlußwort nochmals ganz entschieden betonte: Partei und Gewerkschaften arbeiten Hand in Hand, jede auf ihrem Gebiet, aber beide im Interesse der Arbeiterklasse.

Frauenleid, Frauenkampf, Frauenbefreiung.

Eine Frauenversammlung des sechsten Kreises, die sich mit obigem Thema beschäftigte, war schon lange vor Beginn dicht gefüllt. Und immer neue Proletarierinnen kamen hinzu. In atemloser Spannung folgten die Erörterungen den Worten Emil Ungers. Der donnernde Applaus, der zum Schluß gesendet wurde, ließ erkennen, wie die Frauen sich mit dem Redner fühlten, als er endete: „Ein Holt dem Kreuzweg nach Golgatha. Durch Kampf hinauf zu den höchsten Höhen des Sozialismus. Dem Weibe durch Frauenleid, Frauenkampf die endgültige Befreiung!“

Die Handlungsbefristungen, -gehilfen und die Hausangestellten in ihrem schweren Kampf um Sonntagruhe und Menschenwürde zu unterstützen, ließen sich die Genossinnen Keiner und Lungwig angelegen sein. Wegen die Arbeiterfrauen Sonntag keine Einkäufe besorgen und genannte Kategorien ihren Verbänden zuführen. Der kernige Schlußruf der Versammlungsleiterin Genossin Schmidt, sich der Partei anzuschließen, die allein für die Gleichheit der Frau kämpft, war von Erfolg begleitet. Die über 300 anwesenden Frauen gingen unter brausendem Hoch auf die Sozialdemokratie und loyale Kampfbereitschaft auseinander.

Alles in allem, eine schneidige Ouvertüre zum kommenden Frauenlog am 8. März.

Aus aller Welt.

Ein Gegenstück zu Zabern.

Dank der Kabinettsorder von 1820 — wer weiß, wieviel andere ähnlicher Natur noch existieren — haben wir glücklicherweise die Herrschaft des Säbels infalliert. Kein Bürger wird es mehr wagen, einen Leutnant schießend anzusehen, bereinigt sich doch in der Uniform alles, was Neugierigkeiten an politischen und sittlichen Idealen aufzuweisen hat. Einst war das freilich anders, da verhaftete nicht das Militär die Bürger und steckte sie in den Pandurenkeller, sondern das Bürgertum hatte genügend Mut, trotz der Kabinettsorder von 1820 dem anmaßenden Soldatengeiß entgegenzutreten. Freilich war das im Jahre 1848, einem Jahre, bei dessen Erinnerung auch unserm nennenswerten Bürgertum eine Gänsehaut überläuft.

In Potsdam fanden, wie allerwärts in diesem Jahre, unter freiem Himmel Volksversammlungen statt und zwar in dem sog. Schragen am Bornstedter Feld. Die Mannschaften des Gardemuskettier-Regiments sympathisierten damals sehr mit den Volksbestrebungen, während die Gardedukorps konservativ gesinnt waren. Zu einer Sonntags zwischen Ostern und Pfingsten stattgefundenen Versammlung im Schragen kam es nun zu Reibereien zwischen Mannschaften der beiden Regimenter, die am nächsten Tage in einer Versammlung im Kaiserhof in der Kaiserstraße fortgesetzt wurden. Ein früherer Artillerieoffizier hielt dort einen Vortrag, zu dem sich auch viele Muskettiere eingefunden hatten. Plötzlich erklärten man, unter Anführung des Wachtmeisters Boudt, eine große Anzahl Gardedukorps, die sämtlich mit Schmelzbeinen bewaffnet waren, die sie zuvor in der Kaserne aus ihren Schmelzen herausgeschlagen hatten. Damit schlugen sie auf die gänzlich wehrlose Menge ein und es entstand eine große Schlägerei, durch welche die Volksversammlung gesprengt wurde; der Vortragende mußte sich, weil er sehr bedroht wurde, in einem Kamin verbergen. Inzwischen war aber in Potsdam die Klarmtrommel gerührt, die Bürgerwehr trat zusammen und arrestierte die Gardedukorps, die nach der Schloßwache gebracht wurden. Dort ließ man aber die Leute, welche man durch das Fortunaportal hereingebracht hatte, durch das Portal in der Humboldtstraße wieder laufen, bis dies bemerkt wurde, woraufhin die Gardedukorps nach dem Rathaus gebracht wurden. Im Arresthof lagen später die Schmelzbeine aufgeschichtet, und zwar etwa in Höhe eines Hauses Holz. In Potsdam wurde infolge dieses Vorganges darum petitioniert, daß die Gardedukorps verlegt würden, andererseits aber von einem Parlamentarier Schulz eine Gegenpetition ins Werk gesetzt, die auch Erfolg hatte. Der Berliner Volkswirt bemächtigte sich sofort dieser Affäre. Es erschien ein Flugblatt, auf dem zwei verteilte auf Eisen sitzende Gardedukorps abgebildet waren, und das den Titel führte: „Die Potsdamer Schmelzbein-Helden, genannt Jardehohes. Sie reiten hier sehr schön Parade, doch ist es um die Eifel schade. Ein kleiner Anhang zu den Kernerbesehl von August Duddelmeyer, Dages-Schriftsteller mit 'n trohen Wort.“

Schreckliches Familiendrama.

Unglückliche Familienverhältnisse haben am Dienstagabend in Solingen die Frau des Fabrikarbeiters Thomassen zu einer entsetzlichen Tat gebracht. Während der Abwesenheit ihres Mannes durchschnitt sie ihren drei Kindern im Alter von vier Monaten, drei und fünf Jahren den Hals und suchte sich dann durch einen Sprung aus dem Fenster das Leben zu nehmen. In schwer verletztem Zustande wurde sie auf der Straße aufgefunden und in ein Krankenhaus gebracht.

Ein italienischer Armeesandal.

Großes Aufsehen erregt in Rom die Verhaftung des größten römischen Getreidelieferanten für die Armee, Magnani. Die Gründe für die Festnahme werden vorläufig noch geheimgehalten. Ein entlassener Angestellter Magnanis namens Confolonieri hatte einem sozialistischen Abgeordneten Geschäftsbriefe für die Summe von 8000 Lire angeboten, um so expressrische Manöver gegen den Getreidelieferanten durchzuführen. Der Abgeordnete übergab die Briefschaften der Polizei. Anschließend sind die Dokumente so belastender Natur gemessen, daß die Behörden zur Verhaftung Magnanis schritten.

Vom Pfaffen in den Tod getrieben.

Eine alte deutsche Lehrerin hat sich in der Nähe von Palermo auf Sizilien ins Meer gestürzt und den Tod gefunden. Die bedauernswerte Greisin hatte den Lagen des Pflasters Fontana Gauden geschenkt und ihm ihr ganzes erspartes Vermögen von etwa 50 000 M. anvertraut. Der elende Pfaffe verjubelte das Geld in lüderlicher Gesellschaft und ging schließlich. Die Behörden verfolgten ihn jetzt wegen Vertrags, werden ihn aber kaum erwischen, weil sämtliche Pfaffen vielerlei geheime Salzwinkel offen stehen, und sogar Mörder geistlichen Verbrechern Unterhalt gewähren.

Wir sind die Letzten, die Vergehen einzelner Glieder dem ganzen Stande zur Last legen. Aber in der katholischen Geistlichkeit strahlen so viele, daß man auf eine ausgedehnte Säulnis schließen muß, während doch in einem geistlichen Stande große Verfehlungen zu den größten Seltenheiten gehören müßten.

Kleine Notizen.

Absturz eines Fliegers. Am Mittwochvormittag stürzte auf dem Flugplatz der Fliegerstation Schleißheim der Unteroffiziersflieger S. Weiler aus Nürnberg beim Nehmen einer Kurve aus 35 Meter Höhe ab. Der Flieger wurde sofort getötet und sein Flugzeug völlig zertrümmert.

Miesbrand in Duisburg. Am Dienstagabend um 9 Uhr brach bei der Expeditionsfirma W. Biehlmann am Parallelbassin in Duisburg infolge Kurzschlusses Feuer aus, das erst Mittwoch früh gelöscht werden konnte. Fünf große Schuppen mit Lagergütern, bestehend aus Zellulose, Mehl, Zeitungspapier, Mineralöl und Holz sind dem Verbrannte zum Opfer gefallen. Der Schaden, der auf 300 000 Mark geschätzt wird, ist durch Versicherungen gedeckt.

Folgeschwerer Gerüststurz. Durch Nachgeben der eisernen Klammern stürzte beim Bau eines Hochovens an der Donnersmühlhütte bei Zabern ein Gerüst mit fünf Montagearbeitern aus einer Höhe von etwa acht Meter ab. Drei Arbeiter erlitten schwere Verletzungen, zwei dagegen nur leichtere. Der Unfall soll infolge der Ueberlastung des Gerüsts, das auf Klammern in der Luft frei schwebte, entstanden sein. Das Befinden des einen Verunglückten gibt zu Besorgnissen Anlaß.

Hungernot. Nach einem Telegramm der „New York Tribune“ aus El Paso (Texas) herrscht in dem Staate Sinaloa eine große Hungernot. Viele Hunderte erliegen täglich den Entbehrungen.

Frauen-Leseabende.

Niederschönbach-Nordend. Freitag, den 23. Januar, abends 8 1/2 Uhr, Frauenlesabend bei Betty, Blankenburger Str. 4. Vortrag der Genossin Demming.

Kapitän-Kantabak

(gefehl. gefäht.)

Kapitän-Rauch- u. Schnupftabake sind nur durch ganz hervorragende feine Qualität so schnell beliebt geworden. Zu haben in den einschlägigen Geschäften event. zu erfahren durch

C. Röcker, Berlin, Grüner Weg 119. (Telef. 2861.)

Spezialarzt

Dr. med. Wockenfuß,
Friedrichstr. 125 (Oranienb. Tor)
für Syphilis, Harn- u. Frauenleiden —
Ehrlich-Hata-Kur (Dauer 12 Tage),
Blutuntersuchung, Schenille, sichere
schmerzlose Heilung ohne Berufs-
störung. Mäßige Preise.
Sprechst. v. 8—8, Sonntags 9—11.

Masken-Garderobe

Willi Ernst,
Königsplatz 55 b. 1.
Ami Königsplatz 11 314.
Gr. Auswahl! Bill. Preise!
Vorgelegter dieser Nummer er-
hält 10 Proz. Preisermäßigung.

Dr. Simmel

Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am
Moritzplatz
10—2, 5—7, Sonntags 10—12.

Augustabad

Köpenicker Str. 60/61. 1965
Lieferant aller Kranzspenden.

Kranzspenden

sowie familiäre
Blumenarrangements
Lieferant schnell und billig **Paul
Gross, Lindenstr. 69, Tel. 291. 7203**

Theater.

Donnerstag, 22. Januar 1914
Anfang 6 Uhr.

Eines Balast am Zoo. Varietés-
Sitzspiele.

Anfang 6 1/2 Uhr.

Eines Nollendorf-Theater. Varietés-
Sitzspiele.

Anfang 7 Uhr.

Opernhaus. Varietés.
Deutsches Opernhaus. Varietés.
Anfang 7 1/2 Uhr.

Rgl. Schauspielhaus. Die Haben-
heimerin.

Deutsches König Lear.
Sestina. Vier Gant.
Zirkus Busch. Galavorstellung.
Zirkus Schumann. Galavorstellung.
Anfang 8 Uhr.

Urania. Mit Ballon und Flugzeug
über Berg und Tal.
Hörsaal: Prof. Dr. P. Schwahn:
Das Werden der Welt.
Deutsches Künstler-Theater.
Der Bogen des Odysseus.
Königsgräber Straße. König
Richard III.
Kammerstücke. Die Pariserin.
Deutsches Schauspielhaus. Der
nicht lacht.
Theater am Nollendorfsplatz.
Fünfhundert Grottel.
Schauspielhaus. Die spanische Pflöge.
Montis Operetten. Die verbotene
Stadt.
Schiller O. Meyers.
Schiller Charlottenburg. Die
den, der lügt!
Theater des Westens. Polenblut.
Berliner. Die einst im Mai.
Romädiendhaus. Hinter Mauern.
Kleines. Mädchen Gehert.
Trianon. Anatoles Hochzeit.
Luisa. Die Langohrprinzessin.
Residenz. Hohheit — der Franz.
Metropol. Die Keise um die Welt
in 40 Tagen.
Friedrich-Wilhelmstädtisches.
Die Amokgänger.
Kaisers. Die alle Webern.
Herrnfeld. Was sagen Sie zu
Vehlsch?
Reichshallen. Steffiner Sängern.
Wintergarten. Spezialitäten.
Apollo. Der Stolz der 3. Kom-
pagnie.

Schiller-Theater O.

(Wallner-Theater).
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Meyers.
Freitag, abends 8 Uhr:
Was ihr wollt.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Weh' dem, der lügt.
Schiller-Theater Charlotten-
burg.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Weh' dem, der lügt.
Freitag, abends 8 Uhr:
Weh' dem, der lügt.
Sonntag, nachmittags 3 1/2 Uhr:
Güts von Berlichingen.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Meyers.

URANIA

Taubenstraße 48/49.
8 Uhr:
Mit Ballon und Flugzeug
über Berg und Tal.
Hörsaal 8 Uhr:
Prof. Dr. P. Schwahn:
Das Werden der Welt.
Concordia-Festsäle
64 Andreasstraße 64
Jeden Donnerstag u. Sonntag:
Soiree der Hoffmann-Sänger
Anfang 8 Uhr.
Nach der Soiree: Frei-Tanz.
Vorzugsakt. haben Gültigkeit.

Folies Caprice.

Anfang 8 1/2 Uhr:
Der Kuckuck.
präzise Manöverschwindel.
8 1/2 Uhr Die Samuels.
Admiralspalast.
Eis-Arena.
Täglich:
Die lustige Puppe.
Großes Ballett auf dem Eise.
Bis 6 Uhr und von 10 1/2 Uhr
ab halbe Kassenpreise.
Wein- u. Bier-Abteilung.

Zirkus Alb. Schumann.

Heute Donnerstag, den 22. Januar,
abends 7 1/2 Uhr:
Große Sport-Vorstellung.
U. a.:
Crescendo und Forrest
Musical-Act.
Seven-Truppe
akrobat. Tang-Draht-eil-Akt.
Original Little Freds
künstelnde Hunde.
Therese Renz
dresse. Elefanten u. Ponys,
u. d. übr. neuen Attraktionen.
Um 9 1/2 Uhr:
„Tipp“
der Daily-Favorit 1914.
Das neue große Ausstattungstück
vom Turf in 7 Bildern

Zirkus Busch.

Heute Donnerstag, den 22. Januar,
abends 7 1/2 Uhr:
Gr. Galavorstellung.
U. a.: Marzio, der Bezwingen
des Autos.
„Im Reiche der Mitter“.
Ehmas erste Gaukler- u. Jonglier-
Truppe,
sowie Kastraten
aller großen Attraktionen.
Zum Schluss:
„Pompeji“
Die Ausgrabungs-Pantomime
des Julius Busch in 5 Akten, 11 Bildern.

Theater des Westens.

8 Uhr: **Polenblut.**
Sonnt. nachm. 3 1/2 U.: Der liebe Augustin

Deutsches Künstlertheater

Sozialtät.
Nürnberger Straße 70/71, am Zoo.
Kassa: Nollendorf 1383.
Abends 8 Uhr:
Der Bogen des Odysseus.
Freitag, 8 Uhr:
Schirin und Gertraude.

Residenz-Theater

8 Uhr: **Hohheit — der Franz!**
Musikalische Grotteske in 3 Akten von
Kurt Landberger und Willi Wolf.
Musik von Robert Winterberg.
Königin u. i. Tage: Hohheit — der Franz!
Sonntag, nachm.: Schlafwagenkontrol.

Theater am Nollendorfsplatz 5.

Abends 8 Uhr:
Prinzess Grell.
Operette in 3 Akten.

Karneval auf dem Eise!

Größte Eisbahn Berlins
am Bahnhof Stralau-Rummelsburg, Hirschberger Straße.
Straßenbahnlinien 26, 77, 78, 92.
Program:
Ab 3 Uhr:
Doppel-Konzert.
Kinderwettlaufen um Preise.
Fackelzug.
Wettlaufen, 1000—2000 Meter. Vorkampfe.
Weltmeister-Springer Krokowski.
Gr. Brillant-Feuwerk.
Geöffnet bis 12 Uhr.
Entree 10 Pf. Kinder 20 Pf. Schülerkarten haben Gültigkeit.
Jugendpflege und Vorzugsarten Sonntagspreise.

Vereinigte Berliner Volksbühnen.

Luisen-Theater. Täglich 8 1/2 Uhr:
Deines Bruders Weib.
Schausp. in 6 Bild. u. 1 Vorsp.

Walhalla-Theater. Täglich 8 1/2 Uhr: Zangofieber.
Gr. Hoffe in Gef. u. Tanz in 3 Akten
von G. Urban. Musik u. Hugo Fricke.

Brauerei Friedrichshain

Täglich außer Sonnabends:
Das stimmungsvollste
Bayr. Bockbier-Fest.
Mittwochs u. Donnerstags:
Elite-Tag.

„Clou“ :: Berliner ::

Konzerthaus
Mauerstraße 82. — Zimmerstraße 90/91.
Großes Doppel-Konzert!
Musik. Kaiser-Alexander-Garde-Regts. Dirig. Kgl. Musikdir. Brass,
und Tegernseer und Zillertalher Musikanten,
Dirig. Hans Starp.
Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pf. Anfang 8 Uhr.
An allen Wochentagen: Gr. Nachmittags-Konzert bei freiem
Eintritt.

WINTERGARTEN

YVETTE
Robert Steidl
Willy Pantzer Co.
Persien Ballettdivortias.
Kostüme: Paul Polret, Paris.
Bowden u. Stel. Robert u. Robert.
Charlens u. Charlens. Farben-
Ballett. Hau-Ping-Chien-Truppe.
Paris-Trio. Wysto u. Whys.
Kinematograph.
— Rauchen gestattet! —

APOLLO THEATER

8 Uhr. Tel.: Lützow 2757. 8 Uhr.
Hiescu-Lachstürme:
Hartstein
in
Der Stolz d. 3. Kompagnie.
Kommen! Sehen! Jubeln!
und das gr. Januar-Prgr.
u. a. Bernhard Hörbitz
Oskar Schwarz
mit seinen 6 American Girls.
Rauchen gestattet.

Reichshallen-Theater

Steffiner Sängern
No. 13!
Urkommische Burleske.
Anfang 8 Uhr.
Sonntag nachm.
3 Uhr zu ermäß.
Preisen:
Eine Hochzeit in
der Müllerstraße.

Casino-Theater

Vorhänger Straße 57. Täglich 8 Uhr.
Ein neues Berliner Volkstheater:
Die alle Webern.
Ur-Berl. Figuren. Ur-Berl. Humor!
Einziges Theater in diesem Genre!
Im Stile der alten Wallner-Bühne.
Sonnt. 4 U.: Geheimnisse v. New York

UT LICHTSPIELE

Täglich:
Die Land-
strasse
in
U. T. Wolbergweg 16-17,
U. T. Reinholdenfor-
straße 14.

Metropol-Theater.

Abends präzise 7 Uhr 55:
Die Reise um die Erde
in 40 Tagen.

Berliner Prater-Theater

Kochstr. 7/9.
Donnerstag, den 22. Januar 1914:
Wahspiel des Voigt-Theaters.
Der Bajazzo und seine Familie.
Vollschaulp. in 5 Akt. von D'Emery
und Romnier.
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 1/2, 11 Uhr.

Trianon-Theater.

Täglich abends 8 Uhr:
Anatoles Hochzeit.
Berliner Uk-Trio
Adr. Neukölln Lahnstr. 74L

Unheilbare Katarrhe.

Die wenigsten Menschen sind sich bewußt, daß Schnupfen, Hals- und Kopfschmerzen usw. ihre Ursache in der Tätigkeit der Schleimhäute (Bakterien) haben, die in den Schleimhäuten der Atmungsorgane, sobald dieselben durch Erkältungen oder andere Ursachen gelodert sind, die günstigsten Bedingungen zu ihrer Fortpflanzung finden. Diese Bakterien, oder für bestimmte Arten Bazillen genannt, verbreiten durch ihre Fortpflanzung gewisse Absonderungsprodukte, die giftig wirken (Toxine) und dadurch weitere Teile der Schleimhäute reizen und für die Ausbreitung empfänglich machen. Auf diese Weise entstehen leicht durch einen vernachlässigten Schnupfen oder Husten die schweren Leiden: Bronchialkatarrh, Asthma, ferner Nerven-, Nasen-, Kehlkopf-, Luftröhrenkatarrh, und die immerhin bedenklichen Hals- und Mandelentzündungen. — Natürlich sind auch alle diese Zustände ansteckend, weil die Bakterien sich im Speichel in Massen befinden und mit dem Atem nach außen abgegeben werden.

In der Apotheke der Natur sind aber für alle Gifte Gegengifte vorhanden, es gilt, nur die richtigen herauszufinden und recht anzuwenden, um die Toxine unwirksam zu machen, ohne die menschlichen Organe zu gefährden. Daher haben Pflanzungen und Gurgeln mit Jod, Jöhlenstein usw. oft keinen Erfolg, weil sie nur einen Teil der infizierten Schleimhäute treffen und außerdem unter Umständen das Nabel verschlimmern. Ebenso nützen auch Tränkluren mit Salzen oder äußere Behandlung mit warmen oder kalten Umschlägen häufig sehr wenig und können unter Umständen den Zustand des Kranken sogar noch verschlechtern; die niederliegende Bakterienflora wird dadurch nicht alteriert und nach einiger Zeit ist das alte Leiden wieder da. Deshalb erscheinen diese Zustände den meisten als unheilbare Katarrhe. Es steht aber unumstößlich fest, daß die Entfaltung dieser Bakterienflora den Luftwegen der Atmungsorgane folgt. Logischerweise kann man ihnen also am sichersten nur auf diesem Wege beikommen, d. h. durch Einatmung besonders günstig desinifizierender Dämpfe, welche die Bakterien zum Absterben bringen.

Von der Firma Carl A. Zancre, Wiesbaden S. 83, ist ein kleiner feiner Apparat konstruiert, den man bequem in der Tasche tragen kann, und der nach besonderem Verfahren ausgewählte wissenschaftlich begutachtete Stoffe zum Einatmen bis in die tiefsten Luftwege bringt, ohne Reize zu verursachen oder sonstige die Schleimhäute anzuzureizen, und zwar auf kaltem Wege, um auch einer neuen Erkältung sicher vorzubeugen. Hiermit sind ganz ausgezeichnete Erfolge erzielt worden, worüber sich mehr als 10 000 Patienten, darunter auch zahlreiche Ärzte, in begeisterten Briefen aussprechen. So schreiben unter vielen anderen:

Herr Schmidt in Berlin N. 89, Neue Hochstraße 43 I: Seit länger als 25 Jahren leide ich an starkem Nasen- und Kehlkopfkatarrh, in den langen Jahren habe ich außer verordneter Medizin alles mögliche an Tee und Tropfen gebraucht, aber ohne Erfolg, habe mehrere Sommer Kurhäuser gebraucht, ohne geheilt zu werden, auch die verschiedensten Hausinhalatoren habe ich benutzt, alles umsonst. Was nur alle sogenannten teuren Kuren in den langen Jahren nicht vermocht haben, haben Sie

mit Ihrem kleinen Inhalator-Apparat in einigen Monaten fast vollständig geheilt. Trotz meiner 79 Jahre fühle ich mich sehr wohl. Der Husten und das Niesen im Halse hat aufgehört, Auswurf nur selten, schlafe die Nacht durch und fühle mich neu belebt. Ich habe jetzt seit 14 Tagen nicht mehr inhaliert, merke aber bisher keinen Rückgang. Mögen Sie mit Ihrem unergleichen Apparat noch vielen Leidenden helfen, ich werde, wo ich kann, Sie bestens empfehlen.

Herr Ernst Fischer, Ingenieur, Hermsdorf bei Berlin, Hennigsdorfer Straße 24. Der im November vergangenen Jahres von Ihnen bezogene Inhalator hat sowohl mir als auch meiner Familie ganz hervorragende Dienste geleistet. Ich litt seit September vergangenen Jahres an einem hartnäckigen Bronchialkatarrh, der allen Heilmitteln trotzte und ich ließ mir deshalb Ihren Inhalator kommen. Schon nach mehrmaligem Gebrauch bekam ich Linderung, der Auswurf erfolgte schmerzlos, der Husten wurde locher. Nach 14-tägigem Gebrauch war der Katarrh gänzlich verschwunden. Seitdem ist der Inhalator das Allheilmittel gegen alle Erkältungskrankheiten in meiner Familie geworden. Bei Hals- bzw. Mandelentzündungen wirkt er geradezu Wunder. Letztere sind jetzt nach nur eintägigem Gebrauch des Inhalators beseitigt. Das Brennen im Halse hört schon nach einmaligem Gebrauch auf, etwa vorhandener Belag verflüchtigt schnell. Ich werde demzufolge jede Gelegenheit gern benutzen, Ihren Inhalator weiter zu empfehlen; mehrere befreundete Familien haben denselben bereits angeschafft.

Bezügliche Anerkennungsbriefe liegen über 10 000 Stück vor, welche durch einen vereidigten

Arnold Scholz.

Hasenheide 108/114.
Heute Donnerstag, den 22. Januar:
Elite-Tag!
Braten eines ganzen holländ. Mast-Kalbes
Portion 90 Pf. Anschnitt 9 Uhr.
Anfang 7 Uhr. 30 bayr. Madl. Entree 30 Pf.
Im neuen Saale: Großer Ball.

Wäckerbifor und polizeilich beglaubigt sind. Die Originalbriefe können jederzeit bei uns eingesehen werden.

Verlangen Sie den Original-Zancre-Inhalator (Schumacher: „Die Star im Hause“), welcher komplett mit sämtlichem Zubehör und Gebrauchsanweisung (sofort gebrauchsfertig) gegen Nachnahme Mark 8,85 franko kostet. Keine weiteren Aufkosten, nur einmalige Anschaffung.

An minderbemittelte, vertrauenswürdigere Personen wird der Apparat laut unseren besonderen Bedingungen auch gegen bequeme Ratenzahlung abgegeben.

Nähere Auskunft über Zancre's Inhalator wird von der Firma Carl A. Zancre, Wiesbaden S. 83, gerne kostenlos und ohne Kaufzwang erteilt. Verlangen Sie noch heute gratis belebende Broschüre.

Firma Carl A. Zancre, Wiesbaden S. 83.
Ich wünsche genaue Auskunft über Ihr neues Inhalatorsystem. Es dürfen mir jedoch keine Kosten hierdurch entstehen.

Name u. Stand: _____
Wohnort: _____
Genauere Adresse: _____
Zur offenen Briefumschlag mit 3 Pfennig frankieren.

Verlagsgesellschaft Paul Singer & Co., Berlin SW.

Pastor Pfeiffer als Vormund.

Jener vor mehreren Monaten im „Vorwärts“ geschilderte Kampf um ein Kind, in dem der bekannte Pastor Wilhelm Pfeiffer und seine Leute vom „Kinderrettungsverein“ eine Rolle spielten, hatte gestern ein Nachspiel vor dem Landgericht Berlin III (Strafkammer 5). Auf die Anklage, das Kind dem Pastor Pfeiffer, seinem Vormund, durch List entzogen zu haben, mußten der Schneidermeister Paul Geisendorf und seine Ehefrau Berta Geisendorf sich verantworten. Pastor Pfeiffer hatte nicht nur den Triumph gehabt, daß in dem Kampf er der Sieger blieb und das Kind aus der Pflege der Eheleute Geisendorf wegnehmen und zu einer Tante nach Amerika geben durfte. Eine aus dem Bureau des „Kinderrettungsvereins“ gegen die Pflegeeltern eingereichte Strafanzeige brachte sie auch noch auf die Anklagebank, so daß der Frevel, dem Herrn Pastor das Kind nicht sofort ausgeliefert zu haben, nicht ungeahnt blieb.

Das Gericht setzte, das sei hier vorweg festgestellt, keinen Zweifel darin, daß die Angeklagten nur aus edlen Motiven gehandelt hatten. Frau Geisendorf hatte von einer verstorbenen Freundin, einer Witwe Trogisch, die auf dem Sterbebette ihr die Sorge für ihre als Waisen zurückbleibenden Kinder zur Pflicht gemacht hatte, im Februar 1912 einen Knaben und ein Mädchen in Pflege genommen. Der Knabe wurde später an eine in Amerika wohnende Tante überlassen, aber das Mädchen Lotte blieb bei den Eheleuten Geisendorf mit Einwilligung der Tante und auch unter Zustimmung der Waisenverwaltung Berlins. Pflegegeld wollten die Eheleute Geisendorf nicht haben, doch wurde ihnen im Bureau der Waisenverwaltung gesagt, anders wolle man das Mädchen nicht in ihrer Pflege lassen. Frau Geisendorf sparte das Pflegegeld für Lotte, um es ihr später einmal auszuhändigen zu können. Daß Lotte es gut bei Geisendorfs hatte, war allen, die das Kind in der Familie sahen, zweifellos — und auch das Gericht gelangte zu dieser Ueberzeugung. Vormund war der Pastor Johnte, aber leider legte dieser sein Amt im Sommer 1913 nieder, und man trat an seine Stelle — man weiß nicht, aus welchem Grunde und auf weissen Veranlassung — der Pastor Pfeiffer, der Inhaber einer Sammelmundschafft für mehrere tausend Kinder. Die Pflegeeltern erhielten die erste Kenntnis hiervon nicht etwa durch eine Zuschrift des Vormundschafftsgerichts oder gar durch einen persönlichen Besuch des Pastors Pfeiffer als des neuen Vormundes, sondern durch eine Helferin des „Kinderrettungsvereins“, die ihnen nach Mecklenburg in die Sommerfrische nachreichte und dort ohne weiteres im Namen des Pastors Pfeiffer — die Herausgabe des Kindes forderte. Vorangegangen war der Versuch, die Pflegeeltern in Berlin in ihrer Wohnung durch die Helferin aufsuchen zu lassen, wo diese niemand antraf. Auch ein dann nach dieser Wohnung gesandter Brief Pfeiffers, der die Uebernahme der Vormundschafft meldete, gelangte nicht sogleich in die Hände der Pflegeeltern, weil die Nachsendung verabsäumt wurde. Pastor Pfeiffer hatte nicht Lust, lange zu warten, denn ihm war es darum zu tun, das Kind nun doch den Eheleuten Geisendorf wegzunehmen und zu der Tante nach Amerika zu geben. Am 17. Juni wurde er Vormund, am 20. Juni schrieb er jenen Brief — und schon am 28. Juli erschien seine Helferin Frau Mann in der Sommerfrische. Sie hatte — was dort großes Aufsehen erregte — sogleich Polizei mitgebracht, obwohl sie noch gar nicht wissen konnte, wie die Pflegeeltern sich verhalten würden. Diese wiesen die sehr energisch auftretende Helferin ab, weil nach der ihnen von der Waisenverwaltung gegebenen Anweisung die „eigenmächtige Uebergabe an andere Pfleger“ verboten sei. In Berlin, wohin sie jetzt schleunigst mit dem Kinde zurückkehrten, wurde ihnen im Bureau der Waisenverwaltung dasselbe bestätigt. Pastor Pfeiffer erzwang einen neuen Beschluß des Amtsgerichts, daß ihm das Kind herauszugeben sei. Geisendorf erhob Beschwerde beim Landgericht, aber noch ehe dieses zu einer vorläufigen Inhibierung des Amtsgerichtsbeschlusses gelangte, rüde schon wieder Frau Mann mit Polizei und einem Gerichtsvollzieher an, um Lotte abzuholen. Hierbei sollen nun die Eheleute Geisendorf über den Aufenthalt des Kindes, das um diese Zeit nicht in der Wohnung war, unwahre Angaben gemacht haben, um es dem Pastor Pfeiffer zu entziehen. Nachdem dann das Landgericht die Ausführung des Amtsgerichtsbeschlusses bis auf weiteres inhibiert hatte, wurde dessenungeachtet der Versuch, das Kind durch einen Gerichtsvollzieher abholen zu lassen, wiederholt. Selbstverständlich durfte jetzt den Pflegeeltern das Kind nicht abgenommen werden, weil die Entscheidung noch ausstand. Erst als diese dahin ergangen war, daß die Tante berechnete Ansprüche an das Kind habe und der Vormund diese erfüllen dürfe, gaben die Eheleute Geisendorf das Kind ohne Widerstand an die Frau Mann, die wieder mit Gerichtsvollzieher und großem Polizeiaufgebot erschien. Pastor Pfeiffer überließ Lotte der Tante in Amerika, weil sie dorthin gehöre und auch das Klima ihr zuträglich sei, gegen Geisendorfs aber nahm das Verfahren wegen Kindesentziehung seinen Fortgang.

In der Verhandlung vor dem Landgericht beantragte der Verteidiger, zu vertagen, um den nicht erschienenen Assessor Pater aus der Berliner Waisenverwaltung zu laden. Dieser wurde beklunden, daß die Angeklagten sich nach den ausdrücklichen Vorschriften der Waisenverwaltung gerichtet hätten. Das Gericht lehnte diesen Beweis Antrag ab, weil das als wahr zu unterstellen sei. Die Anklage stützte sich hauptsächlich auf die Aussage der Frau Mann und des gleichfalls im Prozesse des Pfeifferschen „Kinderrettungsvereins“ stehenden Assessor Bierau. Er hatte der Frau Mann bei ihrem noch vor Inhibierung des Amtsgerichtsbeschlusses gemachten Besuch in der Geisendorfschen Wohnung assistiert, und ihm sollen Geisendorfs die irreführende Auskunft gegeben haben, daß das Kind zu einem Onkel gegangen sei. Tatsächlich war es dem Onkel, den Geisendorfs erwarteten, bis zur benachbarten Straßenbahnhaltestelle entgegengegangen. Dieser behauptete als Zeuge, das Kind sei ihm um den Hals gefallen mit dem Ruf, lieber wolle es ins Wasser gehen als die Pflegeeltern verlassen. Gegen Frau Geisendorf brachte Assessor Bierau vor, sie habe erklärt, daß sie das Kind lieber in Stücke reißen als es herausgeben wolle. Die Äußerung, die übrigens von Frau G. in dieser Form bestritten wurde, sollte beweisen, wie heftig ihr Widerstand gewesen sei. Der Herr Assessor brachte seine Behauptungen überhaupt in einem Tone vor, wie wenn ihm das Verhalten dieser Frau als schweres Verbrechen gelte.

Selbst der Staatsanwalt sah die Sache milder an. Er hob hervor, daß der Widerstand nicht aus Eigennutz, sondern aus Neigung zu dem Kinde zu erklären sei. Schließlich beantragte er aber doch je 3 Tage Gefängnis gegen beide Angeklagte. Wenn die Angeklagten, stützte hierzu der Verteidiger, Rechtsanwalt Karl Liehnecht aus, bestraft werden sollen, so würden sie bestraft für ein anständiges und ehrenwertes Verhalten, das den vornehmsten Beweggründen entsprungen ist und sich stützte auf die Rücksicht

von Personen, nach deren Ansicht sie sich wohl richten dürften. Geisendorfs seien in diesem Kampf um das Kind, den der Pastor Pfeiffer in großer Eile sofort gegen sie eröffnet habe, geradezu überfallen worden, wobei man nicht einmal die Entscheidung des Gerichts über die Frage der Begnadung des Kindes abgewartet habe. Den Angeklagten sei der gute Glaube zuzubilligen, daß sie im Recht waren und das Kind einstweilen nicht herauszugeben brauchten. Darum sei Freisprechung geboten. Das Gericht kam zu einer Verurteilung, weil die Absicht, durch eine unwahre Angabe das Kind dem Vormund zu entziehen, erwiesen sei. Der Irrtum, sich der sofortigen Ausführung des Amtsgerichtsbeschlusses widersetzen zu dürfen, schübe nicht vor Strafe. Es könne aber eine Geldstrafe von je 10 M. genügen, weil die Angeklagten gewiß nicht aus schlichten Motiven, sondern nur aus Liebe zu dem Kinde handelten.

Pastor Pfeiffer ist also auch in dem Strafverfahren der Sieger geblieben. Frau Geisendorf, die schon während der Verhandlung bei der Erwähnung des Kindes immer wieder in Tränen ausbrach, war von dem Urteil tief erschüttert. Wir sind aber der Meinung, daß sie und ihre Gatte erhobenen Hauptes die Anklagebank verlassen dürften.

Parteiangelegenheiten.

Vierter Kreis. Am Freitag, den 23. Januar, abends 9 Uhr, findet bei Voelter, Weberstr. 17, der zweite Vortrag des Kurklus über: „Einführung in die Gedankenwelt des wissenschaftlichen Sozialismus“ statt. Zunächst wird Genosse Däumig eine übersichtliche zusammenfassende Darstellung geben vom ersten Vortrag, und können infolgedessen noch Mitglieder am Kurklus teilnehmen. Teilnehmerkarten à 30 Pf. sind noch am Eingange des Saales zu haben.

Ferner findet am Freitag, den 23. Januar, abends 8 1/2 Uhr, in der Brauerei Friedrichshain, eine Versammlung der 42. Abteilung statt. Tagesordnung: Vortrag des Reichstagsabgeordneten Genossen Wächner über: Das neue Krankenversicherungsgesetz. 2. Neuwahl der Abteilungsführer.

Wilmerdorf. Am Freitag, den 23. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im großen Saale des „Gesellschaftshauses“, Wilhelmstraße 112: Öffentliche Versammlung. Reichstagsabgeordneter Paul Göhre spricht über das Thema „Kirchenaustrittsbewegung und Sozialdemokratie“. Freie Aussprache. Männer und Frauen jeder Parteirichtung sind willkommen.

Spandau. Eine Befestigung des neuen Rathauses durch die Genossen der ersten Abteilung, an der aber auch Genossen aus anderen Abteilungen teilnehmen können, findet am kommenden Sonntag statt. Treffpunkt vor dem neuen Rathaus vormittags pünktlich 10 1/2 Uhr.

Berliner Nachrichten.

Die juristische Sprechstunde findet von heute Donnerstag, den 22. Januar, ab wieder von 1/2 5 Uhr bis 1/2 8 Uhr statt. Sonnabends Sprechstunde von 1/2 5 bis 6 Uhr.

Warnungsplakate auf der Hochbahn

Sollen die Fahrgäste auf die Gefahren des Schnellverkehrs aufmerksam machen und zur Vorsicht beim Einsteigen und Aussteigen mahnen. Beratungen, die im Polizeipräsidium stattgefunden, haben zu dem Ergebnis geführt, daß es im Schnellbetriebe wirksame Maßnahmen zur Vermeidung von Unglücksfällen, wie sie vorgekommen sind, nicht gebe. Das Publikum müsse selber Vorsicht üben.

Kunsteisbahnen.

Die Schlittschuhläufer haben bei dem anhaltenden Frostwetter gute Tage. Außer den natürlichen Eisbahnen auf Flüssen, Seen und Teichen sind auf vielen Plätzen Kunsteisbahnen geschaffen. Für viele Kinder wird durch die Kunsteisbahnen erst die Möglichkeit gegeben, Schlittschuhlaufen zu können. Viele Eltern erlauben ihren Kindern nicht, die Natureisbahnen zu benutzen, weil sie befürchten, die Kinder könnten auf unsicheren Stellen einbrechen. Oftmals sind auch die höheren Kosten für Bahnfahrten die Ursache, daß Kinder zu ihnen nicht gelangen können. Für die Kinder der Winterbemittelten ist das geringste Eintrittsgeld schon hinderlich, sie vom Eislaufen auszuschließen. Um solchen Kindern die Bewegung im Freien bei Frostwetter zu ermöglichen und ihnen die Freude zu bieten, die auf dem Lande jedem Kinde von der Natur unentgeltlich geboten wird, hat die Parteideputation, wie schon in den Vorjahren, wieder auf der Weberwiese, im Friedrichshain und auf dem „Spielplatz an der einsamen Pappel“ (Hochbahnhof Danziger Straße), größere, und im Humboldthain und Kleistpark kleinere Eisbahnen geschaffen, für die bisher 50 000 Freikarten an Schulkinder der Gemeindeschulen verteilt sind, oder deren Benutzung ohne Eintrittskarten erlaubt ist. Für ein geringes Entgelt können auch Kinder, die keine Freikarten haben, die größeren Eisbahnen benutzen und selbst Erwachsene, die an dem Treiben der vielen fröhlichen Kinder Gefallen finden, oder mit ihnen gemeinsam laufen wollen, können gegen Bezahlung den Platz benutzen.

Freiwillige Schulschwester.

Die städtische Schuldeputation hat in ihrer gestrigen Sitzung u. a. beschlossen, in zwei Schulbezirken einen Versuch mit freiwilligen Schulschwester zu machen. Die Schwestern sind der Schuldeputation von dem Berliner Verein für häusliche Gesundheitspflege zur Verfügung gestellt worden.

Drei Wochen tot in der Wohnung gelegen

hat die 73 Jahre alte Witwe Emilie Lehmann geb. Schulze aus der Großbeerenstr. 21. Die Greisin bewohnte seit einem Jahre für sich allein zwei kleine Räume im Keller des Duergebäudes. Sie kümmerte sich um die Hausgenossen ebenso wenig wie diese sich um die neue Mitbewohnerin. Man wußte nur, daß sie Altersrente und Armenunterstützung bezog. In den letzten Tagen war wiederholt der Geldbriefträger im Hause, um der alten Witwe die Rente zu bringen. Er erhielt niemals Antwort auf sein Klopfen. Als ihm das gestern endlich verdächtig vorkam, wandte er sich an den Hausverwalter und nun ergab sich, daß man die Greisin schon seit dem 30. Dezember v. J. nicht mehr gesehen hatte. Der Verwalter, der jetzt nachsah, fand die Wohnungstür nicht verschlossen und die Dienerin in ihrer Küche tot auf dem Fußboden liegen. Nach dem Gutachten des Arztes, der die Leiche besichtigte, muß die Frau schon lange tot sein. Wahrscheinlich ist sie schon am 30. Dezember einem Herzschlage erlegen.

Das Bureau des Versicherungsamts, Abteilung für Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung wird am Freitag und Sonnabend, den 30. und 31. Januar d. Js., von Am Köllnischen Park 8 nach Klosterstr. 65/67 — Waisenstraße 25 verlegt. In diesen beiden Tagen kann nur in den

dringendsten Fällen ein Geschäftsverkehr mit dem Publikum erfolgen. Die Ausgabe für Luitungskarten und der Angehörtenversicherung befindet sich vom Freitag, den 30. Januar d. Js., ab im Hause Waisenstr. 28 — (Klosterstraße 65/67), II. Stockwerk.

Ein unbekannter Mann wurde dieser Tage besinnungslos in eine Klinik in der Köpenicker Straße eingeliefert; gestern ist er dort gestorben. Man fand bei ihm Korrespondenzen auf den Namen Wilhelm Klabbaga aus Hannover. Ob der Verstorbene dieser Mann ist, ist noch nicht festgestellt.

Für 8000 M. Zigaretten erbeutet.

Ueber 200 000 Zigaretten, die zusammen etwa 8000 M. wert sind, erbeuteten Einbrecher in der Nacht zu Mittwoch auf dem Grundstück Auguststr. 6a. Dort hat die Türkische Zigarettenfabrik Aslak die Räume des ersten Stockwerkes inne. Die doppelte Türflur, die zu ihnen führt, war durch eine schwere Eisenstange mit einem starken Vorlegeglock geschert. Sie wurde ordnungsmäßig verschlossen, als Dienstagabend um 1/2 12 Uhr die letzten Angestellten die Fabrik verließen. Gestern früh um 5 Uhr entdeckten Hausbesitzer, daß das Vorlegeglock mit Gewalt abgerissen oder abgestemmt und daß die Doppeltür erbrochen war. Der Geschäftsinhaber, der in der Dranienburger Straße wohnt, wurde sofort benachrichtigt und er stellte fest, daß die Einbrecher über 200 000 Zigaretten seiner Spezialmarke Aslak weggeschleppt hatten. 100 000, die als frische Sendung erst am Dienstag eingegangen waren und ebenso viele andere, die schon seit längerer Zeit lagen. Die Einbrecher müssen unbedingt ein Fuhrwerk benutzt haben, um die große Masse wegzuschaffen. Im Hause aber hat niemand von ihnen etwas gehört oder gesehen.

Auf Zigaretten und Zigaretten hatten es Einbrecher in der vergangenen Nacht auch in der Andreasstr. 88 abgesehen. Hier drangen sie vom Hofe aus durch ein Fenster, dessen Scheiben sie einbrachen, in den Laden von Kroschuil ein und stahlen für mehrere hundert Mark Waren.

Zu den bevorstehenden Kaufmannsgerichtswahlen nimmt der Zentralverband der Handlungsgehilfen Stellung in einer heute Donnerstag, den 22. Januar, abends 8 1/2 Uhr, in Kellers „Neuer Philharmonie“, Köpenicker Straße 96/97, stattfindenden öffentlichen Versammlung. Es referieren Reichstagsabgeordneter Bud-Dresden und Genosse Publy-Berlin über das Thema: „Wo steht der Feind?“ Es ist Pflicht der Handlungsgehilfen, diese Versammlung zu besuchen.

Aufgefällt ist der große Gold- und Juweliendiebstahl, der vor zwei Wochen in der Schönhauser Allee verübt wurde und wobei den Einbrechern Werte in Höhe von 50 000 M. in die Hände fielen. Die Täter sind ermittelt und verhaftet, darunter drei, die in ihre Heimat Gleiwitz gefahren waren.

Im Luisen-Theater gelangt am Sonnabendnachmittag 4 Uhr zu ganz kleinen Preisen „Prinz Heldenmut“, Märchenpiel mit Gesang und Tanz in 8 Bildern von Wilhelm Ernst Asbet, Musik von Lena Stein-Schneider, zur Uraufführung.

Der Männerchor „Sicht-Georgina 1879“, M. d. A. S. V., (Chorm.: Th. Gerwald) gibt am Sonntag, den 23. Januar, in der Singakademie sein zweites Winterkonzert. Mitwirkende sind: Igl. Sopranfängerin Maria Gleditsch; Cellist Herr A. Liebermann und Organist Herr A. Haensgen.

Verloren. Auf dem Wege von der Melchiorstraße bis Langestraße (alte Markstraße) ist eine braune Briestafel mit einem Abrechnungsbuch, Verbandsmarken und einem Verbandsbuch Nr. 7098 verloren worden. Abzugeben im Verbandsbureau, Melchiorstraße 28, parterre.

Vorortnachrichten.

Die Arbeitslosenunterstützung in Neukölln.

Wie unvollkommen und gänzlich unzureichend die Mittel waren, die zur Bekämpfung bezw. Milderung der Folgen der Arbeitslosigkeit von der Gemeinde zur Verfügung gestellt worden sind, zeigte die nunmehr abgeschlossene Tätigkeit der von der Stadtverordnetenversammlung eingesetzten Kommission. Nach einem Beschluß der Stadtverordnetenversammlung wurde der Kommission ein Betrag von 10 000 M. (zehntausend) zur Verteilung an die Arbeitslosen überwiesen. In Betracht kamen nur solche Arbeitslose, die mindestens 1 Jahr an Ort wohnen und mindestens 8 Wochen arbeitslos sind. Diese letztere Bestimmung wurde durch die Subkommission dahin gemildert, daß die achtwöchige Arbeitslosigkeit keine ununterbrochene zu sein braucht, sondern daß innerhalb einer insgesamt 8 Wochen betragenden Arbeitslosigkeit 14 Tage gearbeitet sein darf. Die Verteilung des zur Verfügung stehenden Betrages wurde in drei Abteilungen vorgenommen. Von der Unterstützung ausgeschlossen wurden: Junggefallen unter 24 Jahren, welche keine unterstützungsbedürftigen Angehörigen haben; Personen, welche eine Unfall-, Invaliden-, Altersrente, Krankengeld oder Gewerkschaftsunterstützung beziehen und nicht mehr als einen unterstützungsbedürftigen Angehörigen haben; Personen, die Armenunterstützung beziehen. Unterstützung sollen erhalten: Junggefallen über 24 Jahre; Personen, die eine Rente, Kranken- oder Gewerkschaftsunterstützung erhalten und mindestens zwei unterstützungsbedürftige Angehörige haben. Die Unterstützung wurde im allgemeinen in Naturalien gewährt, und nur Personen ohne eigenen Haushalt (Junggefallen, kinderlose Witwer usw.) erhielten die Unterstützung in bar. In Naturalien wurden geliefert an Verheiratete bis 2 Kinder 200 Kohlen, 2 Brote à 50 Pf., 40 Pfd. Kartoffeln, 2 Liter Milch, Fleisch im Werte von 1 M., 2 Pfd. Mehl, insgesamt in bar 5,00 M. Verheiratete mit 3—6 Kindern erhielten noch: 1 Brot, 20 Pfd. Kartoffeln und event. 1 Liter Milch. Der Gesamtbetrag machte bis zu 6 M. aus. Verheiratete bis zu 7 Kindern sollten 1 Brot mehr und event. noch 1 Liter Milch erhalten, so daß die Gesamtsumme bis zu 7 M. betragen sollte. Personen ohne eigenen Haushalt erhielten 4 M. in bar. Der Durchschnittssatz, den jeder Unterstützung nachsuchende Arbeitslose erhalten hat, betrug einschließlich derjenigen, die mehr als einmalig unterstützt worden sind, 6—7 M. Insgesamt wurden unterstützt etwa 1800—1900 Arbeitslose.

Allgemein ist beobachtet worden, daß die Zahl der Unterstützung nachsuchenden Arbeitslosen geringer war, als ursprünglich angenommen und erwartet wurde. Wenn hieraus geschlossen wird, daß die Zahl der Arbeitslosen geringer ist, wie die Berechnungen ergeben, so halten wir diese Schlussfolgerung für falsch und durch nichts gerechtfertigt. Vielmehr muß der Gedanke nahelegen, daß um dieses geringen Gesamtbeitrages wegen viele Arbeitslosen, die noch nicht unbedingt auf diese

Summe angeliefen waren, den vermeintlichen Wittgang nicht machen.

Jedenfalls muß auch bei dieser Gelegenheit betont werden, daß das einzige und nicht demütigende Mittel zur Bekämpfung der Folgen der Arbeitslosigkeit die Arbeitslosenversicherung ist. Hierfür fehlt leider in den Gemeinden Groß-Berlins das notwendige soziale Verständnis und auch der gute Wille.

Gegen die Hege der Koalitionsrechtsfeinde.

In einer Anzahl glänzend besuchter Versammlungen in den Berliner Vororten nahm die Arbeiterschaft Stellung gegen die freche Herausforderung der Scharfmacher und Junkerclique. Aus dem Verlauf der Versammlungen geht deutlich hervor, daß die Arbeiterschaft jedem Versuch, ihr heiligstes Recht zu verkümmern, mit aller Schärfe entgegenzutreten gewillt ist.

In Charlottenburg nahm eine überaus stark besuchte Protestversammlung im Volkshaus Stellung gegen die Hege der Scharfmacher wider das Koalitionsrecht. Der Referent Reichstagsabg. Genosse Davidsohn zeigte zunächst, daß die Angriffe der Unternehmer auf das Koalitionsrecht nie aufgehört haben. Auf das Sozialistengesetz folgte die Zuchttausbildung. Die Niederlage von 1899 haben die Scharfmacher noch bis heute nicht verwunden. Immerbroden versuchen sie auf den verschiedensten Wegen die winzigen Rechte der Arbeiterschaft zu verkümmern. Und dabei sind die heutigen Bestimmungen über das Koalitionsrecht schon Ausnahmeverordnungen gegen die Arbeiter. Großen Massen der Arbeiterschaft wird das Koalitionsrecht vorenthalten. Rechtsgrundlagen, die auf allen anderen Gebieten Geltung haben, werden streitenden Arbeitern gegenüber nicht in Anwendung gebracht. Die Scharfmacher und die Junker verstehen aber ihre Zeit. Um dem Kampfe für die Bewahrung des Koalitionsrechts an alle Arbeiter und um anderen Arbeiterforderungen aus dem Wege zu gehen, gehen sie zum Angriff auf die winzigen Arbeiterrechte über. Die Antwort der Arbeiter auf diese Angriffe muß ein verstärkter Kampf für den Ausbau des Koalitionsrechts sein. Die anderthalbstündigen Ausführungen des Referenten wurden mit lebhaftem Beifall aufgenommen. In der Diskussion wies Genosse Dählof noch besonders auf die Haltung der Nationalliberalen hin, zu denen sich im Reichstag ja auch ein Führer einer bürgerlichen Handlungsgehilfenorganisation rechnet. Wenn dieser Führer keine Konsequenzen aus dem Verhalten seiner Fraktionskollegen gezogen hätte, so sollten die Privatangelegenheiten selbst es tun und sich an die Seite der kämpfenden Arbeiterschaft stellen. Die bekannte Resolution wurde einstimmig angenommen.

Friedenau. In der öffentlichen Versammlung, die am letzten Dienstag stattfand, entrollte Genosse Haenisch ein packendes Bild der stürmischen Angriffe der Junker und der Bourgeoisie auf die Grundrechte der Arbeiter. Der Fall Jabern, die Angriffe gegen das Koalitionsrecht und gegen die Sozialpolitik, die Sammlung der preussischen Junker im Preussensbund, das feige Verhalten der liberalen Parteien im preussischen Landtage und im Reichstage, alle diese Zeichen deuten auf Sturm. Besonders ging er auf die Debatten im preussischen Abgeordnetenhaus ein und kennzeichnete das Verhalten der Konserverativen und der Nationalliberalen. Das Proletariat sei einzig auf seine eigene Kraft angewiesen. Aus den Debatten des preussischen Landtags habe er die Ueberzeugung gewonnen, daß auf dem nur parlamentarischen Wege nicht vorwärts zu kommen sei. Die Wurzeln der Kraft des Proletariats sei seine Zahl und seine Unentbehrlichkeit im Produktionsprozeß. Es gelte, so langsam seine Rede aus, die Köpfe und Herzen der Arbeiter unermüdet darauf vorzubereiten, sich dieses ihres stärksten Machtmittels bewußt zu werden. Bereit sein sei alles!

Ein früherer Offizier, namens Schulz, hielt eine Rede à la Jabern, die durch deren zugehörige geforderte Geschwändelungen die stürmische Beifall der Versammlung erregte. Der tapfere Herr wartete eine Entgegnung nicht ab, sondern trat sofort den Rückzug an.

Genosse Bloch widerlegte seine Weisheiten. Es sprachen noch mehrere Arbeiter, die meinten, daß das Proletariat durch hohe Versammlungen nicht vorwärts komme. Seine Hungerten durch die Arbeitslosigkeit 80 000 Arbeiter, es wäre besser, sie hungerten im Kampf um ihre eigenen Rechte. Der Referent und alle sozialistischen Diskussionsredner fanden starken Beifall. Hierauf wurde eine Resolution einstimmig angenommen, in der zum Ausdruck kommt, daß durch die Heidentat von Jabern die Garantie der Verfassung sich als ein bloßer Pappier offenbart hätte. Die kämpfende Arbeiterschaft dürfe nicht ungeduldig warten, bis ihr durch die vereinte Reaktion das Fundament ihres politischen und gewerkschaftlichen Kampfes unter den Füßen weggespült werde.

Die Versammlung erwartet, daß die sozialdemokratische Partei und insbesondere die sozialdemokratischen Fraktionen des Reichstages und des preussischen Landtags die kämpfende und führende Führung der arbeitenden Bevölkerung in ihrem Kampf gegen die Rechtsstellung der vereinten Gegner übernehmen. In einem Nachsatz wird die Verteidigung des Heeres auf die Verfassung gefordert, wofür eine großzügige Propaganda zu entfalten sei.

In Ober-Schöneweide sprach vor einer gutbesuchten Volksversammlung Genosse Eugen Bräuner von Berlin über das Thema: „Freies Koalitionsrecht und die Hege der Scharfmacher“. Der Redner gab ein Bild von den immerwährenden Versuchen der Reaktionäre und Scharfmacher, das Koalitionsrecht zu erschleifen. Dem Terrorismusgedreie der Scharfmacher stellte er an der Hand von Beispielen den wirklichen Terrorismus der Unternehmerorganisationen, Kartelle, Trusts gegenüber. Hier schreite kein Staatsanwalt ein. Dagegen werde Arbeitern gegenüber mit der ganzen Strenge der Klassenjustiz verfahren. Die organisierten Arbeiter müßten den Kampf gegen die gesamten Scharfmacher aufnehmen, indem sie mehr wie bisher die Köpfe revolutionieren und für den verstärkten Ausbau der politischen und gewerkschaftlichen Organisationen Sorge tragen. In der Diskussion wies Genosse Dörter darauf hin, daß wir nicht mit einer Resolution sondern mit einer Tat den Versuch der Vereinfachung des Koalitionsrechts beantworten sollten und zwar empfehle er die Vorbereitung und auch Anwendung des Generalfreil. Genosse Krambrock erinnerte daran, daß die Gelegenheit zu einer Tat vorhanden sei Ende Februar, in der roten Woche, durch Gewinnung neuer Mitglieder für die politische Organisation und für die Arbeiterpresse. In seinem Schlusswort bemerkte Bräuner, daß die Resolution in dem Sinne ist, daß die Arbeiter mit allen Mitteln, und darunter ist auch der Generalfreil, den Raub des Koalitionsrechts verhindern werden.

Die bekannte Resolution wurde mit dem Zusatz „Stärkung der Organisationen und Vorbereitung des Generalfreil“ angenommen. Mit einem begeisterten Hoch auf die Arbeiterbewegung fand die Versammlung ihr Ende.

Bezirk Nauen. In einer in Tashdorf bei Hoffmann, Vogelsdorfer Str. 1, tagenden, gutbesuchten öffentlichen Versammlung referierte Genosse Claus-Berlin über: Das Attentat der Scharfmacher auf das Koalitionsrecht der Arbeiter. Die Ausführungen des Redners wurden von den Versammelten mit großem Interesse verfolgt. Der Vorsitzende ermahnte die Versammelten am Schluss zur Agitation für die Organisationen und die sozialdemokratische Presse, durch die allein eine Entziehung der Arbeiterklasse vermieden werden könne.

Nieder-Schöneweide. „Das Koalitionsrecht der Arbeiter in Gefahr“, dieses Thema behandelte in einer Volksversammlung im großen Saale des Restaurants „Koraleh“ Genosse Wermuth. Die Versammelten folgten den Darlegungen des Redners mit großem Interesse. Seine Aufforderung, in eine umfassende Agitation einzutreten, um im gegebenen Moment den Schlag der Scharfmacher durch eine tiefgreifende Bewegung parieren zu können, wurde von den Versammelten mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Am Schluss richtete

noch der Vorsitzende Genosse Wog an die Anwesenden die Mahnung, viel intensiver als es bisher geschehen, die Indifferenten für die Organisationen der Arbeiterklasse zu interessieren.

Bezirk. „Freies Koalitionsrecht und die Hege der Scharfmacher“ lautete das Thema, über das Gewerkschaftssekretär Hänlein in einer Versammlung referierte. Die Versammlung folgte den mit reichem Tatsachenmaterial gemachten Ausführungen des Redners mit großem Interesse und nahm eine in demselben Sinne gehaltene Resolution einstimmig an. Am Eingang der Versammlung hatte der Vorsitzende Genosse Wislang auf die große Arbeitslosigkeit am Ort verwiesen und betont, daß für die Arbeiterschaft alle Veranlassung bestünde, der Frage des Koalitionsrechts ein erhöhtes Interesse entgegen zu bringen. Des Weiteren machte er auf die Arbeiterfeindschaft der bürgerlichen Gemeindevertreter aufmerksam, die diese bei Beratung des Antrages betreffs Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit gezeigt. Diese Haltung sei um so empörender, als am Ort etwa hundert Arbeitslose vorhanden wären.

Dabendorf. In einer auch von Frauen stark besuchten Versammlung rief Genosse Karl Zahn von Berlin in zündender Rede zum Kampf gegen die Verschlechterung der Arbeitergrundrechte auf.

Charlottenburg.

Der Stadthaushaltsetat der Stadt Charlottenburg für das Rechnungsjahr 1914 wird der Stadtverordnetenversammlung demnächst zugehen. Der Hauptetat schließt im Ordinarium mit 39,6 Millionen Mark und im Extraordinarium mit 8,2 Millionen Mark ab. Der Gesamtetat beläuft sich in Einnahme und Ausgabe mit 83,1 Millionen Mark. Als Zuschlag zur Staatseinkommensteuer sind 110 Prozent Gemeindefinanzsteuer vorgesehen. Der Dispositionsfonds für Nachbewilligungen und nicht vorhergesehene Fälle ist auf 300 000 Mark angesetzt.

Die Allgemeine Ortskrankenkasse für den Stadtkreis Charlottenburg hat in der Lauerstraße 9 seit 8 Tagen eine ärztliche Beratungsstelle für die Frauen und Kinder der versicherten Mitglieder eröffnet. Dasselbst finden folgende Sprechstunden statt: 1. Allgemeine Sprechstunden wochentags von 10-12 und 5-8 Uhr. 2. Für Hals-, Nasen- und Ohrenleiden morgens von 8-9 Uhr. 3. Für Augenkrankheiten von 10-11 Uhr. 4. Für Frauenkrankheiten von 12-1 Uhr. 5. Für Kinderkrankheiten von 1/2-1/3 Uhr. Die ärztliche Beratung erfolgt nur auf Grund eines Ausweises über die Familienmitgliedschaft.

Schöneberg-Friedenau.

Kaufmannsgerichtswahl. Der Zentralverband der Handlungsgehilfen veranstaltet am heutigen Donnerstag, abends 8 1/2 Uhr, im Gesellschaftshaus des Westens, Hauptstraße 131 (an der Wilmersdorfer Straße), eine große öffentliche Versammlung, in der Reichstagsabgeordneter Wolfgang Heine über: „Der Kampf um das Koalitionsrecht“ und Fritz Schmidt über: „Auf zu den Kaufmannsgerichtswahlen“ sprechen.

Die Versammlung soll Protest gegen die Versuche der Beschränkung des Koalitionsrechts erheben und zu gleicher Zeit den Wahlkampf um das Kaufmannsgericht einleiten. Die Handlungsgehilfen Schönebergs werden ersucht, in dieser wichtigen Versammlung zu erscheinen.

Lichtenberg.

Die Errichtung einer Landkrankenpflege neben der bestehenden Allgemeinen Ortskrankenkasse freiben bestimmte Kreise unseres Ortes an. Unter dem Vorwande, daß sich „Dienstboten, Aufwartefrauen, landwirtschaftlich und hausgewerblich beschäftigte Personen im allgemeinen eines besseren Gesundheitszustandes erfreuen, auch eine gesündere Beschäftigung haben, als die gewerblichen Arbeiterinnen“, sucht man die Scheu, Beiträge zu zahlen, zu verbergen. Der Hinweis auf den Unterschied in der Beitragshöhe zwischen der Ortskrankenkasse Lichtenberg und der Landkrankenpflege Friedenau läßt deutlich genug erkennen, wozu der Weg geht und wer die Interessenten sind. Versicherung ist es sicher nicht, denn diese haben kein Interesse an niedrigen Beiträgen, sondern an auskömmlichen Kasseneinnahmen. Damit hapert es jedoch bei den Landkrankenpflege, weil hier der viel niedrigere Ortslohn und nicht der wirklich verdiente Lohn bei Berechnung der Beiträge wie auch der Kasseneinnahmen zugrunde gelegt wird. Ebenso ist die Mindestdauer des Wohnortbezuges auf nur 4 Wochen bemessen. Die Versicherer, die hier in Betracht kommen, landwirtschaftlich Beschäftigte, Dienstboten, im Wandergewerbe Beschäftigte, Hausgewerbetreibende und ihre hausgewerblich Beschäftigten, haben also alle Ursache, den gekennzeichneten Bestrebungen mit aller Entschiedenheit entgegenzuarbeiten. Dafür liegt noch ein weiterer triftiger Grund vor. Die Versicherer der Landkrankenpflege sind so gut wie ohne jeden Einfluß auf die Verwaltung. Diese, Vorstand sowohl wie Ausschuß, wird von der Vertretung des Gemeindeverbandes ernannt. Nicht man ferner in Betracht, daß in einem Ort wie dem unseren die Mitgliederzahl einer besonderen Landkrankenpflege nur eine kleine sein kann, dann kann man leicht ermeßeln, daß mit den anfangs recht niedrig gehaltenen Beiträgen nicht lange auszukommen sein wird.

Schöneberg.

Ein von der Agitationskommission für das Gewerkschaftswesen veranstalteter Lichtbildervortrag findet heute abend 8 1/2 Uhr in der Schloßbrauerei, Schöneberg, Hauptstraße 121 statt. Genosse Mirus spricht über „die Gewerkschaftsbewegung in Deutschland und England“. Die Arbeiterschaft wird ersucht, den Vortragsabend zahlreich zu besuchen.

Treptow-Baumshulenberg.

Die Arbeitslosenunterstützung verlängert. Genau einen Monat nach der ersten Beschlußfassung hatte sich die Gemeindevertretung zum zweiten Male mit der Berechtigung von Mitteln für die Arbeitslosenunterstützung zu befassen. Der damalige Beschluß sah eine Unterstüttung der einzelnen Betroffenen bis zur Höchstdauer von sechs Wochen vor, der angelegte Betrag von 2000 M. hat aber bei der großen Anzahl Bedürftiger nur drei Wochen gereicht. Die Kommission schlug nun vor, nochmals 1000 M. zur Verfügung zu stellen. Inviere Genossen beantragten, den Betrag auf mindestens 1500 M. zu erhöhen, um wenigstens die angenommenen 6 Unterstüttungswochen annähernd zu erreichen. Der Gemeindevertreter Klapp, der in diesem Kreise zu den entscheidendsten Gegnern jeder sozialen Fürsorge gehört, wußte zwar anerkennen, daß der angelegte Betrag der herrschenden großen Not gegenüber unzureichend sei und schnell alle sein werde, doch er kam zu dem entgegengelegten Schluß wie unsere Vertreter: Die Arbeitslosen sollen den Scharfmachern eben etwas mehr anziehen, und so beantragte er denn Herabsetzung der Wochenhöhe. Statt bisher 10 M. und 1,50 M. pro Kind, wurden diese für die weitere Unterstüttung auf 6 M. für Verheiratete mit bis zu zwei Kindern und 1 M. mehr für jedes weitere Kind festgesetzt. Ledige sollen Beihilfen überhaupt nicht mehr erhalten, soweit sie nicht Ernährer von Angehörigen sind. Da durch diese Streichung der Betrag nun bedeutend länger reichen wird, können auch noch Neuanmeldungen von Unterstüttungsgesuchen berücksichtigt werden. Viele sind auf dem Rathaus, Zimmer 43, anzubringen.

Als weiterer wichtiger Punkt der Tagesordnung rief die Arbeitsordnung der Gemeindearbeiter eine lebhafteste Auseinandersetzung hervor. Die zur Annahme gelangte Vorlage sieht die Herabsetzung der bisher 10stündigen Arbeitszeit auf täglich 9 Stunden vor, ferner neu die Gewährung von Dienstkleidung sowie die Einsetzung eines Arbeiterausschusses. Die Wählbarkeit zu diesem ist aber an eine fünfjährige Beschäftigung in der Gemeinde gebunden. Ein Antrag unserer Genossen, sich mit drei Jahren zu begnügen, verfiel der Ablehnung, ebenso ein weiterer, die abwechselnd zu leistende Sonntagsarbeit als Ueberstunden zu bezahllen. Der Uelous ist auf 8 Tage nach einjähriger, 5 nach drei und 7 nach fünfjähriger Beschäftigung festgesetzt. Auch hier hielt man Kampfschaft an den doch etwas kleinlich aussehenden 8 Tagen statt der von unseren Vertretern geforderten vollen Woche und einer

weiteren Steigerung bis zu 2 Wochen fest. Die Wochenlöhne sind auf 27 M. für mindestens 21jährige Arbeiter, steigend in 14 Dienstjahren bis auf 34,50 M. normiert. Die Sanalationsarbeiter erhalten jeweils 1,50 M. mehr. Auch hier zeigte Herr Klapp sein gutes Herz, indem er sich verzweifelnd bemühte, das Alter für die unterste Lohngrenze auf 22 Jahre heraufzusetzen, da bei ihm 21jährige noch „jugendliche“ Arbeiter sind. Glücklicherweise blieb er mit dieser Weisheit allein, doch machte ihm der Gemeindevorstand eine Konzeption mit dem Verprechen, im Bedarfsfalle auch einmal billigere jüngere Leute einzustellen. Im ganzen genommen bietet die neue Arbeitsordnung gegen den bisherigen Zustand einen Fortschritt. Die damit einbegrieffene Verkrüppelung der Arbeitszeit löst allerdings der Gemeinde nichts, denn die im Laufe des letzten Jahres vorgenommenen Verände des Bauamts haben nach dem in der Sitzung erstatteten Bericht ergeben, daß die Regelleistung auch in der kürzeren Zeit erreicht wurde. Das ist durchaus begreiflich, wenn man bedenkt, daß es sich um Arbeiten handelt, die bei Wind und Wetter ausgeführt werden müssen, wo die lange Arbeitsdauer naturgemäß eine frühere Er-schöpfung herbeiführt.

Die Auslösung eines Gemeindeverordneten der dritten Wählerklasse für die im März vorzunehmende Erneuerungswahlen ergab das Ausscheiden des Genossen Müller. Da außerdem turnusgemäß Herr Gärtnermeister Nidel ausscheidet, hat die dritte Klasse diesmal zwei Angezeigte zu wählen.

Weißensee.

Das im Oktober eröffnete Ledigenheim ist nunmehr offiziell mit dem üblichen Pomp eingeweiht worden. An dem Einweihungstag nahm eine leibhaftige Prinzessin teil und nach dem üblichen Kaiserhoch fiel der Segen der Kirche. Untere zu dieser Einweihungsfeier geladenen Gemeindevorsteher sowie die Gemeindevorsteher blieben der Feier fern, weil sie wirklich nicht einsehen konnten, weshalb dieselbe mit höflichen und kirchlichen Zeremonien verbunden sein mußte.

Neuenhagen (S-Bahn).

Gemeindevertretung. Der Antrag: Unterstüttung von arbeitslosen Gemeindeangehörigen, der wegen Verschuldenfähigkeit der letzten Sitzung des vergangenen Jahres erst jetzt beraten wurde, kam in veränderter Form zur Annahme. Von einer fortlaufenden Unterstüttung nach dem Center System wollte die Mehrheit der Vertretung nichts wissen. Ein Großgrundbesitzer und Vertreter der ersten Klasse gefiel sich in halblöden Reden über horrende Lohnforderungen der Arbeiter. Das Abmähen des Straßes seiner Wiese wäre teurer geworden als das Gras selbst, wenn es gemäht worden wäre. Deswegen habe er es lieber bekommen lassen. Ein anderer Vertreter verlangte von den organisierten Arbeitslosen, sie sollten nachweisen, daß sie von den auf der Deutschen Bank lagernden hundert Millionen der sozialdemokratischen Partei erst unterstüttet würden, dann solle auch die Gemeinde zahlen. Die Genossen Böder und Böbeling gaben auf derartige Blech die gebührende Antwort und verteidigten die Vorlage. Zur einmaligen Unterstüttung von arbeitslosen Gemeindeangehörigen nach achtwöchentlicher Arbeitslosigkeit wurden 600 M. bewilligt. Gesuche um Unterstüttung sind an den Gemeindeverband zu richten und werden durch die mit Genossen Köpfelung verstärkte Armenkommission geprüft. Die einzelne Unterstüttung soll 30 M. nicht übersteigen. — Der zweite Antrag: Abhaltung der Gemeindevertreterwahlen an gesetzlichen Ruhetagen sollte durch einen einfachen Hinweis des Gemeindevorstehers, daß die Ansetzung der Wahl keine Sache sei, erledigt sein. Dieses Recht wurde ihm von sozialdemokratischer Seite gar nicht freitig gemacht, aber es wurde darauf hingewiesen, daß der Gemeindevorsteher einem Beschluß der Vertretung Rechnung tragen müsse. Heftig widersprach der Gemeindevorsteher, ließ aber nach notwendiger Gegenwehr unsere Vertreter doch abstimmen mit der Bemerkung, daß er sich durch einen solchen Beschluß als gebunden nicht erachtet. Mit fünf gegen fünf Stimmen wurde der Antrag abgelehnt. Der eventuelle zu zahlende Anteil von der Abfindungssumme für Uebernahme der Streikhaufen (Eichenallee) soll allein in Betracht kommenden Anteilern gezahlt werden. — Die Terraingesellschaft Winkler (Gartenstadt Groppegarten) ist ihren Verpflichtungen laut Vertrag der Gemeinde gegenüber nicht nachgekommen. Diese hat Substation beantragt. Dadurch könnten ungefähr 143 Pargellenkäufer (Handwerker, Beamte, Gewerbetreibende), die mit Winkler einen Vertrag abgeschlossen haben, ihre mit so mühsam aufgesparten Mitteln fast ganz bezahlten Grundstücke leicht wieder loswerden. Sie alle haben noch keine Auffassung und ohne weiteres kommen die Grundstücke zur Konkursmasse. Da nun die Gemeinde auch ohne diese Pargellen für ihre Forderung (Pflasterkosten circa 24 000 M.) trotzdem noch genügend Sicherheit hat, wurde einstimmig beschloffen, gegen sofortige Zahlung der Anstaltungsgebühren und Pflasterkosten an die Gemeinde, werden die Grundstücke enteignet. Der Gesellschaft eine gerichtliche Auffschußfrist zu gewähren, wurde einstimmig abgelehnt.

Petershagen-Fredersdorf.

Ueber die Aufgaben der Gemeindevertretung referierte in einer gut besuchten öffentlichen Gemeindevorsteherung in Fredersdorf Genosse Bruno-Ober-Schöneweide. Der Redner verstand es, durch sachdienliche Ausführungen die Versammelten für die wichtigsten Fragen auf dem Gebiete des kommunalen Lebens zu interessieren. Seine Darlegungen wurden mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Der Vorsitzende, Genosse Claas, ermahnte die Versammelten, die Ausführungen des Referenten zu beherzigen und am Tage der Wahl von der Sozialdemokratie aufgestellten Kandidaten ihre Stimme zu geben. Vor Beginn und am Schluß der Versammlung brachte der Arbeitergesangverein Sangeslust-Petershagen einige stimmungsvolle Lieder zu Gehör der Anwesenden.

Svandan.

Die Anhänger des „Prophezen“ Weißenberg, der durch den Verteidigungsprozeß vor dem hiesigen Schöffengericht bekannt geworden ist, scheinen hier sehr zahlreich zu sein. Während eines Vortrages des Oberpfarrers Rede über das Thema „Die Zukunft der Seele und Weißenberg's Geisteswanderungen“ am Dienstagabend im Gemeindefaal der Nikolaiskirche kam es, wie die „Spandauer Zeitung“ berichtet, zu erregten Zwischenfällen, als Redner die „Liebeslaube“ in Segelsfeld erwähnte. Um sich Ruhe zu verschaffen, drohte der Referent, von seinem Hausrecht Gebrauch zu machen. Am Schluß des Vortrages verlangten die Anhänger des „Prophezen“ stürmisch freie Diskussion und als diese verweigert wurde, trotzdem in der öffentlichen Besanntmachung freie Ansprache zugesichert war, entfernten sich dieselben nur widerwillig unter lebhaften Protestrufen.

Pankow-Niederschönhausen.

Verein Arbeiter-Jugendheim. Am Sonnabend, den 24. Januar, abends 8 1/2 Uhr, findet im Lokal „Zürisches Zell“, Pankow, Breite-straße 14, die Generalversammlung statt. Tagesordnung: 1. Bericht des Vorstandes: a) des Kassierers, b) der Heimleitung, 2. Neuwahl des Vorstandes, 3. Verschiedenes. Es wird zahlreiches Erscheinen erwartet.

Remscheidorf.

Einen Wettbewerb zwecks Erschließung des Gemeindegeländes auszuschreiben beschloß die Gemeindevertretung in ihrer Sitzung vom 11. Juni vorigen Jahres. Für das circa 42 Hektar große Terrain, das sich anschließend an das Schweizerdortel bis zur Lindowter Straße hinzieht, war bereits ein Bebauungsplan vorhanden, der aber allen städtebaulichen Forderungen der Neuzeit nicht im geringsten entsprach. Die Regierung lehnte denn auch diesen Entwurf ab und verlangte, daß circa 4 Hektar für Grünflächen aus-gefördert werden sollten. Als alle Maßnahmskünde des Gemeindevorstandes verlagten, entschloß man sich zur Ausschreibung des Wettbewerbes. An Preisen wurden angesetzt 2500 M. für den ersten,

1500 M. für den zweiten und 1000 M. für den dritten Preis. Es sollte ein sogenanntes „besseres“ Wohnviertel geschaffen werden. Wohnungen von unter zwei Zimmern dürften nicht vorgesehen werden. Den Entwürfen waren auch Entwürfe für Wohnhaustypen, für Straßenanlagen eine Rentabilitätsberechnung beizufügen. Hinterhäuser, Seitenflügel waren ausgeschlossen. Ferner war die Anlage von fünf Gemeindefürsorgeeinrichtungen, einer höheren Mädchenschule und eines Rathhauses für eine Gemeinde von etwa 300 000 Seelen vorzusehen. Wesentlich erschwert wurde die Aufgabe durch bereits völlig hergestellte und der Bebauung erschlossene Straßen.

Das Schiedsgericht bestand aus den bekannten Städtebauern Jansen, Röhling und Gude sowie dem Gemeindevorstand und drei Mitgliedern der Gemeindeverwaltung.

Das Ergebnis des Wettbewerbs liegt jetzt vor. 31 Entwürfe sind bis zum Ablauf des Termins eingegangen, von denen der Entwurf der Regierungsbaumeister Israel und Gulling den ersten Preis erhielt. Der zweite Preis entfiel auf den Entwurf des Architekten H. Groß und der dritte auf den Entwurf der Herren Stadtbaumeister Jollinger und Regierungsbaumeister Daiber. Ferner wurden angekauft für je 500 M. die Entwürfe des Verkehrstechnikers Kurt Junke und des Architekten Karl Regel, sowie des Architekten Max Lant.

Die Entwürfe, unter denen sich einige recht interessante Lösungen des Problems finden, sind — leider nur noch heute bis nachmittags 3 Uhr — im großen Sitzungssaal des Rathhauses ausgestellt.

Notwendes.

Die Herbergsfrage, an der ja naturgemäß die Gewerkschaften besonders interessiert sind, hat jetzt dank der Vermittlungen des Gewerkschaftsleiters eine befriedigende Lösung gefunden. Der Inhaber des Stadtspieltheaters und Restaurants Lindenstraße 23, Genosse Rudolf Wendel, hat in einem auf seinem Grundstück separat stehenden Hause eine den Verhältnissen entsprechende Herberge eingerichtet, deren Benutzung den durchreisenden Gewerkschaftsmitgliedern empfohlen werden kann.

Zegel.

Die erste Gemeindevertretung im neuen Jahre wurde vom Bürgermeister Stritte mit einem Rückblick auf die kommunale Betätigung 1913 eröffnet, in dem er u. a. auf die Erwerbung des Vorhäger Gaswerks durch die Gemeinde hinwies, dessen Besitz hoffentlich für Zegel noch von außerordentlicher Bedeutung werden möchte. Die Verlegung der elektrischen Leitungen sei ebenfalls durchgeführt; viele Anschlüsse seien zu erwarten und auch durch die elektrische Bahn nach Heiligensee erwachsen der Gemeinde Vorteile. Der Straßenbau habe etwas viel an Geldlofen verursacht, deshalb müsse man sich vorläufig abwartend verhalten und zusehen, auch hier wieder etwas herauszubekommen. Betreffs Verkauf von Gemeindegeld zu Bauzwecken erklärte Herr Stritte, daß man in Zukunft wohl nicht mehr so verkaufen würde wie bisher. Zegel entwickle sich immer mehr zu einer Industrie- und Handelsstadt, wie die Erweiterungen des Gaswerks, des Hafens und Industriebetriebes zeigten. Für das kommende Jahr, in dem ein notwendiger wirtschaftlicher Aufschwung erst noch abzuwarten sei, ständen der Gemeindevertretung viele größere Aufgaben bevor, so eine Verbesserung der jetzt so miserablen Verkehrsverhältnisse; zu diesen Verhandlungen sei seitens der Gemeinde, der Herbergsverband bereits in Anspruch genommen. Auch soll die Höherlegung der Staatsbahn erfolgen, ferner ein weiterer Aufschluß von Gemeindegeldern unter günstigeren Bedingungen als bisher, eventuell noch eine Halterweiterung

und Ausgestaltung des Feuerlöschwesens durch eine Automobilspitze nebst Zubehör. Mit der Gemeinde Lübars-Waldmannslust würden Verhandlungen gepflogen wegen einer Straßenbahnverbindung, doch sei es andererseits nötig, sich nicht allzuviel vorzunehmen in Rücksicht auf die vorhandenen Mittel. Nach diesen Ausführungen des Gemeindevorstandes erstattete Herr Assessor Lepp als neuer kommissarischer Hilfsarbeiter der Gemeindeverwaltung einen Bericht über neue Grundzüge für die Armenpflege; er erwähnte dabei die Verhandlungen auf der Konferenz der Berliner Armenverbände, so u. a. daß nicht mehr nach bestimmten Sätzen für Kinder unter 14 Jahren Pflegegeld gezahlt werden sollte, sondern die tatsächlichen Kosten zu erlassen wären. Der Bürgermeister fügte dem noch hinzu, daß nunmehr danach verfahren werden sollte und das Armenamt die nötigen Aufstellungen hierzu beschaffen werde. — Aus der umfangreichen vertraulichen Tagesordnung wurde die Strandstraße sache teilweise öffentlich verhandelt, weil eine Zeitung unrichtige Angaben hierüber veröffentlicht hatte. Es wurde dem Gemeindevorstand der Vorwurf gemacht, in der Zwangsversteigerung sich dieses vorteilhafte Objekt (besonders in Rücksicht auf die günstige Lage am Hafen) zu Erweiterungen nicht gesichert zu haben; eine solche günstige Gelegenheit, sich größeren Einfluss und größere Einnahmen zu verschaffen, hätte der Vertreter der Gemeinde an Gerichtsstelle wohl verpaßt. Wie der Bürgermeister aber hierzu mit Nachdruck ausführte, hätte er die ihm bekannt gewordenen Tatsachen auch rechtzeitig verfolgt, die Verwaltung habe sich mit dem eventuellen Gewinn durch Substation befähigt, aber nach reiflicher Erwägung die Notwendigkeit des Erwerbes verneint. Die Bewirtschaftung des Stabes wäre ein zu großes Risiko gewesen; an den sogenannten „Ratsstuben“ habe man vorläufig genug, auch hier müsse man erst noch Vorteile für die Gemeinde abwarten. Zudem wolle aber auch die Gemeinde im Termin bis auf 300 000 M. gehen; die sofort an Gerichtsstelle gebildete G. m. b. H. hat aber mehr geboten, um seine Ausfälle zu erleiden. Da noch dazu die erste Hypothek weiter stehen blieb, sei das „Strandstraße“ auf diese neue Gesellschaft, zu der auch die Pagenhofer Brauerei gehört, übergegangen. Der öffentlichen folgte noch eine vertrauliche Aussprache in dieser Angelegenheit und noch in anderen Sachen.

Sitzungstage der Stadt- und Gemeindevertretungen.

Zpandan. Heute Donnerstag, nachmittags 4 1/2 Uhr, im Sitzungssaal des neuen Rathhauses.
Beroun. Freitag, den 23. d. M., im Rathhaus.
Wienicko (Korbahn). Freitag, den 23. d. M., abends 7 Uhr, im Gemeindevorstand, Hauptstr. 18.
 Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindegewährte ist berechtigt, ihnen als Zuhörer beizuwohnen.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet von heute Donnerstag, den 22. Januar, ab wieder von 1/2 5 Uhr bis 1/2 8 Uhr statt. Sonnabends Sprechstunde von 1/2 5 bis 6 Uhr.
 W. A. 68. In unserer Buchhandlung, Lindenstr. 69, erhalten Sie die gemischte Literatur. — W. A. 87. Jedes Ständemittel gibt Ihnen die gemischte Literatur. — W. A. 74. Wir kennen die Gesellschaft nicht, doch ist bei Versicherungsabmachungen mit privaten Gesellschaften Vorsicht stets geboten. — G. S. 7. Nicht der Laie, sondern der Fachmann hat diese Fragen zu beantworten. — Walter Balkorn und H. A. 38. Wir müssen es ablehnen, private Schulen zu empfehlen. — H. S. Die neue Berliner Genossenschaftsbank in Reinickendorf empfiehlt als Spezialität das Schilddrot. — Taucher 130. Bei etwa 60 Meter liegt die Grenze, wo der Taucher noch existieren kann, schon das Tauchen um 30 Meter erhöht einen sehr großen, kräftigen Menschen. Die Tiefe der Lunge beträgt 30 bis 400 Meter. — W. A. 78. Odenbacher Frankfurter, W. Ring, Berlin, Pringentstr. 66 IV. — G. S. 158. G. Smientz, Charlottenburg.

Stuttgarter Platz 9. — W. A. 57. Berlin, Königs-Augusta-Str. 25-27. (8-3 Uhr). — G. S. 25. Unseres Frachten nicht. — G. S. 47. G. A. 86. Fragen Sie beim Märkischen Museum, Berlin, Märkischer Platz, oder beim Museum für Vögelkunde, Berlin, Königgräber Straße 120, an. — G. 101. Im Berliner Umland nicht versichert. Versichern Sie sich dem Amtsvorsteher in Wannsee. — G. S. 13. Ein Universalmittel dagegen gibt es nicht. Zu befehlen durch Abtragen oder Abklopfen. — G. S. 15. Bedenken Sie sich um das Igl. Heroldamt, Berlin, Büchelstr. 73. — C. V. S. Befehl Gefahr für die öffentliche Sicherheit, so müssen Sie der Anforderung nachkommen. — Greifenhagener Straße 3. G. Der Vermieter. — W. A. 28. Bei Wohnräumen 4,50 M. pro Jahr. — G. S. 250. Sie sind zahlungspflichtig. — P. 2. Ja. — G. S. 20. 1. Rein. 2. Ihre Frau muß den Gläubiger unter Glaubhaftmachung ihrer Eigentumsansprüche zur Freigabe auffordern. Gibt der Gläubiger nach Ablauf der gesetzl. Frist die Sachen nicht frei, so muß Ihre Frau die Interventionsklage erheben. — P. 23. Zur Pariknahme des Apparats ist die Firma nicht verpflichtet. Der Kohn kann nur gepfändet werden, soweit er 25 Mark 85 Pfennig pro Woche übersteigt.

Marktpreise von Berlin am 20. Januar 1914, nach Ermittlungen des Igl. Holzhandlungsamts. Weiz (mixed), gute Sorte 16,80-17,00, Donau 16,00-16,50, Weiz (runder), gute Sorte 14,80-15,20, Weiztröb 0,00, Weiz 6,80-8,00.

Markthallenpreise. 100 Kilogr. Erbsen, gelbe, zum Kochen 34,00-35,00, Weizenbrot, weiche 35,00-36,00, Zinsen 38,00-39,00, Kartoffeln (klein) 4,00-7,00, 1 Kilogramm Rindfleisch, vom der Seele 1,80-2,40, Rindfleisch, Rindfleisch 1,90-1,80, Schweinefleisch 1,40-2,00, Kalbfleisch 1,40-2,40, Hammelfleisch 1,50-2,40, Butter 2,40-3,00, 60 Stück Eier 4,50-7,50, 1 Kilogramm Karotten 1,20-2,40, Rote 1,60-3,20, Jambur 1,40-3,20, Gemüse 1,60-3,00, Kartoffeln 1,20-2,20, Schale 1,60-3,20, Meiz 0,80-1,60, 60 Stück Röhre 3,00-24,00.

Witterungsbericht vom 21. Januar 1914.

Stationen	Barometer Höhe über Meer	Wetter	Temperatur in Grad Celsius	Stationen	Barometer Höhe über Meer	Wetter	Temperatur in Grad Celsius
Stettin	764,0	1/2 bed.	-8	Koblenz	747,5	1/2 bed.	-3
Dresden	764,0	3/4 bed.	-1	Petersburg	757,5	1/2 bed.	-4
Berlin	764,0	1/2 bed.	-9	Wien	762,0	1/2 bed.	5
Frankfurt	764,0	1/2 bed.	-8	Berlin	764,0	1/2 bed.	1
München	762,0	2/3 bed.	-8	Paris	763,0	1/2 bed.	-3
Wien	762,0	1/2 bed.	-7				

Weiterprognose für Donnerstag, den 23. Januar 1914.
 Teilweise anklarend, vorwiegend neblig bei ziemlich strengen Frost und mit schwachen nordöstlichen Winden; keine wesentlichen Niederschläge.
 Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau

Wasserstand	am 20. 1.	am 19. 1.	Wasserstand	am 20. 1.	am 19. 1.
Wendel, Tüft	240,5	-11	Saale, Großh.	208	-10
Zegel, Ansternburg	174,5	-10	Saale, Zandau	118,5	0
Beltsch, Thon	92,5	-8	Saale, Rathenow	138,5	0
Oder, Kahlbor	255,5	+45	Spre, Spremberg	110	-2
Kroiser	170,5	-9	Breslau	169,5	+5
Frankfurt	125,5	-7,5	Weier, Wänden	189,5	-7
Waltz, Schreiner	156,5	+9,5	Wänden	314,5	-8
Landberg	200,5	+9,5	Wald, Wagnitz	142	-1,4
Weg, Woldamm	123,5	-3	Köln	274	-18
Elbe, Zeltmeritz	104,5	-0,4	Köln	331,5	-37
Dresden	136,5	+2,5	Reckar, Heildorn	127	-10
Harz	105,5	-8	Wald, Wagnitz	173,5	-5
Magdeburg	92,5	-6	Wald, Wagnitz	176	-14

+) + bedeutet Hoch. —) —) Unterpegel. —) Stands. —) Oberhalb der Stadt Stands. —) Treibholz.

JOSETTI
Cigaretten

Vera Gold 3+3

Die reellsten und billigsten Möbel

Bad „Süd-Ost“
 40 Manufakturstr. 40 a. d. Oranienstr.
 Alle Arten Möbel.
 Tisch: russisch-römische und elektrische Bäder für Damen und Herren. Restaurant (inkl. Krankenbetten) für Berlin und Potsdam.

und Polsterwaren erhält man zu Kassapreisen in der seit 35 Jahren bestehenden Möbelfabrik von A. Schulz, Reichenberger Straße 5. Größte Auswahl in allen Holz- und Stuhlarten mit mehrjähriger Garantie. (3 Proz. Kassakonto.) Ev. auf Ratenszahlung

Leineweber

Berlin C

Rohstr. 34 Köllnischer Fischmarkt 4-6 Fischerstr. 1

Alpentrachten

im II. Stock

Große Auswahl! Billige Preise!

Spezial-Katalog über ORIGINAL-TRACHTEN, einzelne Kleidungsstücke und Schmucksachen gratis und franko!

Reichstag.

196. Sitzung. Mittwoch, den 21. Januar 1914, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstisch: Dr. Delbrück.

Der Abg. Liebert (Rp.) hat sein Mandat niedergelegt.

Etat des Reichsamts des Innern.

Sierter Tag.

Abg. Weiland (L.):

Gegen die Erklärung des Staatssekretärs, daß die Vorlegung einer Zolltarifnovelle und die Ständigung der ablaufenden Handelsverträge nicht beabsichtigt wird, erheben wir keinen Einspruch. Doch können Umstände eintreten, die eine andere Haltung bedingen; die Verbündeten Regierungen können unmöglich auf die autonome Gestaltung des Zolltarifs und die Wahrung der deutschen Interessen gegenüber zollpolitischen Maßnahmen des Auslandes verzichten. — Die deutsche Landwirtschaft hat nur vorübergehend unter niedrigen Viehbeständen zu leiden gehabt; jetzt ist der Viehbestand wieder sehr groß und die deutsche Landwirtschaft ist völlig imstande, unsern Fleischbedarf zu decken. Die erleichterte Einfuhr von Fleisch aus dem Auslande hat auf die Erhaltung unserer Viehbestände allerdings hemmend und verzögernd eingewirkt. Bei den Maßnahmen gegen die Maul- und Klauenseuche, speziell mit der Abschächtung ganzer Viehbestände sollte man recht vorsichtig vorgehen. — Der mittlere und kleine Besitz ist in besonders ähler Lage, er kann die fortwährend steigenden Lasten auf so unerlichem und sozialem Gebiet auf die Dauer nicht aushalten. — Wir müssen die Lebensmittel für unser Volk im Inlande beschaffen, um im Falle eines Krieges von der Zufuhr des Auslandes unabhängig zu sein. Daselbe gilt auch von den Futtermitteln. (Sehr richtig! rechts.)

Dazu noch

einige Zollwünsche.

Der Hopfen ist 1902 entschieden zu kurz gekommen; der Zoll auf Hopfen sollte so bald als möglich erhöht werden. Ein anderes Sorgenkind vieler Grundbesitzer ist der Tabak. Ebenso mühte der Zoll auf die verschiedenen Gemüsearten erhöht werden, speziell habe ich hier einen Wunsch im Interesse meines Wahlkreises, nämlich den Zoll auf für Meerrettich. Sehr wichtig wäre auch ein Zoll auf Milch und Rahm. — Unter unserem Zoll- und Wirtschaftssystem hat unser Land einen Aufschwung erlebt, an dem Industrie, Gewerbe und der Arbeiterstand teilgenommen haben. Auf Verbesserungen der Zollsätze müssen wir aber hinweisen, schon deshalb, weil andere Staaten sich auch darauf einrichten, sich durch Zölle Vorteile auf unsere Kosten zu verschaffen. — Für eine innere Kolonisation treten alle meine Freunde ein, doch muß sie in vernünftigen Rahmen durchgeführt werden und die Schaffung nicht nur kleinen, sondern mittleren und größeren Besitzes zum Ziel haben. (Zustimmung rechts.)

Direktor im Reichsamt des Innern Müller:

Der Abg. Meyer-Kaufbeuren sprach über unerfreuliche Maßnahmen Auslandes auf politischem Gebiete. Man muß bei den Streitigkeiten zwischen Rußland und Finnland unterscheiden. Nach unseren Handelsverträgen kann Rußland in Finnland Getreidezölle nicht einführen, ohne sich mit uns ins Benehmen zu setzen. Die Reichsregierung ist auch mit der russischen in Erörterungen über die Einführung von Viehläden in Finnland eingetreten. — Die Ausfuhr von Holzern kann Rußland nach dem bestehenden Handelsverträge durch Zollmaßnahmen nicht erschweren. Allerdings ist in Rußland der Eisenbahntarif für verschiedene für uns in Betracht kommende Holzarten erhöht worden; aber diese erhöhten Tarife gelten im inneren Verkehr ebenso wie für die zur Ausfuhr kommenden Holzarten.

Abg. Gothein (Sp.):

Daß man nach dem Niesentwurf der Reichsversicherungsordnung nicht gleich wieder mit neuen großen Gesetzen kommen kann, sehen wir ein. Auch die von constrictor braucht eine gewisse Verdammungspause, wenn sie einen großen Affen verdrängt hat. (Heiterkeit.) Daß die Landkrankenkassen besonders gut vorbereitet seien, können wir allerdings nicht zugeben. Durch sie ist die Selbstverwaltung aus der Versicherung herausgetrieben und die Bürokratie hereingekommen. Im Gegensatz zu den Absichten des Reichsamts des Innern hat der preussische Handelsminister Landkrankenkassen für Niesengebiete zugelassen, wo vorher sehr leistungsfähige Ortskrankenkassen vorhanden waren. In den Kreisen der beteiligten Versicherten herrscht über die Verschlechterung ihrer Lage große Erbitterung. Ob eine Ortskrankenkasse aufgelöst wird oder bestehen bleibt, hängt ganz von der Willkür des betreffenden Landrats ab. (Hört! hört! links.) — Daß ein

gesetzliches Recht für die Tarifverträge

vorläufig nicht geschaffen werden soll, bedauere ich sehr. Daß ein Reichseinigungsamt auch ohne Vollstreckungswang gut funktionieren könnte, hat die Vermittlung in dem Streit zwischen Ärzten und Krankenkassen bewiesen. Nur der Verhandlungsweg wäre notwendig. — Eine einheitliche Regelung der Bestimmungen für die gesamte deutsche Warenausfuhr, wie sie die Sozialdemokraten verlangen, halte ich für unausführbar. Dazu sind die Verhältnisse auf den Strömen zu verschieden. Die lange Arbeitszeit hört sich ja fürchterlich an, aber es ist nur die Zeit der Arbeitsbereitschaft. Wesshalb wird die Arbeit von der Frau erliebt, während der Mann in der Kasse schläft. Gewiß mag es auch Rührhände in der Ausnutzung der Arbeitskraft geben, aber eine allgemeine Regelung ist nicht möglich. Dagegen sind wir für eine Regelung der Nacht- und Sonntagarbeit in der Warenausfuhr, nachdem es nicht gelungen ist, sie durch Tarifvertrag herbeizuführen.

Nun zu den Wirtschaftsfragen. Der Staatssekretär hat als

zweiter Satzung

das hohe Lied von der bewährten Wirtschaftspolitik gesungen. Ich glaube aber, daß er auch einmal zu der Einsicht kommen wird: Es ist alles eitel. Welche Wirtschaftspolitik hat er denn eigentlich gemeint? (Sehr gut! links.) Die Wismarsche, die 1879 einigte, oder die Caprivische, die von 1892—1906 dauerte, oder die seitdem betriebene Wilhelmsche? Daß die Wirtschaftspolitik in diesen drei Epochen ganz verschieden war, genügt einem großen Geist wie Herrn Delbrück nicht. Der Auslandsverkehr ist gerade in der Zeit der Caprivischen Handelsvertragspolitik am höchsten gestiegen. (Hört! hört! links.) Dagegen ging es in der Zeit der Bismarckischen Zollpolitik der Industrie ganz erschütternd. Der glänzende Aufschwung von Handel und Industrie setzte dann erst ein in der Ära Caprivi. Natürlich spielen hier auch viele andere Momente mit, aber für Herrn Delbrück ist das alles nicht da, er sieht nur einen Komplex der Entwicklung. Wenn nur die Zollpolitik ausschlaggebend wäre, wie wäre dann zu erklären der enorme Aufschwung des Bergbaus, der Leuchtgasindustrie, des technischen Schiffbaus usw., die alle keinen Zollschutz hatten. Wenn der Schutz ausschlaggebend wäre, müßte ja die Entwicklung der Industrie in Frankreich weit stärker sein als bei uns. Wenn der heilige Inzimmittel noch lebte und hörte, was heute alles an Logik von den Regierungsbänken verpöfcht wird, er würde sich im Grabe herumdrehen. (Große Heiterkeit.) Man vergißt ganz,

daß wir durch das Zeitalter der angehenden Naturwissenschaften der Erziehung der Arbeiter und Ingenieure zu einer höheren und qualifizierteren Arbeit hindurchgegangen sind. Diese Entwicklung hat viel mehr zur Aufschwung der deutschen Industrie beigetragen als die ganze Zollpolitik. (Sehr wahr! links.) Bei der Steigerung der Ausfuhr ist auffallend, daß je feiner die Waren sind, desto geringer die Ausfuhr ist. Das ist die Folge unserer Schutzpolitik und der durch sie begünstigten Bildung der Kartelle. Ein bißchen Staatsaufsicht nützt nichts gegen die Syndikate, das zeigt sich wieder beim Kartellsyndikat. Bei den Textilfertigwaren mit Konfektion ist z. B. ein Rückgang des Exports von 100 Millionen

zu verzeichnen. Das liegt an der künstlichen Begünstigung der Halbfabrikate, die zum Vorteil des Auslands geradezu verschleudert werden — auch ein Erfolg unserer „bewährten Wirtschaftspolitik“. — Was die Landwirtschaft anlangt, so konstatiert selbst die amtliche Denkfabrik, daß Deutschland seit dem neuen Zolltarif mehr und mehr auf die Einfuhr von Getreide angewiesen ist. Und wie unheilvoll die Steigerung der Getreidepreise gewirkt hat, hat der preussische Landwirtschaftsminister v. Arnim selbst zugegeben, als er offen sagte, der ganze Vorteil der Zölle für die Landwirtschaft werde eskompiert durch die Steigerung der Güterpreise und der Schulden. (Hört! hört! links. Zuruf: Das ist ihm auch schlecht bekommen!) Bewiß, der die Wahrheit kennt und sagt sie frei, der kommt nach Berlin in die Hausvogel — und wenn er Minister ist, wird er abgesetzt. — Die geschichtliche Darstellung des Staatssekretärs über die Einfuhrzölle war nicht einwandfrei. Der Hauptfehler war, daß bei Schaffung der Getreidezölle der Identitätsnachweis nicht aufgehoben wurde. Dadurch wurde der Handel im Osten und auch die Mälerei geradezu ruiniert. Deshalb wurde damals die Aufhebung des Identitätsnachweises von meinem Freunde Rickert und auch von Konservativen wie Graf Rickard gefordert. Als dann die Einfuhrzölle kamen, betonte der preussische Finanzminister v. Miquel ausdrücklich, daß sie natürlich nicht zu Ausfuhrprämien werden dürften. (Hört! hört! links.) Erst durch den Wolltarif von 1907 haben die Einfuhrzölle diesen Charakter bekommen, was zu einer ganz ungeheuren Ausdehnung des Ackerbaues geführt hat. Die Aenderung des Staatssekretärs, daß die Einfuhrzölle dazu dienen, daß die Landwirte bei der Ausfuhr den Weltmarktpreis bekommen, kann nur unsere Heiterkeit erwecken. Nein, die Landwirte bekommen den Weltmarktpreis plus die Anweisung an die Reichskasse in Gestalt des Einfuhrzölles, also plus Zoll. — Redner schildert des weiteren ausführlich das immer zunehmende Aufkaufen von Bauern durch Großgrundbesitzer und seine Folgen, die Entvölkerung des Landes usw. Das einzige Mittel, unsere wirtschaftliche Position zu stärken, ist die innere Kolonisation, die Schaffung von mehr Kleingrundbesitz. Man behauptet immer pathetisch, die deutsche Landwirtschaft habe in der Viehzucht ihre Pflicht gegen das Vaterland getan, und zwar wird diese Behauptung gerade immer von den Großgrundbesitzern aufgestellt, die am wenigsten für die Hebung der Viehzucht tun. Höchstens könnte man sagen, die deutsche Zucht auf habe ihre Pflicht gegen das Vaterland erfüllt. (Heiterkeit.)

Der Staatssekretär betonte die Steigerung der Lebenshaltung der Arbeiter. Dann wüßten doch auch die Genußmittel in stärkerem Maße verbraucht worden sein. Aber der Verbrauch an Branntwein, Bier, Tabak, Kaffee usw. pro Kopf der Bevölkerung ist erheblich zurückgegangen. Wenn es den Arbeitern zum Teil besser geht, so beruht das auf ihrer

Selbsthilfe durch Einschränkung der Geburten.

Der Geburtenrückgang ist geradezu erschreckend. Bei diesen Folgen der „bewährten“ Wirtschaftspolitik begreift man, daß man jetzt nicht mit einer neuen Zolltarifnovelle kommen will. Aber „die man rief, die Geister, wird man nun nicht los“. Am meisten imponiert hat mir der Herr, der einen Zoll für Meerrettich verlangte. (Heiterkeit.) Daß der Deutsche Reichstag auf dieses Niveau elenderer Interessenpolitik herabgezogen ist, ist auch eine Folge unserer „bewährten“ Wirtschaftspolitik.

Man klagt über die Landflucht. Will man die Leute auf dem Lande halten, so muß man für sie menschenwürdige Zustände schaffen; dazu gehört vor allem auch

ein vernünftiges Arbeiterrecht

statt der Gefindeordnungen aus längst vergangenen Zeiten. Aber Sie (nach rechts) wollen den Leuten ja nicht einmal das Koalitionsrecht geben. Wir haben es ja in großen Teilen Deutschlands. Ist es da zu einem Entsetzlichen gekommen? Wenn es frivols ist, das Koalitionsrecht für die Landarbeiter zu verlangen, so war Bismarck frivols, als er es 1896 forderte. Nach dem Gedräng haben die Junter freilich die Beratung und Durchführung dieser Vorlage verhindert. Der Staatssekretär will eine „verständige“ Sozialpolitik, die den Arbeitgebern wirtschaftliche und moralische Selbstbestimmung sichert. Daselbst verlangen wir auch für die Arbeiter, und die Landarbeiter haben diese wirtschaftliche und moralische Selbstbestimmung nicht. (Lebhafteste Zustimmung links.) — Und wie bekannt man den Reichstag! Die innere Politik wird nicht hier gemacht, sondern im preussischen Landtag, von dort holt sich der Reichskanzler und die Staatssekretäre ihre Instruktionen. Dort sitzen ja nicht gewählte Herren, die über uns als gemischte Gesellschaft wippen. Vor allem sind wir eine gewählte Gesellschaft, sogar eine sehr gewählte, und deshalb kennen wir die Reiden und Gefühle des Volkes und haben Anspruch darauf, Einfluß zu üben auf die innere Politik. Statt dessen sucht man jetzt einen preussischen Partikularismus groß zu ziehen, der im schärfsten Gegensatz steht zu den Bemühungen bei und nach der Reichsgründung, moralische Eroberungen zu machen. (Bravo! bei der Volkspartei.)

Direktor im Reichsamt des Innern Müller:

Die Kernfrage ist, ob unsere Zoll- und Wirtschaftspolitik zu unserm allgemeinen wirtschaftlichen Aufschwung beigetragen oder ihn erschwert hat. Darüber werde ich mich mit dem Abgeordneten Gothein nicht verständigen. Herr Gothein meint, die Ausfuhr von Fertigfabrikaten sei zurückgegangen. Nun, seit 1907, also gerade in der Zeit, die Herr Gothein die glänzende Epoche nennt, ist unsere Ausfuhr um 31 Proz. gestiegen. Gewiß sind dabei auch die Koststoffe und Halbfabrikate mitgerechnet. In einigen Branchen ist die Ausfuhr von Fertigfabrikaten allerdings zurückgegangen, in anderen dagegen ist sie außerordentlich gestiegen, und im ganzen gerechnet ist sie ganz erheblich gestiegen. Auch der Verbrauch an Genußmitteln ist in Deutschland nicht zurückgegangen, sondern gestiegen. (Zuruf links: Pferdefleisch!) Auch der Konsum an Reis, Tee und anderen Genußmitteln ist pro Kopf der Bevölkerung nicht zurückgegangen, sondern gewachsen. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Arendt (Rp.):

Herr Gothein ist die letzte Säule der einstigen stolzen Freihandelspartei. Auch in seiner Partei bricht sich die Erkenntnis immer mehr Bahn, und er ist zum Abdröckel der Hölle gekommen, wird es zum Abdröckel der Volkspartei zum Schußobjekt kommen. (Heiterkeit rechts.) Was hat uns Herr Gothein nicht alles bei der Beratung des Zolltarifs prophezeit! Nie würde man Handelsverträge schließen können. (Abg. Gothein (Sp.): Brauchbare!) Nun, wir haben brauchbare Handelsverträge bekommen, denn die Industrie hat mit diesen Handelsverträgen einen ungemessenen Aufschwung erfahren. (Sehr richtig! rechts.) Sie wagen auch gar nicht mehr, die Beseitigung der Zölle zu fordern. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Doch! doch!) Das wollen wir uns merken, daß die Sozialdemokraten zur Freihandelspolitik zurück-

lehren wollen; die Freisinnigen wollen das nicht, sie wollen dem Hund den Schwanz nur stückweise abschneiden. Herr Gothein wies auf die gestiegenen Güterpreise hin. Die Produktivität der Landwirtschaft ist gestiegen, also müssen auch die Güterpreise steigen. (Abg. Gothein (Sp.): Wozu also Zölle?) Damit die Landwirtschaft überhaupt leben kann und Brot für das Volk schaffen. Dem Arbeiter müßte auch das billigste Brot nicht, wenn er es nicht kaufen kann, weil es ihm an Arbeitsgelegenheit fehlt. (Sehr richtig! rechts.) Durch die Schutzpolitik, die sich der größten Laten Bismarcks anschließt, haben wir einen so starken wirtschaftlichen Aufschwung geschaffen, daß er durch die Caprivische Handelspolitik nicht ganz erlöset werden konnte. — Für die Erneuerung der Handelsverträge haben wir Wünsche nicht nur für die Landwirtschaft, sondern auch für die Industrie. Für die Sozialpolitik ist eine der wichtigsten Voraussetzungen, daß man die Leistungsfähigkeit der Unternehmer nicht auf dem Auge verliere. Unternehmer und Arbeiter sind auf Gedeih und Verderb mit einander verbunden. Daß das auch in den Arbeiterkreisen mehr erkannt wird, zeigt das Anwachsen der wirtschaftsfriedlichen Arbeiterbewegung und das Zurückgehen der Streikgewerkschaften. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Ich wünsche nur, daß zwischen den christlichen Gewerkschaften und der großen wirtschaftsfriedlichen Arbeiterbewegung, die heranzuwächst, bessere Beziehungen beständen. Haben doch beide denselben Gegner und dieselbe nationale Grundlage. Die Reichsversicherungsordnung halte ich für das größte sozialpolitische Werk aller Zeiten. Einige Schönheitsfehler, wie die nicht erfolgte Herabsetzung der Altersgrenze, werden bald zu beseitigen sein. — Ueber die Landkrankenkassen habe ich Klagen in der Presse nicht gelesen, wohl aber starke Klagen über die Ortskrankenkassen; ich erinnere an die Vorgänge in Schöneberg. Für die Dienstboten sind die Landkrankenkassen die geeigneteren Einrichtungen. Das hat man überall eingesehen, nur nicht in der Reichshauptstadt. — Daß die wirtschaftliche Krise stärker in die Erscheinung getreten ist, ist eine Folge unserer Wirtschaftspolitik und der guten Ernten. Wenn jetzt der Jinsfuß weiter herabgesetzt wird, werden wir die Schwierigkeiten des Wirtschaftslebens um so leichter überwinden können. Die Verhältnisse in der Reichsbank sind unter der Leitung des Herrn Havenstein wesentlich besser geworden. (Sehr richtig! rechts.) Wenn unsere bewährte Handelsvertragspolitik nicht angetastet wird, werden wir einen neuen wirtschaftlichen Aufschwung entgegengehen. (Bravo! rechts.) Die Weiterberatung wird vertagt auf Donnerstag 1 Uhr. Schluß 6 1/2 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

8. Sitzung. Mittwoch, den 21. Januar 1914, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertisch: v. Schorlemer.

Zweite Lesung des Landwirtschaftsetats.

Abg. Dr. Fäßbender (Sp.):

Begründet einen Antrag, der die Beseitigung der Rührhände auf dem Gebiete des Handels mit Futtermitteln, Düngemitteln und Sämereien zum Gegenstande hat und die Einbringung eines entsprechenden Gesetzes fordert.

Die Abgg. v. Kessel (L.), Lieber (natl.), Barchhorst (R.) und Ehlers (Sp.) unterstützen diesen Antrag.

Minister v. Schorlemer:

Die Regierung hat beim Reichsamt des Innern eine solche gesetzliche Regelung angeregt, wie wir glauben, mit guten Aussichten.

Die Abgg. Brors, Dr. Beder (Sp.) und Wendlandt (natl.) unterstützen die Forderung nach gesetzlicher Bekämpfung der Futtermittelfälschung.

Abg. Dr. v. Campe (natl.):

tritt dafür ein, daß die in der Schweiz approbierten Tierärzte den Titel Dr. med. vet. in Preußen führen dürfen und wünscht eine dementsprechende Verwendung des Landwirtschaftsministers beim Kultusministerium.

Abg. Hofer (Soz.):

Die fiskalischen Kollidate verdienen 100 Prozent beim Verkauf ihrer Produkte an die Kontinente. Sie könnten daher den kleineren Abnehmern das Kali wesentlich billiger abgeben. Ein großer Kreditverlust des Futtermittelvertriebes besteht darin, daß durch die Fälschungen besonders die kleinen Bauern und Arbeiter, die für ihr Vieh Heu und Futtermittel einkaufen, viel zu leiden haben. Die Großgrundbesitzer kaufen die Futtermittel waggonweise ein und sind in der Lage, sie unterzücken zu lassen, so daß sie selten betrogen werden. Eine solche Unterzückung ist für die kleinen Leute zu kostspielig. Ich hoffe, daß der Anlaß zu dem Antrage, der von den Konservativen eingebracht worden ist, ein Vorgang war, der sich vor einiger Zeit in Masuren abgespielt hat. Eine Betriebsstelle des Bundes der Landwirte hatte die Futtermittel, die von ihr selbst gefälscht worden waren, massenhaft an Kleinbauern verkauft. Im übrigen geht wir dem Antrage unsere Zustimmung, da wir uns niemals solchen Anträgen ablehnend verhalten werden, die bestimmt sind, unsere wirtschaftlichen Verhältnisse auf eine gesunde Basis zu stellen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Hoeveler (Sp.):

begründet einen Antrag der Zentrumsfraktion, die zur Hebung der inländischen Milchindustrie die Schaffung eines Instituts zur wissenschaftlichen Erforschung sämtlicher milchwirtschaftlicher Fragen fordert.

Abg. Baxendale (L.) schließt sich diesem Antrage an, ebenso die Abgg. Hoff (Sp.) und Westermann (natl.)

Minister v. Schorlemer:

Der Verwirklichung dieses Antrages stehen in Preußen große Schwierigkeiten entgegen. Durch die Schaffung eines Zentralinstitutes, das den Forderungen der Praxis zu fern stehen würde, müßten die bestehenden ähnlichen Institute beeinträchtigt werden. Die Verwaltung wird die Angelegenheit im Auge behalten. —

Der Antrag auf Errichtung der milchwirtschaftlichen Zentralanstalt wird an die Agrarkommission überwiesen.

Der Antrag Fäßbenders (gesetzliche Bekämpfung der Futtermittelfälschung) wird einstimmig angenommen.

Abg. Dahlem (Sp.):

spricht für den Ausbau der Wein-, Obst- und Gartenbaulehranstalt in Geisenheim.

Abg. v. Pappenheim (L.):

begründet einen Antrag, daß dort, wo auf Antrag der Gemeinden religiöse Unterweisung in den Lehrplan der Fortbildungsschulen aufgenommen wird, die Genehmigung des Lehrplans lediglich aus diesem Grunde nicht zu verweigern sei. Der Minister sagte, er lehne jeden Zwang ab, aber in Wahrheit ist der Zwang, den er ausüben will, weit größer als wir ihn wollen. Wir erwarten, daß der Minister unsere Wünsche erfüllt und den Gemeinden, die den Religionsunterricht einführen wollen, keine Hindernisse in den Weg legt. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Kaufmann (Sp.):

Wir halten den Religionsunterricht nur dann für erforderlich, wenn er in den Fortbildungsschulen obligatorisch eingeführt wird. In dem Antrag v. Pappenheim sehen wir nur eine minimale Abschlagszahlung. Je mehr man den Religionsunterricht beschränkt,

desto mehr blüht der Weizen der Sozialdemokratie. Es gilt den Einfluss dieser Partei auf unsere Jugend zu brechen. (Lebhafte Widerrede bei den Sozialdemokraten.)

Landwirtschaftsminister v. Schorlemer:

In der vorliegenden Frage stimme ich mit dem Handelsminister vollkommen darin überein, daß ich unter keinen Umständen einen Zwang zur Teilnahme am Religionsunterricht eingeführt wissen will. Dagegen bin ich jederzeit bereit, die Genehmigung zur Aufnahme des Religionsunterrichts an den Fortbildungsschulen zu erteilen, falls ein Zwang nicht ausgesprochen wird. Von der Wichtigkeit des Religionsunterrichts an den Fortbildungsschulen ist die Regierung durchaus durchdrungen. Aber der Regierung ist es unmöglich, ihren die zwangsweise Einführung ablehnenden Standpunkt den Wünschen des Zentrums entsprechend aufzugeben. Bequämen Sie sich also mit dem Angebot der Regierung. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. v. Campe (natl.)

polemisiert gegen den Abg. v. Pappenheim, namentlich gegen dessen Behauptungen über frühere Zustimmung der Regierung zum Religionsunterricht. Früher war gar keine Rede davon, daß die Gemeinden hierin absolut freie Hand haben sollten. Darauf kann man sich nicht berufen und der Vorwurf, daß die Ausführungsbestimmungen dem Gesetz widersprechen, ist unberechtigt. Sie sind vielmehr von wahrhafter Religiosität erfüllt. Abgesehen von der Rechtsfrage, ob man über 14 Jahre alte Schüler zum Religionsunterricht zwingen kann, soll man in diesem Alter keine Konflikte erzeugen! (Sehr wahr! links.) Nur die Schulaufsichtsbehörden, nicht die Gemeinden haben über den Lehrplan zu bestimmen. Den Antrag lehnen wir ab! Wenn uns Abg. Kaufmann beweisen kann, daß in der Fortbildungsschule sozialdemokratische Bestrebungen sich breit machen, so werden wir die Regierung aufzufordern, den eisernen Besen zu gebrauchen (Bravo! rechts und im Zentrum), denn Politik gehört nicht in die Schule! (Stürmische Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wir wollen eine gute Fortbildungsschule mit religiösen Impulsen (Aha! bei den Sozialdemokraten), denn nur auf sittlich-religiöser Grundlage kann die Jugend erhalten, was sie braucht — aber wir wollen keinen Religionszwang. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Abg. Namdohr (fl.):

Ich stimme dem Antrag v. Pappenheim bei und lese im Unterchied zu dem Abg. v. Campe aus ihm heraus, daß der Religionsunterricht nicht obligatorisch, sondern fakultativ erteilt werden soll.

Abg. Graue (Sp.):

Wir lehnen den Antrag v. Pappenheim ab. Wir hoffen, daß die Regierung den Bestrebungen des Zentrums nach dem obligatorischen Religionsunterricht an den landlichen Fortbildungsschulen entschiedensten Widerstand entgegenbringt. Das Verlangen nach Fortsetzung des Religionsunterrichts in den Fortbildungsschulen stellt dem Religionsunterricht in der Volksschule ein schlechtes Zeugnis aus. (Beifall links.)

Abg. Adolf Hoffmann (Soz.):

Den Abg. v. Pappenheim hier im preussischen Abgeordnetenhaus eintreten zu sehen für die Selbstverwaltung der Gemeinden, das wird einem nicht alle Tage geboten. (Sehr wahr! links.) Herr Cassel links, Herr Rosenow rechts und Herr v. Pappenheim in der Mitte. (Heiterkeit.) Bei dem Zweiverbandsgeleit und bei der Elektrifizierung der Berliner Stadtbahn hat man von der Freundschaft des Abg. v. Pappenheim für die Selbstverwaltung nichts gesehen. Na — wir kennen unsere Pappenheimer! (Heiterkeit.) Vielleicht wird Herr v. Pappenheim demnächst Spreckelsfeld oder Oberpräsident, dann kann er ja seine Liebe für die Selbstverwaltung der Stadt Berlin beweisen. — Die Mehrheit dieses Hauses wünscht ja den Religionsunterricht von der Wiege bis zum Grab, oder modern ausgedrückt, vom Brutapparat bis zum Krematorium, zuerst in der Schule, dann nach vor der Rekrutentzeit, schließlich in der Kaserne. Nun, besser können Sie den Schülern die Religion gar nicht bereiten, als wenn Sie ihnen nach der Schulzeit noch religiösen Unterricht aufzwingen. Die Regierung weicht Schritt für Schritt zurück. Sie will jetzt zwar noch nicht den Zwang, aber, gestehen Sie es doch, soviel, wie Sie bekommen, daß nämlich nach der Anweisung des Ministers der im Gesetz nicht begründete Religionsunterricht bei den anderen Fächern mit eingeschmuggelt werden soll, soviel haben Sie garnicht erwartet. Noch mehr Geistliche als schon jetzt sollen Fortbildungsschullehrer werden! Das alles soll nur der

Unterdrückung und Niederhaltung der arbeitenden Massen

dienen. Daß Sie meinen, ohne den Gendarm die Jugend nicht mehr in einen Religionsunterricht hineinzubekommen ist ein bedenkliches Zeichen der Religionslosigkeit und des schwindenden Vertrauens auf Ihrer Seite. (Heiterkeit.) — Glücklicherweise ist es eine ganz andere Freiheit, die Herr v. Pappenheim meint und für die wir eintreten. Von der Sorte Freiheit, für die Herr v. Pappenheim und seine Freunde schwärmen, könnten wir keinen Gebrauch machen. Herr v. Pappenheim sagte, daß die Regierung in die Vergabe der Schulräume nicht hineinzureden hat. Das gefällt mir! Aber in Berlin hat die Regierung die Stadt gezwungen, die Schulräume dem Arbeiterturnverein zu entziehen. Also, Herr v. Pappenheim, möchten Sie die Regierung energischer auf, damit sie derartige nach Ihren Worten ungesetzliche Eingriffe unterläßt! (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Die Verfassung gewährt die Gewissensfreiheit, darum darf der Religionsunterricht nicht eingeschmuggelt werden in andere Unterrichtsfächer und es müssen Lehrer und nicht Geistliche an den Schulen tätig sein. Für die Behauptung einer sozialdemokratischen Agitation in der Fortbildungsschule verlangen wir Beweise; wenn Sie aber Kinder von Sozialdemokraten nicht haben wollen, dann dürfen Sie sie auch nicht als Soldaten holen! (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Ihr ganzes Tun ist Mißbrauch Ihres Amtes und Ihrer Religion,

um die Kinder vor dem Geist der neuen Zeit zu schützen. Der sozialdemokratische Gedanke greift überall hin, Sie möchten dem einen Religionunterricht einführen; wenn aber die Jugend von 15 bis 16 Jahren Gerechtigkeitssinn hat und Sie das Sozialismus nennen, so kann das für uns nur ehren sein. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.) Herr Kaufmann sagte, die Regierung hätte bei dieser Sache den Beifall der Sozialdemokratie. Ach nein, da müßte sie schon ganz anders aussehen! (Heiterkeit.) Die Regierung hat immer einen Standpunkt — aber wir wissen nicht, wie lange! (Große Heiterkeit.) Sie haben doch so oft schon die Regierung gezwungen, sich Ihren Wünschen zu fügen! Wenn aber hier eine strenge Handhabung des Versammlungsgesetzes gefordert wurde — gut, wenden Sie es richtig an: wir kommen dabei nicht zu kurz. Wollen Sie bestreiten, daß die jetzige Art des Religionsunterrichts die Kinder geradezu absichert? Sie wissen, daß Sie ohne Zwang die Jugend nicht hineinkommen lassen. Ueberdies verbietet das Gesetz einen Zwang zur Religion bei Personen über 14 Jahre. Sie werden also durch einen Zwang entweder die Jugend absichern von der Religion, oder sie gerade in der Sturm- und Drangperiode in Konflikte und Kämpfe hineinjagen. Die Fortbildungsschule sollte allein den Zweck haben, die mangelhafte Arbeit unserer Volksschule zu ergänzen, der Jugend zu lehren, was die Gesetze vorschreiben, wie sich der Arbeiter behandeln lassen kann und wie nicht. Sie aber mißbrauchen die Schule zu politischen Zwecken. Sie widersprechen dem in Uebereinstimmung mit Herrn v. Campe auf das entschiedenste. Die Ausweisung der Schule zur Niederhaltung der Massen ist ein Mißbrauch gegen die Interessen des Volkes. (Auf rechts: Zur Ordnung!) Ich verzichte Sie, wenn ich Sie aus dem Schlafe gestört habe. (Stürmische Heiterkeit.) Wir wissen ja, daß die Junter etwa auf dem Standpunkt stehen: Zum Kartoffelbuddeln lernen die Bengels noch viel zu viel! Der Etat beweist, daß die Fortbildungsschulen zum Beispiel im Regierungsbezirk Allenstein fast ganz vom Staate erhalten werden müssen. Sie nehmen gar kein Interesse an ihr. Sie sollten aber ein

Preisaus schreiben erlassen, wie dem Rezept des Ministers nachgenommen und etwa die Religion mit dem Kochunterricht verquillt werden soll. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Eine große Anzahl bedeutender Gelehrter hat sich seitherzeit gegen den Religionsunterricht ausgesprochen und da wollen Sie es mit einem Konflikt mit der in der Sturm- und Drangperiode befindlichen Jugend versuchen? Tun Sie es und Sie werden sehen, wie elend Sie Plakos machen werden! (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Marx (Z.):

Die Sozialdemokraten sind in religiöser Beziehung höchst intolerant. Sie wollen nur Freiheit für den Unglauben. Bei unserem Toleranzantrag verlangte der sozialdemokratische Abg. Kunert die Vereinfachung des Religionsunterrichts in allen deutschen Schulen, während in Frankreich wenigstens freie religiöse Schulen zugelassen sind. In einer Protestversammlung in Antwerpen haben die Sozialdemokraten erklärt, mit dem Recht der Eltern auf religiöse Erziehung ihrer Kinder müsse aufgeräumt werden. Unser Weihnachtsfest hat der „Vorwärts“ begeistert. Das lassen wir uns nicht gefallen. Wo der Katholizismus seine ganze Kraft entfalten kann, findet die Sozialdemokratie keinen Boden. (Lebhafte Widerrede bei den Sozialdemokraten. Beifall im Zentrum.) Die katholische Religion ist das feste Bollwerk gegen die Sozialdemokratie. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Köln!) Auch wir wollen die Fortbildungsschule. (Abg. Hoffmann: Aber was für eine!) Wenn Sie (zu den Nationalliberalen) unser konfessionelles und politisches Vorgehen weiter in ein unrichtiges Licht stellen — und das verbiten wir uns, Herr v. Campe —, so erschweren Sie es uns, mit Ihnen

gemeinsam Front

zu machen gegen die Sozialdemokratie. Und das ist gerade jetzt besonders notwendig. Wenn die Wellen der Umsturzbewegung weiterrollen (Dahul bei den Sozialdemokraten), dann wird die Zeit bald kommen, wo der Staat auf seine christlich-gläubige Bevölkerung angewiesen sein wird. Wir werden weiter dahin streben, daß die Religion als gleichberechtigter Unterrichtsgegenstand in die Fortbildungsschule aufgenommen wird. (Stürmischer Beifall im Zentrum. — Zwischen bei den Nationalliberalen.)

Abg. Frhr. v. Nitzschhofen (L.):

Aus Gründen der Staatsraison sollte die Regierung den Wünschen der Gemeinden nach Einführung des Religionsunterrichts sich nicht entgegenstellen. Im Kampf mit der Sozialdemokratie hat der Religionsunterricht eine große Bedeutung. Dem Evangelium der Erziehung, das der Abg. Hoffmann heute verkündet hat, setzen wir das Evangelium Christi entgegen. In den verschiedenen Ressorts der Regierung scheint keine völlige Einigkeit in Bezug auf diese Frage hergestellt zu sein. — Der Medner wendet sich dabei vor allem gegen einige Auffassungen des Handelsministers. — Die zwangsweise Einführung des Religionsunterrichts ist immerhin noch ein geringerer Zwang als der Terrorismus der Sozialdemokratie. Am Sein oder Nicht-Sein des künftigen jungen Deutschlands handelt es sich. (Beifall rechts.)

Der Abg. Steynhöft (Pole) erklärt sich für den Antrag v. Pappenheim.

Abg. Ad. Hoffmann (Soz.):

Es ist eine Unwahrheit, Herr Marx, daß wir Hohn und Spott für die Religion haben (Lachen im Zentrum), wir kämpfen nur gegen den Mißbrauch der Religion, gegen Ihren Mißbrauch! Der „Vorwärts“ hat auch das Weihnachtsfest nicht geschmäht. Der Antrag Kunert forderte nur gemäß unserem Programm Weltlichkeit der Schule — der Religionsunterricht soll den Eltern, die ihn wünschen, überlassen bleiben und der Kirche. Sie klagen ja sonst so oft, daß die Schullehrer nicht die richtige Religion lehren! Auf den Kirchenaustritt kommen wir noch später — aber besser könnte er nicht gefördert werden, als durch den Religionszwang in der Fortbildungsschule. Sie sind blind gegen den Abgrund, in den Sie hineintauern. Das Wissen, das Sie lehren wollen, kennen wir: Porromäusenzhilia und Modernisten sind keine Kennzeichen. Der Oberlandesgerichtsrat Marx konnte nicht widerlegen, daß ein Religionszwang gegen mehr als 14jährige ungesetzlich ist. Für einen Pädagogen halte ich mich nicht, Herr v. Nitzschhofen, denn ich habe nur die arbeitslose preussische Volksschule besucht. Aber das Erziehungsamt Ihrer Junter und Unteroffiziere übertrifft noch jeder Arbeiter! Herr Marx sprach von einem Zentrumsantrag, der den Religionswechsel von der Zustimmung der Eltern abhängig machen wollte. Nun — wir kennen Fälle, wo katholische Geistliche heimlich nichtkatholische Kinder getauft haben und erst das Gericht sie aus dem Taufregister streichen mußte. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Offen hat Herr v. Nitzschhofen zugegeben, daß nicht der Gottesglaube, sondern

die Staatsräson den Religionsunterricht erfordert,

die Staatsräson, die Rechtsfrage, die Erhaltung des Volkes in Abhängigkeit und Unterdrückung. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Man hat das Buch des Vektors Jigenstein zitiert, das natürlich in Reichsverbandswelt geschrieben ist — anders können Sie ja nicht schreiben — aber schreiben Sie, was Sie wollen und geben Sie Millionen aus, die Arbeiterjugend geht Ihnen nicht auf den Leim! Sie reden von Idealen bei Ihnen und von Gift bei uns. Nun, Ideale gibt es heute nur noch in der Arbeiterschaft, und Sie werden noch einsehen, welche Kraft diese Ideale haben und daß sie uns befreien werden von der Herrschaft der Junter und derjenigen, die die Religion zu ihren Geschäftszwecken mißbrauchen. (Lebhafte Bravo! bei den Sozialdemokraten. — Ironischer Beifall rechts.)

Abg. Frhr. v. Bedtich (fl.):

Wir stimmen für den Antrag in dem Sinne, daß er nicht einem obligatorischen Religionsunterricht die Wege ebnen soll.

Die Debatte schließt.

Abg. Marx (Z. — persönlich): Beweise für Dinge, die das ganze Haus weis, sind wohl unnötig, aber ich werde sie noch erbringen.

Der Antrag v. Pappenheim wird gegen die Nationalliberalen, Fortschrittliche Volkspartei und Sozialdemokraten angenommen.

Donnerstag 11 Uhr Weiterberatung.

Parlamentarisches.

Das Petitionsrecht der Reichsbeamten.

Am Mittwoch wurde in der Budgetkommission des Reichstages die Debatte über den geplanten Erweiterungsbau der Reichsdruckerei abgebrochen und die Beschlußfassung ausgesetzt, um der Kommission Gelegenheit zur Beschäftigung des Grundstücks in der Dronenstraße zu geben. Bei Behandlung der Petition wurde die Frage erörtert, ob nur solche Beamtenpetitionen zur Diskussion zugelassen werden sollen, die vorher der zuständigen Behörde vorgelegt worden sind — entsprechend einem von den Abg. Certeil (L.) und Giesberts (Z.) unterzeichneten Vorschlag Erzbergers (Z.) — oder ob jede Petition in der Kommission verhandelt werden soll, wie dies von den Abg. Kopka (Sp.), Wed (natl.), Ebert (Soz.), Guhrich (Sp.) und Koste (Soz.) unter Hinweis auf das den Beamten zustehende verfassungsmäßige Petitionsrecht, das nicht verkannt werden dürfe, gefordert wurde. — Staatssekretär Kraetzle plädierte dem Vorschlag Erzbergers bei und betonte die Vereinfachung der von ihm vertretenen Zentralverwaltung, Beamtendeputationen jederzeit zu empfangen und anzuhören. Die Abg. Ebert (Soz.) und Struve (Sp.) sowie Giesberts (Z.) forderten die Errichtung von Beamten- und Angestellten-Ausschüssen, die ein geeignetes Instrument zur Vertretung der in zahlreichen Einzelpetitionen geäußerten Wünsche sein könnten, mit dem Erfolge, daß Staatssekretär Kraetzle erklärte, von seinem bisherigen Standpunkt in dieser Frage nicht abgehen zu können.

Schauspieler Kühn kündigte das baldige Erscheinen der in Aussicht gestellten Beamtenbefolgungsnovelle an. Das

Ergebnis der Aussprache wurde von Vorsitzenden in den Zuhörern der Kommission zusammengefaßt, daß petitionierende Beamte möglichst den Instanzenweg einhalten möchten, ohne daß damit eine Verletzung des Petitionsrechtes beabsichtigt oder ausgesprochen sein solle. Die vorliegenden Petitionen wurden als Material überwiesen. Die noch in Angriff genommene Beratung des Etats der Post- und Telegraphenverwaltung wird am Donnerstag fortgesetzt.

Nach ein ungünstiges Reichstagsmandat.

Die Wahlprüfungskommission des Reichstages erklärte das Mandat des freikonservativen Abg. v. Halem für ungültig. Der Wahlschwinkel, der in diesem Kreise — Schwyz — getrieben wurde, steht in den Akten des Reichstages ohne Beispiel da.

Das Reichskolonialgericht.

Die 21. Kommission des Reichstages, die die Frage des Kolonialgerichtshofes vorzubereiten hat, ist am Mittwoch nach einer zwei Sitzungen ausfallenden Beratung zur Entscheidung über den Sitz des Gerichtes gekommen. Die neuangeregte Angliederung an das Reichsgericht wurde mit 11 gegen 7 Stimmen abgelehnt, auch in der Form, daß das Gericht als selbständiges Gericht neben dem Reichsgericht in Leipzig errichtet werden soll. Mit 14 gegen 7 Stimmen wurde dann Hamburg als Sitz des Kolonialgerichtshofes bestimmt, der den Titel Reichskolonialgericht führen soll. Die Regierungsdirektoren haben sich über die Stellung der Regierung zu diesem Beschlusse noch nicht erklärt. Der von den sozialdemokratischen Mitgliedern der Kommission gestellte Antrag auf Juzizierung von Laten als Richter wurde gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt.

Gewerbeordnungskommission des Reichstages.

Die Regierung hatte das von der Kommission in der letzten Sitzung gewünschte Material noch nicht überreicht. Es entspann sich deshalb eine lange Geschäftsordnungsdebatte. Schließlich wurde mit knapper Mehrheit beschlossen, in die Generaldebatte über Artikel I einzutreten. Ministerialdirektor Dr. Caspar gab einleitend eine knappe Begründung der Vorlage. Er gab zu, daß nur ein heimlicher Handel im Umherziehen mit Handwecken existiere, der statistisch nicht zu erfassen sei. — Kaufmann (Sp.) sprach über den Handel mit Gegenständen, die zur Veräußerung der Empfänger bestimmt sind. Er teile nicht die Ansicht der Sozialdemokraten, daß die wirtschaftliche Not, Postfragen usw. die Ursachen des Geburtenrückganges seien. — Abg. Diez (Z.) schloß sich dem Vordredner an; dem Verlangen der Regierung, diese Gegenstände von Verkauf im Umherziehen auszuschließen, könne man zustimmen. Im übrigen sprach er gegen die Wanderlager im Hausierergewerbe. Abg. Poppe (Z.) erwiderte seinem Fraktionsgenossen, daß die Hausierer ordentliche Leute seien, die einen schweren Beruf haben und diesen reell betreiben. Bei Erteilung eines Gewerbebescheides an Jugendliche könne man allerdings einige Einschränkungen treffen.

Die sozialdemokratischen Redner legten dar, daß durch die Bestimmungen der Gewerbeordnung der Betrieb im Umherziehen immer mehr eingeschränkt worden sei. Die zur Verhandlung stehende Regierungsvorlage bringe weitere Beschränkungen; sie sei ein ganz reaktionäres Machwerk zum Schutze des sogenannten Mittelstandes. Die Generaldebatte war damit erobert.

Aus der Partei.

Aus der italienischen Parteipresse.

Rom, den 19. Januar. (Fig. Ver.) Die Halbmonatsschrift der italienischen Partei, die in Mailand erscheinende „Critica Sociale“, geht aus den Händen ihres bisherigen Redaktors, Filippo Turatto, zeitweise in die des Genossen Treves über. Ursache dieses Wechsels sind die wenig zufriedenstellenden Gesundheitsverhältnisse Turatto, der sich namentlich während der letzten parlamentarischen Arbeiten sehr überanstrengt hat und sich zurzeit zur Erholung in der Riviera befindet.

Parteiliteratur.

Eine kleine Fichte-Gedächtnisschrift, verfaßt von Karl Eisner, hat der Verlag Buchhandlung Vorwärts im Auftrage des Bezirksbildungsausschusses für Groß-Berlin soeben herausgegeben. Die kleine, auf Seiten umfassende Schrift soll das Leben und die Lehren des Mannes, dessen 100. Todestage im Laufe der nächsten Woche eine ganze Anzahl Versammlungen in Berlin und in der Provinz gewidmet ist, weiteren Arbeiterkreisen bekannt machen. Das Proletariat ehrt diesen Freiheitskämpfer mit mehr Recht als es die „Patrioten“ des heutigen preussisch-deutschen Militärs und Polizeistaates tun, die die Fichte's Namen so oft mißbrauchen. Den Bildungsausschüssen sei die kleine Schrift, die nur 5 Pfennig kostet, angelegentlich zur Verbreitung empfohlen.

Deutscher sozialdemokratischer Verein Vorwärts, Stockholm.

Wir machen die reisenden Parteigenossen aufmerksam auf diesen Verein. Er hat jeden ersten Sonntag im Monat Versammlung, jeden dritten Sonntag zwangloses Zusammensein. „Vorwärts“, „Neue Zeit“ und „Der wahre Jakob“ liegen im Vereinslokal, Restaurant zum Heibelberger, Storkyrkofvinken, aus. Weitere Auskunft erteilt der Vorsitzende, Genosse Otto Stig, Nydrottsgatan 8. Die Partei- und Gewerkschaftspresse wird um Abdruck gebeten.

Pollzeiliches, Gerichtliches usw.

Eine sonderbare Verfügung.

Genosse Dr. Alfred Bernstein-Verein sollte in diesen Tagen in Mülheim am Rhein über die kulturelle Bedeutung des Geburtenrückganges reden. Die Mülheimer Polizeiverwaltung sandte ihm eine Verfügung, wonach ihm der Vortrag nur gestattet werden sollte, wenn dieser nicht „gegen die guten Sitten und die öffentliche Ordnung“ verstoße. Vor allem sei „jede Empfehlung empfängnisverhütender Mittel“ verboten, und das Thema dürfe lediglich als wissenschaftliches Problem behandelt werden. 100 M. Geldstrafe wurden für den Uebertretungsfall dem Genossen Bernstein angedroht.

Erwiderung.

Zu den Ausführungen G. v. Bernsteins über die Entstehungsgeschichte des Züricher „Sozialdemokraten“ geht uns noch folgende Erwiderung zu:

R. Ehrenswegen wie der von uns veröffentlichte Brief Webers an Marx aus der Welt zu schaffen ist, ebenso steht es fest, daß Marx und Engels den Dreigestirn-Artikel in dem von mir dargestellten Sinne aufzufassen.

Wenn Genosse Bernstein jetzt selbst schreibt, daß Marx und Engels den verhängnisvollen Jahrbuchartikel schimmer auffassen mußten, als die Umstände rechtfertigten, gibt er damit alles zu, was ich in meinen einleitenden Worten behauptete, die durchaus nicht eine Geschichte der Gründung des „Sozialdemokraten“ sein wollten! Der Artikel war so „schlimm“, daß wir verstehen, warum die „Londoner Apostel“ gegen seine Verfasser (erst später erlähren sie, daß Bernstein darin nur mit 18 Reilen beteiligt war) so voreingenommen waren und allen „Dornbläserlein“ von Hirsch mehr Glauben schenken, als sie es verdienen.

Der soeben angekündigte dritte Band von Webers Erinnerungen wird Bernstein die von ihm gewünschte Gelegenheit bieten, endlich „einmal eine lakonische Darstellung der Gründung und Geschichte des Züricher „Sozialdemokraten“ zu schreiben. Er ist dazu der berufenste Mann. Wenn seine Geschichte erscheint, werde ich auch meine Ansicht revidieren, und Genosse Bernstein wird sehen, daß ich „ehrlich“ genug bin, um einen Irrtum einzugehen, ohne mich durch Rechtsbaderlei in Bezug auf nebensächliche Betanglichkeiten zu decken. Dann wird er auch endlich die Legende von „Canofflaggen“ nach London, die ich einige Male von Webers gehört habe, gründlich zerstreuen können.